

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 41.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 17. Oktober 1916.

Inhalt: Inland: Zur Rede des Reichskanzlers. S. 1169—1170. — Gegen den Kanzler. S. 1170. — Die Verwirrung in der polnischen Frage. S. 1170—1172. — Das Ideal des Volkes. S. 1172. — Die Politik der Tat. S. 1173. — Politische Besonnenheit. S. 1174. — Wünsche betreffs der Haltung der polnischen Reichstagsfraktion in der gegenwärtigen Sitzung. S. 1175—1176. — über die „Gazeta Narodowa“. S. 1176. — Wo ist der Feind? S. 1176. — Die Polen und die Kriegsanleihe. S. 1177. — Das polnische Handwerk. S. 1178. — Rechtsbeistand für Krieger und deren Familien. S. 1178. — Kriegssammlungen. S. 1179. — Besetztes Gebiet: Die Polen und die Abföhrung des Krieges. S. 1180. — Wie erlangt man Polen? S. 1180. — Erst leben, dann philosophieren. S. 1181. — Die Politik des Schweigens. S. 1182. — Die Allerbesten. S. 1182—1184. — Volksabstimmung. S. 1184. — Die nationale Konsolidierung. S. 1184. — Bemerkungen über die im Unabhängigkeitslager herrschende Zersplitterung. S. 1185—1187. — Die Ehre des polnischen Bauern. S. 1187. — Die erste Bauernversammlung. S. 1188. — Die Arbeiter und die Sache der Unabhängigkeit. S. 1188. — Friedensgerüchte in polnischer Sprache. S. 1189. — Die wirtschaftliche Zukunft des Königreichs. S. 1189. — Bericht des Hilfskomitees für Polen. S. 1190—1193. — Ausland: Die Beratungen des Polenklubs. S. 1193—1195. — Konspiratorische Überbleibsel. S. 1195. — Sittenprediger und Sittenlehre. S. 1196. — Galizische Dinge. S. 1198. — Rücktritt des Dr. Sokołnicki vom Obersten Nationalkomitee. S. 1198. — Die russische Presse über Polen. S. 1198. — Projekte über Polen. S. 1199. — Jenseits der Heeresfront. S. 1199. — Ein polnisches Volksmuseum. S. 1200. — Die polnische Presse in fremder Sprache. S. 1201. — Vorträge über Polen in England. S. 1202. — Unaufrichtigkeit der Engländer und Franzosen gegenüber den Polen. S. 1202—1204. — Bericht des Schweizer Hilfskomitees für Polen. S. 1204.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 41 der Praca (Posen)
vom 8. Oktober 1916.

Nach der Rede des Reichskanzlers.

Noch am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages verbreiteten Berliner Blätter die Nachricht, daß der Reichskanzler in seiner großen Rede auch in der polnischen Frage eine Erklärung abgeben werde.

Diese Annahme schien durchaus begründet zu sein.

Abgesehen von anderen Gründen mußte die Tatsache, daß die polnische Frage Gegenstand langer und eingehender Verhandlungen mit der österreichisch-ungarischen Regierung war, die — wie versichert wurde — zu einer vollständigen Verständigung geführt hatten, den Gedanken eingeben, daß die deutsche Regierung bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit den Schleier des diese Verhandlungen und ihr konkretes Ergebnis verhüllenden Geheimnisses werde lüften wollen. Zu einer solchen Vermutung berechnete auch der Umstand, daß der Reichskanzler in seinen vorhergehenden Reden das polnische Problem in den Vordergrund gerückt hatte. Man konnte daher glauben, daß jetzt, nachdem eine Verständigung zwischen den Regierungen der Mittelmächte erreicht worden ist, die allgemein gehaltenen Ankündigungen der ersten Reden des Reichskanzlers eine eingehendere Erörterung erfahren würden.

Leider täuschte die Reichskanzlerrede diese Erwartungen ganz.

Die Rede des Reichskanzlers, welche hauptsächlich gegen England gerichtet war, Frankreich und Italien und vor allem Rumänien nicht schonte, dessen verräterische Politik er in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung darstellte, diese Rede, die in starken Akzenten der Entrüstung gegen die Machenschaften der Reichskanzlerfeinde ausklang und eine nachdrückliche Wendung enthielt, welche die Tatsache des rücksichtslosen Kampfes mit dem Hauptfeind England betonte, sie zeichnete sich durch absolute Enthaltensamkeit hinsichtlich der polnischen Frage aus.

Diese Frage erfuhr gar keine, nicht einmal eine ganz allgemeine Erwähnung; der Reichskanzler widmete ihr kein Wort, aus dem man irgend einen Hinweis hinsichtlich der Art ihrer Regelung, hinsichtlich des Schicksals des Landes und der unter der Verwaltung der Okkupationsbehörden der Mittelstaaten befindlichen Bevölkerung herauslesen könnte. In dieser Beziehung läßt sie uns in der bisherigen Unkenntnis.

Wir wissen nur aus den vorhergehenden Reden des Reichskanzlers, daß die polnischen Lande an Rußland nicht zurückkehren werden, daß die polnische Frage gelöst werden wird. In welcher Weise jedoch, in welchen Formen die Gestaltung der Zukunft vollzogen werden soll — das ist bis jetzt ein unaufgeklärtes Problem. Außer den Schlüssen, die man aus dem ganzen Charakter der Verwaltung im polnischen Okkupationsgebiet ziehen kann, gibt es in dieser Beziehung keine anderen Anhaltspunkte.

Wann endlich etwas mehr Licht auf die uns so sehr angehenden Angelegenheiten fallen wird — mag Gott allein wissen...

Unlängst hielt in Warschau General von Beseler eine Rede, in welcher er bemerkte, daß erst das Ende des Krieges über das Schicksal Polens entscheiden werde. Es scheint, als ob das Schweigen des Reichskanzlers am Donnerstag eine Bestätigung dieser Äußerung wäre.

Aus Nr. 113 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 1. Oktober 1916.

Mit Bezug auf die

Rede des Herrn Reichskanzlers

meint das Blatt:

„... Uns hat diese Rede eine gewisse Enttäuschung gebracht, nicht darin, was in ihr enthalten war, sondern darin, was in ihr fehlte.“

Aus Nr. 120 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 4. Oktober 1916.

Die Rede des Reichskanzlers,

welche am vorigen Donnerstag bei der Wiedereröffnung der Reichstagsitzungen gehalten wurde, und deren Inhalt wir in der Sonnabend-Nummer mitgeteilt haben, sollte, wie wir bereits erwähnt haben, morgen, am Donnerstag, einer näheren Besprechung unterzogen werden. Indessen wurde die Sitzung, welche für Donnerstag in Aussicht genommen war, zum zweiten Mal auf Mittwoch, den 11. Oktober, vertagt. Aus der vom Präsidenten für den 11. Oktober bereits aufgestellten Tagesordnung ergibt sich aber, daß auch an diesem Tage eine Diskussion über die Rede des Reichskanzlers, welche übrigens von der Berliner Presse sehr ungleichmäßig aufgenommen wurde, nicht stattfinden wird.

Der Grund für die weitere Vertagung der bereits anberaumten Reichstagsitzung soll nach der Information des „Berliner Tageblatts“ darin bestehen, daß noch während dieser ganzen Woche Beratungen der Staatskommission über die politische und militärische Lage stattfinden sollen. Die Mitglieder dieser Kommission haben sich darüber mit dem Reichskanzler in einer geheimen Sitzung geeinigt.

Angeichts der Tatsache jedoch, daß auf die Tagesordnung der künftigen Reichstagsitzung die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers nicht gestellt wurde, drängt sich unwillkürlich die Frage des radikalen Sozialdemokraten Ledebour auf, ob der deutsche Reichstag weniger Grund habe, große und wichtige Fragen zu erörtern, als der Landtag in Ungarn?

Was uns anbetrifft, so müßte eine Diskussion über die vom Reichskanzler gehaltene Rede uns gerade am meisten interessieren. Vor allem nämlich hat die Rede des Reichskanzlers alle diejenigen Polen unangenehm enttäuscht, welche aus seinem Munde etwas über die polnische Frage zu erfahren hofften. Diese Erwartungen waren schon mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der polnischen Frage in der gegenwärtigen Zeit berechtigt, und außerdem deuteten auch deutsche Blätter darauf hin, daß der Reichskanzler die polnische Frage berühren werde.

Andererseits würde die Polen wohl mehr, als alle anderen, auch eine Erklärung des Reichskanzlers über die Frage der „Neuorientierung“ interessieren.

Die erste Frage hat nun der Reichskanzler gar nicht, und die zweite nur leicht mit der Erwähnung „eines offenen Weges für alle Tüchtigen“ berührt, — einer Erwähnung, welche auch in deutschen Kreisen, die irgendwelche greifbare Weisungen für die Neuorientierung erwarteten, keineswegs mit allzu großer Begeisterung aufgenommen wurde.

Wir erwarten nun auch nicht im mindesten, daß der Reichskanzler in der nächsten Diskussion — im Gegensatz zu seiner bisherigen Politik, welche die Hoffnungen der fortschrittlichen Kreise zu erhalten suchte und einen entscheidenden Bruch mit der Rechten nicht herbeiführen wollte, in diesen beiden Fragen, die uns auf das lebhafteste interessieren, etwas mehr Greifbares wird sagen können. Uns sind aber auch die Stimmen des Reichstags, der Vertretung des deutschen Volkes selbst, recht willkommen, obwohl wir natürlich wissen, daß diese Stimmen, zumal in der polnischen Frage, nicht immer maßgebend sind.

Die Tatsache der weiteren Vertagung der Reichstagsitzungen bis zum nächsten Mittwoch ist übrigens schon allein ein Beweis dafür, daß die Reibung zwischen den zwei Richtungen in Deutschland — der konservativen und der fortschrittlichen — noch immer nicht aufgehört hat, und daß sie auch weiterhin mit aller Macht fortgesetzt wird. Solange nun diese Reibung nicht mit dem Siege der einen oder der anderen

Richtung enden wird, solange wissen wir auch selbst nicht, worauf wir unsere Politik, welche während dieser gewaltigen Weltumwälzungen im Dunklen tappt, stützen sollen.

Aus Nr. 121 des Nowy Przyjaciół Ludu (Kempen)
vom 7. Oktober 1916.

Gegen den Kanzler!

Schon seit längerer Zeit betreiben gewisse Personen, die sich mehr oder weniger mit der Politik befassen, eine Hege gegen den deutschen Reichskanzler. Die schlimmsten Intrigen spinnen die verblendeten Deutschen, die sogenannten Hafatisten. Sie gerieten in Schrecken, als der Kanzler die neue Orientierung ankündigte. Sie können nicht begreifen, wie die deutsche Regierung, welche die durch sie geschmiedeten Gesetze bestätigt hat, jetzt dem Volke die Freiheit geben kann, das doch niemals die Ausnahmegesetze verdient hat. Die Hafatisten verharren in ihrer Verblendung und wollen nicht zugeben, daß gerade ihre verderbliche Politik, die Politik der Bedrückung der Schwächeren, den Krieg hervorgerufen hat, der den Völkern Europas eine so furchtbare Niederlage bereitet.

Die deutsche Regierung ist sich dessen wohl bewußt, und sie befindet sich auf dem Wege, hinsichtlich ihrer Politik umzukehren. Das gefällt aber den Hafatisten nicht; sie werfen der Regierung und insbesondere dem Kanzler Schwachheit und Wankelmütigkeit den Feinden gegenüber vor. Die Hafatisten ziehen es vor, sich mit Rußland zu versöhnen, ja, sie liebäugeln schon mit ihm, damit sie nach dem Kriege das polnische und katholische Volk weiterhin bedrücken könnten. Von den Hafatisten sind die Polen nicht nur deshalb nicht gern gesehen, weil sie Slaven sind, sondern auch deshalb, weil sie sich zum katholischen Glauben bekennen und weil sie es vorziehen, eher die schwersten Leiden zu ertragen, als ihren Glauben zu verleugnen. Und daß es so ist, das unterliegt keinem Zweifel. Sehen wir uns nur einmal die Gegenden an, in denen evangelische Polen wohnen! Diese Polen werden nicht verfolgt, im Gegenteil, sie werden auf Schritt und Tritt in Schutz genommen. Die Hafatisten achten nicht darauf, daß das polnische Volk gerade im gegenwärtigen Kriege die größten Opfer bringt. Ihnen paßt es gerade, daß so viele unserer Brüder unschuldig verloren gehen, sie freuen sich darüber, daß die Russen das heimatlose polnische Volk nach dem Innern Rußlands getrieben haben, wo es vor Hunger und Elend umkommt. Sie warten auf den Augenblick, in dem sie wie eine Schar von Wölfen werden über das Land herfallen können, welches das polnische Volk Jahrhunderte lang bewohnt und mit seinem Schweiß befruchtet hat. Sie wissen, daß sie mit der russischen Bevölkerung, der es gleichgültig ist, unter wessen Knute sie lebt, weil sie daran gewöhnt ist, leichter fertig werden, wie mit den Polen, denn die Polen lieben als kulturelles Volk ihr Vaterland und sind bereit, ihr Leben dafür hinzugeben.

Weil also die Hafatisten die Absichten der Regierung, die Ausnahmegesetze aufzuheben, sehen, suchen sie die Stellung des Kanzlers zu untergraben, des Mannes, der das Vertrauen nicht nur des ganzen deutschen Volkes, sondern auch des Kaisers selbst genießt.

Aus Nr. 40 der Gwiazda (Posen)
vom 30. September 1916.

Verwirrung.

Die polnische Frage befindet sich gegenwärtig im Zustande einer solchen Verwirrung, daß selbst der hervorragendste Politiker nicht imstande ist, sich durch den dichten Nebel der geheimgehaltenen diplomatischen

Verhandlungen durchzuarbeiten, die das unmittelbare Resultat der militärisch-politischen Bestrebungen sind, durch die Flutwellen der Buchdruckerischwärze, die den Verheißungen und Versprechungen uns gegenüber gewidmet werden und teils von tief in der Seele versteckten Sympathien diktiert, teils durch politische Rücksichten zurückgehalten, teils von den parlamentarischen Tribünen aus feierlich verkündigt werden.

In dieser Verwirrung schwankt Polen, indem es fühlt, daß es sich um das Glück von ganzen Generationen handelt. Dieses Schwanken ist verständlich, und niemand, der objektiv zu sehen imstande ist, wird dieses Schwanken übel nehmen. Polen wird sich erst dann endgültig entscheiden können, wenn — nach den bekannten Worten des Warschauer Generalgouverneurs Beseler, Polen aufhört, „deutsches Kriegsgebiet zu sein, das erobert und mit vollem Recht besetzt gehalten wird“, ein Gebiet, „über das erst der Ausgang des Krieges dem Sieger das Recht der Entscheidung geben wird“. In hohem Grade wird die Entscheidung Polens auch davon abhängig sein, was uns im preussischen Gebiet die angekündigte und versprochene „Neuorientierung“ bringen wird, bezüglich deren die deutschen Parteien eine abwartende Stellung einnehmen, indem sie das Gefühl haben, daß sie von dem schließlichen Ergebnis des inneren Kampfes abhängig sein wird, der gegenwärtig in der Tiefe der deutschen Volksseele tobt.

Wer imstande ist, tiefer in diese Seele hinein-zusehen, der wird mit Leichtigkeit bemerken, daß es dort kocht und schäumt und daß eine Verwirrung darin herrscht, die allerdings nicht so groß ist, wie diejenige in der polnischen Volksseele, da der deutsche Geist sich unter viel günstigeren Bedingungen entwickeln konnte. Es genügt, sich einerseits in die Artikel der freisinnigen Presse, andererseits in diejenigen der konservativen Presse zu vertiefen, um die zwei Hauptströmungen, die gegenwärtig unter dem Einfluß des schrecklichsten aller Kriege die deutsche Seele durchwühlen, zu erkennen. Die rücksichtsloseste Exklusivität kämpft mit der Achtung der Individualität, und das Geräusch dieses Kampfes wird in den Artikeln für und wider den Kanzler wahrnehmbar, der als Vorkämpfer der neuen Strömungen gilt, die durch die Formel der „Neuorientierung“ gekennzeichnet werden.

Von dem Siege einer dieser Strömungen wird in hohem Grade die zukünftige Gestaltung der Bedingungen des politischen Lebens von ganz Europa, darunter auch derjenigen des polnischen Volkes und seiner politischen Zukunft abhängen.

Denn es ist klar, daß, wenn sich auch die Friedensphantasien erfüllen sollten, die ein englischer „Politiker“ in der „National Review“ zum Besten gab, Phantasien über die vollständige Zertrümmerung des Deutschen Reiches, so würde doch niemals die deutsche Seele zertrümmert werden, die in diesem Kriege so viel Kraft und imponierende Energie gezeigt hat. Man war doch nicht einmal imstande, die polnische Seele zu töten, obwohl sie in den letzten Jahren des Daseins Polens so kraftlos erschien; sie lebt ein immer volleres, pulsierendes Leben, das sich in gesunden Forderungen und Bestrebungen äußert. Die Knebelung der deutschen Seele würde daher eine Todesünde gegen die heilige Idee des ewigen Friedens bedeuten, die „quand même“ in der Zukunft siegen muß. Der deutsche Geist läßt sich nicht töten — das lehrt die Geschichte —, und gerade die erwähnte Idee des ewigen Friedens, die von der Mehrheit — unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mit Unrecht — als Utopie betrachtet wird, erfordert den Sieg desjenigen deutschen Geistes, dessen Bestreben die „Neuorientierung“ ist, nicht nur innerlich, sondern auch nach außen hin.

Ein solcher Sieg, der einem der größten Siege gleichbedeutend wäre, nämlich dem Siege über sich selbst, würde eine ungeheure Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der polnisch-deutschen Verhältnisse haben.

Die Verwirrung bezüglich der Anschauungen über die polnische Frage, die in unserem Gebiete herrscht, muß um so größer sein, je schwieriger man sich in der deutschen innerpolitischen Verwirrung zurechtfinden kann. Die einen, die dem Geiste der deutschen konservativen Kreise verwandt sind, behaupten, daß bei dem Kampfe der beiden deutschen Strömungen derjenige Geist siegen werde, den wir als den Geist der „rücksichtslosen Exklusivität“ bezeichnet haben; andere glauben an den Sieg des Geistes der „Neuorientierung“. Sowohl die einen als auch die anderen suchen ihre Politik dementsprechend zu gestalten, mit mehr oder weniger Geschick, ohne zu bedenken, daß sie ein Gebäude aufrichten, dem noch das Fundament fehlt. Noch andere wiederum, die diesen Mangel fühlen und nicht die politische „Blindfuh“ spielen wollen, verhalten sich reserviert.

Uns im preussischen Gebiet, die wir den Puls der deutschen Bestrebungen in unmittelbarer Nähe füh'en, wird es sehr schwer, uns zu orientieren. Wie viel schwieriger muß dies für die übrigen polnischen Landesteile, für Galizien und das Königreich sein! Es ist daher kein Wunder, daß die Verwirrung dort noch größer ist, und daß die Schwankungen dort naturgemäß viel stärker sich bemerkbar machen.

Und leider kann man keine Hoffnung hegen, daß diese Verwirrung bald ein Ende nehmen, daß die Zersplitterung des polnischen Geistes, der im Dunkeln umherirrt und auf Parolen und Erklärungen in der polnischen Frage horcht, bald vorübergehen könnte. Diese Zersplitterung und Verwirrung wird nicht eher aufhören, bis das Ergebnis des Krieges und das Ergebnis der inneren politischen Kämpfe, die bei den Friedensbedingungen eine wichtige Rolle spielen werden, die Fundamente schaffen, auf denen man ein sicheres Gebäude unserer politischen Bestrebungen wird errichten können.

Aus Nr. 229 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Oktober 1916.

Rebeldunst.

Niemals hat man sich in den wichtigsten Fragen der polnischen Politik schwieriger orientieren können, als gegenwärtig. Das verursachen sowohl äußere als auch innere Gründe, die zusammengenommen eine überaus unklare und ungewisse Situation schaffen. Über den Standpunkt der kriegführenden Monarchien gegenüber der polnischen Frage ist im gegenwärtigen Moment weniger bekannt als je. Was die Mittelmächte betrifft, so haben sich die im August und September im Umlauf befindlich gewesenen Gerüchte, als wenn Deutschland und Österreich unverweilt an die Regelung der Geschicke des Königreichs gehen wollten, nicht bewahrheitet. Entgegen den Voraussagen mancher Kreise hat der deutsche Reichskanzler in seiner großen politischen Rede bei der Eröffnung der Reichstagsitzung die polnische Sache mit keinem Worte berührt. Ob man sich das Schweigen des Kanzlers mit der Tatsache erklären soll, daß die einschlägigen Verhandlungen zwischen Österreich und Deutschland noch nicht beendet sind, oder ob hier tiefere Beweggründe der äußeren Politik Deutschlands in Rechnung kommen, das ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls darf man die Wahrnehmungen nicht übersehen, die sich bei der Besprechung der Rede des Kanzlers aufdrängten, und die auch in den deutschen Zeitungen ihren Widerhall fanden, daß

nämlich gegenüber den sehr scharfen, gegen England gerichteten Wendungen die Worte des Kanzlers überaus maßvoll, fast verjöhnlich klangen, als er von Rußland sprach, indem er nur erklärte, daß Deutschland in die inneren Verhältnisse Rußlands sich absolut nicht mischen wolle. Auf dem Hintergrunde der Rede des Kanzlers muß sich zweifellos der Eindruck befestigen, daß der Kurs der deutschen Politik sich scharf gegen Großbritannien als den egoistischsten, hartnäckigsten und verbissensten Feind wende. Diejenigen, welche gerade im Gegenteil unter Hinweis auf die russische Gefahr für Deutschland die Regierung dafür engagieren wollten, die Hauptschärfe des Krieges gegen Rußland zu kehren, mußten nach der Rede des Kanzlers eine Enttäuschung erfahren. Wenn man erwägt, daß England einer- und Rußland andererseits die zwei Pole sind, im Verhältnis zu denen die deutsche Kriegspolitik sich orientieren muß, so geht aus der von dem Kanzler angekündigten Konzentrierung aller Kräfte zum Kampfe gegen England als natürliche Konsequenz ein gewisses zweckbewußtes Reduzieren der Kriegsziele Rußland gegenüber hervor. Eine Politik, welche sich zu einem Kampfe bis aufs Äußerste England gegenüber entscheidet, wird keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um mit Rußland in einem näheren oder späteren Termine ein Übereinkommen zu treffen.

Es ist schwer, konkret zu sagen, wie eine derartige deutsche Politik die polnische Sache ansehen wird. Man darf jedoch annehmen, daß Äußerungen solcher Politiker wie Bernhard, welche raten, die Lösung der polnischen Frage bis zum Ende des Krieges zu verschieben, mehr Einfluß gewinnen werden, wie bisher. Daß eine derartige Wendung der Sache in den Kreisen der polnischen Aktivisten eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen haben muß, darüber darf man sich nicht wundern. Die tatsächliche, von dem Kriege untrennbare Unsicherheit der internationalen Lage ist gewiß für keinen polnischen Politiker angenehm. Aber eine Naivität ist es, mit Gewalt die Augen demgegenüber verschließen zu wollen und sich die politische Tätigkeit zu vereinfachen, indem man sich damit täuscht, daß wir auf Granit einherschritten, während wir einen bröckelnden und unsicheren Boden unter den Füßen haben. Wie einfach und natürlich erschien die Politik des galizischen Obersten Nationalkomitees sehr vielen oberflächlichen Beobachtern! Heut erst, wo sich im Lager des Obersten Nationalkomitees immer krassere Gegensätze abzeichnen, wo die radikalen Parteien des Königreichs sich direkt gegen das Oberste Nationalkomitee wenden, wo der „Gaz“ sich gegen „überlebte“ Konspirationen wenden muß und wo wir von Korrespondenten, die dem Obersten Nationalkomitee nahestehen, das Bekenntnis hören, daß das Komitee sich bezüglich der realen Grundlagen seines ganzen Programms geirrt habe — heut wird vielleicht mancher zugeben, daß man in durch den Krieg geschaffenen Umständen und Verhältnissen niemals nüchtern und vorsichtig genug sein kann. Hörten wir doch vor kurzem nicht von der ersten besten Seite, nämlich von der polnischen Kommission des Wiener Polenklubs her, die Feststellung, daß alle politischen Entscheidungen unmöglich seien angesichts des Mangels an authentischen Informationen über die Absichten der maßgebenden amtlichen Faktoren in der polnischen Frage. Kann man sich eine üblere Situation vorstellen als die, daß die verantwortliche Vertretung der polnischen Volksgemeinschaft der Mitteilungen entbehrt, die unentbehrlich sind für das Sichorientieren in den wichtigsten, die Zukunft der Nation betreffenden Angelegenheiten?

Seit dieser Zeit war der Vorsitzende des Polenklubs, Bilinski, bei Stuergh, er war bei Burian und hatte eine Audienz beim Kaiser. Das Ergebnis dieser Bemühungen sollte der Klubvorsitzende in der Plenar-

sitzung der Fraktion unterbreiten, die seit Dienstag in Krakau berät. Mit unerhörter Spannung erwartet die öffentliche Meinung den Verlauf dieser Beratungen, über die bisher ein Bericht nicht vorliegt. Ob von dort her ein Licht ausgehen wird, das die ringsumher herrschenden Nebel erhellt? Man muß daran zweifeln, da der heutige Augenblick sich nicht sehr zur Aufklärung der polnischen Sache auf dem Hintergrund der nationalen Lage eignet. Wir müssen uns damit abfinden, ohne in Pessimismus zu verfallen. Solange der Krieg nicht in das Stadium endgültiger Entscheidungen treten wird, wird der Horizont mehr oder weniger von Nebel verhüllt sein. Auf die polnischen Politiker fällt nur die Pflicht, die einem Kapitan obliegt, der im Nebel auf dem Meere schifft: vorsichtig und zurückhaltend steuern, und wenn es nötig ist, den Kurs aufhalten und lieber warten, als auf Felsen zu geraten.

Aus Nr. 230 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. Oktober 1916.

Das Ideal des Volkes.

Es gibt gewiß keinen Polen, der inmitten des ringsherum tobenden geschichtlichen Sturmes nicht im Herzen den tiefen Wunsch und die Hoffnung einer besseren Zukunft des Volkes hegte. Wir durchleben einen entscheidenden Moment in der Gestaltung der Geschichte Europas. Der Krieg hat von Grund aus die Fundamente des früheren internationalen Systems gelockert, und neue Formen des politischen Daseins der Staaten und Völker sind aus dem blutigen Chaos im Entstehen begriffen. Einer der Hauptpfeiler der in Trümmer gehenden alteuropäischen Ordnung war die Tatsache der Teilung Polens. Heute sehen wir, wie fast allen Völkern Europas die Überzeugung, ja beinahe die Sicherheit zum Bewußtsein gekommen ist, daß Polen von neuem erstehen muß, daß in der neuen Hierarchie der unabhängigen Völker ihm eine besondere Stelle gebührt.

In der Politik der kämpfenden Staaten spielt die polnische Frage eine erstklassige Rolle. Es hat sich gezeigt, daß die Polen ein politischer Faktor von solcher Bedeutung sind, daß unabhängig von der Sympathie oder Antipathie dieser oder jener Regierung, dieses oder jenes Diplomaten, das polnische Problem existiert und seine Lösung fordert. Unsere Zahl und unsere wirtschaftliche Kraft, unser zivilisatorisch-kulturelles Gut, unser nationalpolitisches Bewußtsein haben es bewirkt, daß trotz der ungünstigsten Bedingungen der Lage, trotz der Teilung in 3 Teile, trotz wir des Mangels an äußeren Formen und an einer gemeinsamen Betätigung durch eigene Arbeit zu einer Bedeutung emporgewachsen sind, die mit der Existenz und den Rechten der Polen rechnen läßt.

Das Königreich — dieser Kern des polnischen Landes — ist infolge der Kriegereignisse das unmittelbare Ziel internationaler Bemühungen und Pläne geworden. Deutschland und Österreich sind sich dessen bewußt, daß sie mit der Macht des Schwertes nicht ein russisches Land okkupiert haben, sondern ein Gebiet, das von einem national besonderen Element bewohnt wird, das seiner eigenen Aufgaben und Bestimmungen sich bewußt ist. Das eigene Interesse der Zentralstaaten gebietet ihnen, so lange der Kampf mit Rußland als etwas Beständiges und Unvermeidliches erscheint, eine solche Gestaltung der Situation des Königreiches zu suchen, die aus diesem Lande einen Schutzwall Mitteleuropas vor der russischen Invasion bilden würde. Daher kommen auch die verschiedenen Pläne und Projekte der Wiedereinrichtung eines mehr oder weniger selbständigen polnischen Staates, der militärisch und wirtschaftlich mit Österreich oder Deutschland verbunden sein soll.

Aber auch die Gegenseite hat eine Interesse an der Erledigung der polnischen Frage. Die Politik Englands und Frankreichs hat alle Veranlassung, nach der Bildung eines polnischen Staatsorganismus zu streben — dies um so mehr, als sie dies territorial nichts kostet. Anders Rußland, das bis zum Beginn des Krieges der Besitzer des größten Teils des polnischen Landes war. In Rußland schreitet das Bewußtsein der neuen Situation und der neuen Aufgaben gegenüber Polen nur langsam vorwärts. Es dominiert noch immer der rohe kurzfristige Staatsegoismus, der ungern auf das verzichtet, was er besitzt. Rußland möchte so billig als möglich die polnische Frage lösen. Die Überzeugung, daß etwas getan werden muß, ergreift immer breitere russische Kreise; aber in allen den Autonomieprojekten, die in den Köpfen der Kadetten, der Oktobristen und der verschiedenen Staatsmänner entstanden sind, ist die Unkenntnis unserer Verhältnisse und ein Mangel des Bewußtseins der Rechte, auf die wir Anspruch haben, zu spüren.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß kein Staat aus Sympathie für uns etwas tun wird, daß die polnische Frage in den Knoten der verschiedenartigsten Interessen hineingeflochten ist, daß die Unsicherheit des Krieges die ganze heutige Lage charakterisiert, dann werden wir verstehen, wie vorsichtig und geschickt, wie fern von aller populären, volksversammlungsartigen Agitation die heutige polnische Politik sich halten muß. Eine solche Mäßigkeit und Vorsicht ist durchaus nicht ein Zeichen der Schwäche und Resignation. Nur derjenige, der sich gern an starken Worten berauscht, wird in einer Haltung, die durch Ruhe, Würde und gesammelte Energie des Durchhaltens gekennzeichnet ist, Kleingläubigkeit und Verzicht auf die Ideale sehen. Nur darf man nicht die Ideale mit den Parolen und Schlagworten der Parteien verwechseln. Man kann einen polnischen Staat wünschen, ohne ein „Staatspartei“ im Sinne des Herrn Stojnicki zu sein; man kann das Ideal der Unabhängigkeit für das höchste Ziel des Volkes halten, und trotzdem die Unabhängigkeitspartei bekämpfen. Zur Heiligung der Ideale trägt nicht derjenige bei, der aus ihnen ein Parteischild macht.

Der gegenwärtige Moment verlangt von uns unzweifelhaft Kraft und Anspannung der nationalen Aspirationen, da sonst die Wellen über unsere Köpfe hinweggleiten würden. Nur darf man die Lebendigkeit und die Fülle der Wünsche und der politischen Ziele mit einer effektvollen und billigen Phrasologie nicht verwechseln.

Wenn wir die Macht und die Kraft der nationalen Ideale mit der Zahl der polnischen Unabhängigkeits- und Staatspartei messen wollten, dann würden wir zu einem traurigen Ergebnis kommen. Aber in Wirklichkeit sind und waren die staatlichen Aspirationen die tatsächliche Grundlage des ganzen polnischen Patriotismus, und deshalb kann man dreist behaupten, daß es keinen Polen im wahren Sinne dieses Wortes gibt, der auf den Wunsch der Erlangung eines eignen Staates und einer eignen Regierung verzichten könnte.

Wir bitten zu hören, wie scharf unsere Landsleute in Rußland diese Sache hinstellen, wo es doch nicht leicht ist, Forderungen aufzustellen. So schreibt z. B. der „Dziennik Kijowski“ als Antwort auf verschiedene nebelhafte und unzulängliche russische Projekte folgendes:

„Wir Polen geben uns genau Rechenschaft über den diplomatischen Gedankengang der Gegenwart, und dieses und nichts anderes bestimmt die Gesamtgestalt unserer äußeren Bestrebungen und Forderungen, die nicht durch internationale Gerechtigkeit und nicht durch diesen oder jenen Edelmut entschieden werden, sondern durch das Interesse der am meisten engagierten Parteien. Wir wollen die Wirte unseres Landes (vom Dz. Kijowski unterstrichen) und unseres Geistes sein. Denn nur unter diesen Bedingungen

der unantastbaren Selbständigkeit kann Polen seine Aufgabe gegenüber sich selbst und anderen erfüllen. Und wir fügen hinzu, daß keine Ephemeriden, weder die eines Pufferstaates, noch die einer Provinzautonomie uns zu befriedigen vermögen oder die polnische Sache entscheiden können.“

Daselbe Organ tritt in derselben klugen und politisch mutigen Weise zugleich gegen den Vorschlag auf, die polnische Frage wie jede innerrussische Angelegenheit in der Duma zu erledigen, und schreibt folgendes:

„Die russischen entscheidenden Faktoren müßten es verstehen, daß unsere Angelegenheit nicht in häuslicher Weise nicht nur aus den oben angeführten Gründen von untergeordneter Bedeutung erledigt werden kann, sondern vor allem aus grundsätzlichen Rücksichten — weil nämlich unsere Sache eine internationale Frage ist. Wir sind und waren niemals mit einer „häuslichen“ oder „privaten“ Behandlung einverstanden, und das Einzige, womit wir uns einverstanden erklären könnten, wären die Worte Lubeckis, an die H. W. Zukowski in seinem Vortrage erinnert hat: Der Gleiche mit dem Gleichen.“ Weder die Duma noch der Staatsrat sind die entsprechenden Instanzen, und sie bieten keine Handhabe dazu“. Kann man Leute, die so reden, „Russophile“ nennen? Existiert denn überhaupt in der polnischen Volksgemeinschaft ein Russophilentum, wie dies im Interesse ihrer Parolen und Doktrinen diejenigen verkünden, denen es scheint, daß sie das Monopol auf den einzigen polnischen Patriotismus mit der Marke der Unabhängigkeit besitzen? Es ist schon genug dieses Wirtschaftens mit Begriff dem „Russophilentum“, genug der Brandmarkung Verräter und „Orthodoxe“ als aller derjenigen, die einer anderen Meinung sind. Das Ideal des polnischen Staates ist heute nicht das ausschließliche Privileg irgend einer Partei, sondern Eigentum des ganzen Volkes. Aber um es zu realisieren, sind nicht Worte, Parolen, Volksversammlungen, radikale Phrasen oder ein sozialdemokratisches Kommando nötig, sondern die Verständigung und Vereinigung aller wirklich nationalen Elemente unter der Fahne einer ruhigen und klugen Politik und einer bedächtigen Kraft, die das Volk für die Aufgaben des morgigen Tages vorbereitet.

Aus Nr. 43 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 4. Oktober 1916.

Die Politik der Tat.

Welches auch immer die Ursachen des Weltkrieges gewesen sein mögen das Eine kann man als sicher annehmen, daß keine der kriegsführenden Parteien den Kampf etwa im Interesse Polens eröffnet hat. Erst auf grund der Kriegsergebnisse trat die polnische Frage als eine internationale Frage auf. Diese Tatsache wird auch von den Zentralmächten zugestanden.

Rußland hat dann die Lösung zur Vereinigung aller polnischen Länder unter dem Zepher des Zaren gegeben, und versprochen, dem künftigen Polen eine politische Autonomie zu geben; die Zentralmächte beabsichtigen dagegen jetzt, die polnische Frage in den Grenzen der Rußland entrißenen früheren Länder der polnischen Republik zu lösen.

Das Lösungswort Rußlands darf für das polnische Volk, wenn auch schon mit Rücksicht — auf die historische Vergangenheit kein Lockmittel sein. Polen hatte zwar schon eine Autonomie unter dem Zepher des Zaren, aber verlor sie auch — nicht aus eigener Schuld. Überdies führt uns die Aussicht, vom Zaren und seinen Organen (Gzysnowski) regiert zu werden, zu lebhaft die ganze Hölle jener barbarischen Verfolgungen wiederum vor die Augen, welche das polnische Volk unter russischer Herrschaft zu erdulden

hatte. Im übrigen bedeutet die Autonomie nicht den „Traum dieser Völker“, welche ihr Blut verspritzten, um — unabhängig zu werden.

Die Äußerung des Reichskanzlers des Deutschen Reichs über die Zukunft Polens war allerdings weniger greifbar, als das agitatorische Lösungswort Rußlands, denn der Reichskanzler sprach nach der Einnahme Kongreßpolens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nur im allgemeinen von einer „Lösung“ der polnischen Frage durch Deutschland und Österreich-Ungarn. Diese Worte können jedoch nicht eine Teilung Polens in sich schließen, denn dann wäre die polnische Frage noch immer nicht gelöst. Wenn eine „Lösung“ der Frage erfolgen soll, so muß etwas geschehen, was Polen eine dauernde Existenz sichert.

Das polnische Volk ist sich übrigens über die Aktualität der polnischen Frage als einer internationalen Frage klar. Nur rücksichtlich der politischen Methode weist es zwei Richtungen auf: Die eine möchte bezüglich des Königreichs Polen bis zur endgültigen Entscheidung durch den Krieg auf einem neutralen Standpunkt verbleiben, die andere wiederum mit einer politischen Tat beweisen, daß sie ein unabhängiges Polen gegen den Willen Rußlands erstrebe.

Die Passivität der ersteren bleibt nun unverstänlich, wenn man zu der Erkenntnis gelangt ist, daß es eine Naivität wäre, anzunehmen, daß ein dauerndes Heil vom Himmel fallen könne, oder, daß „wir uns eine reale Grundlage für eine neue Ära des Aufblühens schaffen müssen.“ Wie kann man denn etwas schaffen, wenn man untätig bleiben will? Die Passivität bedeutet doch immer eine Leugnung jedweder politischen Betätigung, und könnte als solche sogar für ein Zeichen von Mangel an Lebenskraft und Vertrauen zu seinen eigenen Kräften überhaupt angesehen werden.

Ein passiver Politiker ist überhaupt kein Politiker, da es ja gerade Aufgabe eines jeden Politikers ist, alle Möglichkeiten voranzusehen, jedes „pro“ und „contra“ richtig zu erwägen, und sich endlich dafür zu entschließen, was die meisten Vorteile für die von ihm vertretenen Interessen bietet. Nachdem er aus diesen Prämissen die logische Konsequenz gezogen, muß er schon nach dem Grade seiner Bestimmungen zur Tat greifen, ohne dabei auch vor einem selbst noch so großen Opfer zu erschrecken.

Wenn daher unser Volk um die Wiederherstellung seiner Rechte ringt, dann dürfen wir auch selbst weder ganz still, noch zu ungeduldig, zu sehr äquivalent erscheinen. Daraus folgt nicht, daß wir unser Volk etwa zu unüberlegten Handlungen treiben möchten, sondern wir vertreten hierbei den Grundsatz, daß niemand von uns passiv dem Gang der Ereignisse in einer Zeit zusehen darf, wo sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden soll.

Die militärische Lage zeigt uns nun, daß die Entscheidung über das künftige Schicksal Polens in den Händen der Zentralmächte ruht. Diese Lage wurde weder durch die russische, noch durch die englische und französische Offensive, und auch nicht durch die Intervention Rumäniens geändert. Die Zeit drängt also, daß wir, wenn wir es bis dahin noch nicht getan haben, eine Richtlinie für unsere Politik festlegen, und, ohne untätig auf unbestimmte Termine etwa noch kommender Ereignisse zu warten, gerade der Gegenwart Rechnung tragen und auf ihr unsere Pläne für unsere Zukunft bauen.

Die Zentralmächte können etwas für die Zukunft Polens tun, aber man kann von ihnen doch nicht das erwarten, was in Kollision mit ihren eigenen Interessen stände. Wenn sie also die Überzeugung gewonnen haben, daß sie, indem sie ein unabhängiges Polen wiederherstellen, zugleich einem wohlwollenden

Nachbarn zu seiner Existenz verholfen haben, so wird ihnen dieser Nachbar sicherlich viel lieber sein, als das feindselig gesinnte Rußland. Wenn aber in dem künftigen Polen des Volkes sentimentaler Wille etwa nach Rußland gravitieren sollte, so würden sie für sich natürlich eine neue Gefahr schaffen. Von unserem gegenwärtigen Verhalten hängt es also schon viel ab, ob die Zentralmächte die Überzeugung gewinnen können, daß das künftige Polen mit ihnen in einem ähnlichen Bunde, wie heute z. B. Bulgarien verbleiben wird. So ist uns heute auch noch die Möglichkeit gegeben, politisch Farbe zu bekennen, auf daß wir mit unseren Entschlüssen nicht zu spät, d. h. nicht etwa dann erst kommen, wenn bereits Beschlüsse, die uns zwangsweise auf unseren Weg weisen würden, gefaßt worden sind.

Aus Nr. 51 der Gazeta Narodowa (Posen)

vom 9. Oktober 1916.

Politische Besonnenheit.

Zu Anfang des Krieges haben sich in unserm Volke in allen Gebietsteilen deutlich zwei Strömungen bemerkbar gemacht. Die eine schrieb auf ihre Fahne die Parole der Tat, würdig des geschichtlichen Augenblicks. Tausende von jungen Leuten sind in die Legionen eingetreten, um mit der Waffe in der Hand für das Vaterland zu kämpfen; im Zeichen dieser nationalen Tat einigten und vereinigten sich alle Parteien Galiziens. Im Königreich trat die ganze Allgemeinheit an die soziale und nationale Arbeit heran und benutzte gern die durch die Regierung der Zentralstaaten gewährten Freiheiten. Die Erklärung des Warschauer Gemeinderats in Sachen der Unabhängigkeit hat trotz der anfänglichen Opposition einiger weniger politischer Kreise in Warschau dieses Streben klar zum Ausdruck gebracht. Die Anhänger der andern Richtung erklärten sich, wenigstens offiziell, für Passivität, für geduldiges Abwarten dessen, was uns das Schicksal bringen wird. Dieser Überzeugung huldigen die Anhänger der national-demokratischen Politik und diejenigen, die mit ihr sympathisieren. Diese Politiker jedoch bemühen sich durchaus nicht, ihre Theorie in dem einzigen für sie günstigen Moment in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil passen sie dieselbe ausschließlich ihrem Standpunkt gegenüber der auswärtigen Politik an; in inneren Angelegenheiten jedoch, namentlich in unsern Gebietsteilen, strafen sie dieselben Lügen.

Der „Kurjer Poznański“ hat die Politiker der Tat mit unklugen Leuten verglichen, die aus dem Zuge aussteigen, wenn dieser sich noch in Bewegung befindet. Dieser Vorwurf trifft aber vor allem auf seine eigenen Anhänger zu. Das hat der Vertreter der polnischen Fraktion bewiesen, der in der parlamentarischen Fraktion am Ende des vorigen Jahres aus eigener Initiative gegen die Forderungen der Militärverwaltung stimmte, während sogar die Vertreter von Elsaß-Lothringen und die Dänen für das Projekt stimmten. Dieses Verhalten hatte um so nachteiligere Folgen, als es zwei Tage nach der Rede des Kanzlers erfolgte, der eine günstigere Zukunft für das polnische Volk ankündigte. Einen weiteren Beweis hat die Fraktion zum zweiten Male in der Angelegenheit Liebknechts geliefert, indem sie das Verhalten eines Mannes verteidigte, der die patriotischen Gefühle von ganz Deutschland aufs heftigste verletzt hat.

Noch schwankt die Wagschale der Geschehnisse der Welt, und auch unsere Zukunft soll erst entschieden werden; aber manche Politiker, anstatt sich mit besonnener Geduld zu wappnen, halten es für angebracht, demonstrativ hervorzutreten, ohne wahrscheinlich selber daran zu glauben, daß ihre Schritte irgendeinen positiven Erfolg haben könnten. Als den einzigen Vorteil erhalten sie den Beifall der Leute, die sich in der

Politik ausschließlich vom Herzen leiten lassen und nicht vom Verstande.

Vor allem müßten wir uns überlegen, zu wem und in welchem Augenblicke wir reden. Mit Recht werfen wir den uns feindlich gesinnten deutschen Parteien vor, daß sie unsere Bedürfnisse und unsere nationalen Schmerzen nicht anerkennen. Jedes Hervortreten dieser Parteien hat unsere nationale Würde, die infolge der dauernden Drohung der Vernichtung überempfindlich ist, verletzt. Begehen wir heute nicht die Fehler unserer Gegner! Berücksichtigen wir die Gefühle des deutschen Volkes, das von allen Seiten von Feinden umgeben ist, die seine Vernichtung beabsichtigen, und denken wir daran, daß im gegenwärtigen Augenblick jeder oppositionelle Schritt eine andere Bedeutung hat als in Friedenszeiten und daß er als ein Hindernis betrachtet werden muß, das dem Deutschen Reiche bei der Arbeit an der Erhaltung des Staates und des Daseins der Nation bereitet wird! Unser bisheriges Verhältnis zur Regierung hat uns zur Opposition gezwungen und an dieselbe gewöhnt; machen wir nicht aus der früheren Gewohnheit eine politische Leidenschaft!

Eine neue parlamentarische Session hat begonnen. Unsere Fraktion steht vor der Entscheidung, ob sie sich in Geduld fassen will oder ob sie beabsichtigt, durch kleine oppositionelle Anträge und Proteste den Unwillen aller parlamentarischen Parteien zu erregen.

Es ist hier nicht der Ort, sich breit über die Politik des Reichskanzlers und die Aussichten ihrer Realisierung auszulassen. An zwei Sachen müßten wir jedoch denken, daß im Laufe der letzten zwanzig Jahre kein Kanzler so freundliche Absichten uns gegenüber ausgesprochen hat und daß in dem dem Kanzler feindlichen Lager zugleich alle unsere Gegner sitzen.

Unsere Vertreter müssen zweifellos die Zusammensetzung der parlamentarischen Parteien und die Bedeutung einer oppositionellen Richtung bei den Treibereien gegen den Reichskanzler kennen. Sie müssen also zu der Überzeugung kommen, daß, wenn sie in einem solchen Augenblicke Klagen vorbringen, die unzweifelhaft gerechtfertigt sind, und Forderungen vorlegen, die ebenfalls gerechtfertigt sind, sie der polnischen Sache keinen Nutzen bringen können, sondern zur Verstärkung der Strömungen gegen den Reichskanzler beitragen werden, deren Grundlage die Hatzisten bilden.

Nicht von uns allein hängt die Entscheidung über die Geschicke Deutschlands und seiner Regierung ab, aber in sehr großem Maße werden die weiteren Geschicke unseres Landesteils und Polens von unsern Schritten abhängig sein.

Stärken wir nicht durch Herausforderung und durch Mangel an politischer Geduld unsere Gegner und werden wir nicht unsere eigenen Feinde.

Aus Nr. 121 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Oktober 1916.

Aus Anlaß der bevorstehenden Vollverhandlungen im Reichstage sind hier und da Befürchtungen aufgetaucht, daß die polnische Reichstagsfraktion durch scharfes Hervortreten von der Reichstagstribüne Fehler begehen könnte. Nachrichten über solche Befürchtungen finden wir in manchen Zeitungen.

Es will uns scheinen, daß diese Befürchtungen eitel sind. Man weiß nicht, woher sie kommen.

Es ist möglich, daß sie die Folge der sich in der ganzen polnischen Volksgesamtheit offenbarenden Beunruhigung und Ungeduld sind, angesichts der Tatsache, daß seit dem Augenblicke, als man der polnischen Volksgesamtheit die neue politische Orientierung versprochen hatte, nun schon 2 Jahre vergangen sind, und daß diese Änderung noch nicht einmal den Anfang

genommen hat, wiewohl eine sehr günstige Gelegenheit bei der Änderung des Vereins- und Versammlungsrechts vorhanden war. Die Beunruhigung und die Ungeduld der polnischen Volksgesamtheit ist um so größer, weil die Hatzisten und Alldeutschen verlangen, daß die antipolnische Politik nicht nur nicht kassiert, sondern noch verschärft werde. Und es ist doch bekannt, daß vor dem Kriege in der polnischen Angelegenheit die Regierung fast alles tat, was die Hatzisten und Alldeutschen haben wollten. Wenn außerdem immer noch neue Sachen vorkommen, wie z. B. die Angelegenheit der Szymborzer Bewahranstalt usw., so muß die polnische Volksgesamtheit wider Willen an die schmerzlichen Erfahrungen denken, die sie mit den Versprechungen aus neueren früheren und alten Zeiten gemacht hat, und daher kommen die quälenden Zweifel und die Ungeduld. Wir sind deshalb auch überzeugt, daß unsere Abgeordneten in der Reichstagskommission, die gegenwärtig Beratungen pflegt, das mit Nachdruck, aber in ruhiger Form, vorgebracht haben, was die polnische Gesamtheit berührt und quält. Wir nehmen nicht an, daß die polnischen Abgeordneten im Reichstage selbst so scharf auftreten sollten, daß man durch ein solches Auftreten Vorteile für die polnische Volksgesamtheit erwarten könnte.

Bekanntlich bekämpfen die Hatzisten und Alldeutschen mit ungeheurer Verbißtheit den Reichskanzler; denn sie wollen ihn stürzen, u. a. auch deswegen, weil sie die neue Orientierung nicht haben wollen. Wir wünschen nicht, daß unsere Abgeordneten in ein und derselben Richtung gingen mit den Hatzisten und Alldeutschen.

Wir haben schon in einem unserer früheren Artikel gesagt, daß gegenwärtig kein denkender polnischer Politiker anders verfahren könne, als den Kanzler zu unterstützen. Ein schroffes Hervortreten in der gegenwärtigen Zeit auf der Tribüne des Reichstages müßte als eine Bekämpfung des Kanzlers angesehen werden. Das ist klar und einfach. Deshalb meinen wir, daß unsere Abgeordneten namentlich jetzt im gegebenen Augenblick im Reichstage selbst Zurückhaltung üben werden.

Aus Nr. 119 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 8. Oktober 1916.

Liebknecht.

Auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung im Reichstag ist der sozialdemokratische Antrag auf Entlassung Liebknechts und auf Unterbrechung des Untersuchungsverfahrens in der gegen ihn seitens des Festungskommandanten von Thorn erhobenen Anklage gesetzt worden.

Es ist bekannt, daß die Sache Liebknechts den Reichstag und den Landtag bereits wiederhol beschäftigt hat. Es gab eine Erklärung der parlamentarischen Fraktion in dieser Sache; es gab die Verweigerung der Unterschriften der Landtagsfraktion unter den Antrag auf Liebknechts Haftentlassung.

Die Reichstagsfraktion hat ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Tat Liebknechts nicht gutheißt und von seiner Person nicht eingenommen ist, und daß sie nur mit Rücksicht auf die Unantastbarkeit der Abgeordneten im Sinne des sozialdemokratischen Antrags auf Entlassung stimmt.

Die Landtagsfraktion hat nach dieser Erklärung die Hergabe der Unterschriften unter den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt.

Es scheint uns, daß die Liebknecht-Frage durch das deutsche Volk, die Gerichte und die gesetzgebenden Körperschaften bereits entschieden ist.

Die Reichstagsfraktion hat keine Veranlassung, sich dieser Auffassung des deutschen Volkes, das zum

größten Teil Liebknecht und seine Agitation verurteilt, entgegenzustellen.

Daher ist wohl anzunehmen, daß die Reichstagsfraktion für Liebknecht nicht eintreten, sondern ihn seinem Schicksal überlassen wird.

Wir müssen uns vor allem um unsere eigenen nationalen Interessen kümmern.

Aus Nr. 121 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Oktober 1916.

Die Liebknecht-Angelegenheit auf der Tagesordnung des Reichstages.

Bekanntlich wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Liebknecht in 1. und 2. Instanz zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die 2. Instanz erhöhte die Strafe, er erhielt 4 Jahre Zuchthaus, es wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen, und damit büßte er auch das Abgeordnetenmandat ein. Liebknecht wurde wegen Staatsverrats bestraft, er beantragte Revision, und gleichzeitig strengte der Gouverneur der Festung Thorn einen zweiten ähnlichen Prozeß gegen ihn an.

Liebknecht befindet sich bis jetzt im Untersuchungsgefängnis. Die Sozialdemokraten verlangen, man solle ihn vorläufig aus dem Gefängnis entlassen, und sie haben einen dahingehenden Antrag gestellt.

Die polnischen Abgeordneten im preußischen Landtage haben f. Zt. ihre Unterschriften für einen solchen sozialdemokratischen Antrag verweigert.

Wir sind der Meinung, daß unsere Abgeordneten im deutschen Reichstage jetzt auch nicht für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen werden. Täten sie das, so wäre das ein Fehler. Das erste Stimmen für einen ähnlichen Antrag hat ohnehin viel böses Blut gemacht.

In derselben Angelegenheit schreibt der „Dziennik Słonski“ in Königshütte in seiner Nummer 233 vom 10. Oktober d. Js. folgendes: Die polnische Reichstagsfraktion ist damals für Liebknecht eingetreten, nicht etwa deshalb, weil sie seine Grundsätze teilt, sondern deshalb, weil es ihr darum zu tun war, die Unverletzlichkeit des Abgeordneten zu wahren. Wiewohl dieser Grundsatz richtig ist, so kommen doch jetzt in der gegenwärtigen Zeit politische Umstände in Betracht, die für die Polen von erstklassiger Bedeutung sind und die da gebieten, daß unsere Abgeordneten sogar den Schein meiden, daß sie etwa auf der Seite der Faktoren stehen, die dem Staate gegenüber feindlich auftreten.

Es handelt sich gegenwärtig für die Polen um die Angelegenheit betreffend die Wiederrichtung des polnischen Staates. Diese Sache aber hängt von den Zentralmächten, insbesondere von Deutschland ab. Die Bestrebungen aller Polen, insbesondere der polnischen Abgeordneten, sollten dahingehen, alles zu tun, was zur Erreichung dieses Zieles notwendig ist.

Würde man sich auf die Seite Liebknechts stellen, so müßte das die Regierung und das deutsche Volk reizen, denn man erblickt in ihm den Mann, der durch seine Agitation böswillige Absichten gegen den Staat kundgibt. Die Zukunft der polnischen Sache verlangt, daß wir uns das Wohlwollen des deutschen Staates und des deutschen Volkes erwerben. Deshalb meinen wir, daß die polnische Fraktion im Reichstage gegen das Wohl des eigenen Volkes handeln würde, wenn sie wieder, wie beim ersten Male, für Liebknecht eintreten wollte. Wir hoffen, daß es der Fraktion gelingen wird, einen Ausweg zu finden, ohne dabei die polnische Sache in Gefahr bringen.

Aus Nr. 497 des Goniec (Warschau)
vom 3. Oktober 1916.

Eine Reinigung der öffentlichen Meinung.

Die Posener „Gazeta Narodowa“ wird unserer Sache zweifellos einen guten Dienst erweisen, wenn sie die schwüle Atmosphäre im Posenschen wenigstens ein wenig auffrischt wird. Die Artikel dieses Blattes, für das Königreich Polen und Galizien keineswegs neu, sind für das Posensche etwas Neues. Dort hat bisher noch niemals jemand so klar, so bestimmt, so offen gegen die östlich-polnischen Tendenzen der dortigen Allgemeinheit gesprochen.

Die „Gazeta Narodowa“ führt einen schneidigen, wiewohl taktvollen Kampf mit der Nationaldemokratie des Großherzogtums Posen. Nach einer Illustrierung dessen, was einst die Nationaldemokratie im Königreich Polen war, als sie sich gegen Rußland richtete, und sodann nach einer Schilderung der Änderung in ihrer Mitte, als Dmowski Antisemit und Neoslavist wurde, als sich der Nationaldemokratie jeder Unabhängigkeitsgedanke aus dem Kopfe verflüchtigte, geht die „Gazeta Narodowa“ auf die gegenwärtigen Zeiten über und bemerkt, daß, während sich sogar die Warschauer Nationaldemokratie für die Unabhängigkeitsrichtung erklärt habe (in Wirklichkeit brachte sie dies unter einem Zwang, in der Besorgnis stotternd heraus, daß sie jeglichen Einfluß in der Volksgesamtheit, in welcher sich die Unabhängigkeitsströmungen immer intensiver entwickeln, einbüßen werde), das Posener nationaldemokratische Organ „die Unabhängigkeitsidee des polnischen Volkes in brutalster Weise verunglimpft habe“. Unseres Erachtens hat dieses Organ klar und deutlich ausgedrückt, was das Zweigroschenblatt „Gazeta Poranna“ und seine Agenten schweigend und versteckt tun.

Nach Wiedergabe der einschlägigen Ausführungen der „Gazeta Narodowa“ schreibt das Warschauer Blatt:

Wie wir sehen, schont die „Gazeta Narodowa“ keine grellen Farben, um den Zynismus der Nationaldemokratie, der die heiligsten nationalen Ideale bespottet, an den Pranger zu stellen. So finden also die Posener russenfreundlichen Organe schon eine gerechtfertigte und schneidige Abfertigung in den Posener Blättern. Dies ist unbestritten ein riesiges Plus in der Entwicklung unseres politischen Gedankens.

Die Worte der „Gazeta Narodowa“ verdienen umsomehr unterstrichen zu werden, als das Blatt auch die politischen Methoden anderer Gruppen und Parteien ziemlich kritisch behandelt.

Durchaus gut ist die Charakteristik der sogenannten Utopisten, d. i. der politischen Träumer, welche nicht „in das Innere des russischen Staats eintreten“ wollten, und die der sogenannten Realisten.

(Folgt der einschlägige Abschnitt der Ausführungen der „Gazeta Narodowa“).

Aus Nr. 119 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 8. Oktober 1916.

Wo ist der Feind?

Die Petersburger Telegraphenagentur, teilt mit, daß am 1. Januar 1915 alten Stils das russische Imperium 178 905 500 Bewohner zählte, mit Einschluß Finnlands sogar 182 182 600.

Seit der letzten Volkszählung im Jahre 1897 stieg die Bevölkerungszahl um 53 987 000, d. h. um 42,1%.

Im Vergleich mit den Zahlen vom 1. Januar 1914 beträgt die Bevölkerungszunahme 3 803 800 oder 2,1%.

Diese Ziffern bieten viel Material zum Nachdenken. Bis jetzt sprach und schrieb man von dem russischen Kolos mit seinen 170 Millionen.

Jetzt wird man mit der Zahl von 182 Millionen operieren müssen.

Die Bevölkerungszunahme von 42 Prozent in 18 Jahren zeigt deutlich die politische und wirtschaftliche Gefahr, die in einem unbefiegten, nicht verkleinerten und ungeschwächten Rußland steckt.

Es ist anzunehmen, daß in weiteren 20 Jahren ein nicht beschnittenes Rußland eine Bevölkerungszahl von ungefähr 300 Millionen aufweisen würde.

Seine militärische und wirtschaftliche Kraft wird dann unüberwindlich sein. Und zwar dann nicht nur für eine Macht, z. B. für Deutschland, sondern auch für eine Koalition, z. B. Deutschland mit Österreich-Ungarn.

Im politischen und wirtschaftlichen Interesse der Zentralmächte liegt es daher Rußland zu überwinden und Polen, Finnland und Ukraine, welche Länder eine historische Tradition und staatliche Aspirationen haben, von ihm loszutrennen.

Bei der Größe der Gefahr, die Rußland für die Westmächte und die westliche Kultur darstellt, erscheint der parlamentarische Streit um die Frage, ob England nicht eine noch größere Gefahr darstellt, kleinlich.

Auf die Verständigung mit Rußland zu rechnen, heißt auf seine Dummheit rechnen. Rußland möchte Konstantinopel und den Balkan und im Norden schwedischen oder norwegischen Boden haben, um einen eisfreien Hafen am Atlantischen Ozean zu bekommen.

Wenn es das eine oder das andere erlangt, dann wird sich ganz Europa vor ihm beugen müssen.

Alsdann wird es in Gemeinschaft mit Japan über fast ganz Europa und Asien herrschen.

Die Zentralmächte sollten daher im Verein mit der Türkei und mit Bulgarien einen Schutzwall gegen Rußland errichten, und den Anjaug hierzu würde ein unabhängiges, ungeteiltes und dadurch starkes Polen bilden.

Aus Nr. 120 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 8. Oktober 1916.

Klatsch.

Im geheimen ist wieder ein neuer Klatsch über das polnische Volk im Umlauf. Vor längerer Zeit wurde das Gerücht verbreitet, daß das polnische Volk viel Goldgeld aufbewahre, anstatt dieses für Papiergeld an die Reichsbank abzuliefern. Diese Nachricht brachte s. Zt. die katolische alldeutsche „Deutsche Tageszeitung“, auch ähnliche Blätter wiederholten sie. Energetischen Protest gegen diesen Klatsch erhob damals der „Dziennik Berlinski“ — und das mit Recht.

Noch kein Gesetz verbietet bis jetzt das Behalten von Goldgeld — es ist das auch noch kein Verbrechen. Das polnische Volk hat, wie andere, das Goldgeld an die Reichsbank abgeliefert und dafür Papier in Zahlung genommen, das ja eine Quittung für das Gold darstellt.

Wir wünschen, daß das polnische Volk und die ganze polnische Volksgesamtheit so große Einnahmequellen hätte und so reich wäre, wie die deutsche Volksgesamtheit; leider ist aber unsere Gesamtheit nicht so reich mit Gold versehen wie die Deutschen. Deshalb ist es auch verständlich, daß das polnische Volk den Goldsammlern nicht soviel Goldgeld geben konnte wie die Deutschen, es gab aber, was es geben konnte, was es hatte.

Andererseits aber haben sich in unserer polnischen Volksgesamtheit keine skandalösen Fälle von Wucher mit dem Golde zugetragen; dagegen kann man das von der deutschen Gesamtheit behaupten. Erst neuerdings wurde ein Gymnasialprofessor dafür mit schwerer Gefängnisstrafe belegt, weil er Goldgeld über die Grenze brachte und damit Handel trieb. Das Besitzen

von Goldgeld ist nicht strafbar, strafbar aber ist die Ausführung des Geldes ins Ausland und sein Verkauf daselbst. Solche Sachen hat das polnische Volk nicht begangen. Das Gold, das es hatte, gab es ab. Die Anschwärzer des polnischen Volkes hatten mit diesem Gerücht, das sie verbreiteten, kein Glück.

Sie verbreiten nunmehr einen anderen Klatsch, sie geben bekannt, daß unter dem polnischen Volke gegen die fünfte Kriegaanleihe agitiert worden sei und daß infolgedessen die Polen für die fünfte Kriegaanleihe nur wenig gezeichnet hätten.

Es ist eine Verleumdung, wenn gesagt wird, daß unter den Polen gegen die Kriegaanleihe agitiert worden sei — und eine fernere Verleumdung ist es, daß das polnische Volk zu dieser Anleihe wenig gezeichnet haben soll.

Im Gegenteil, das polnische Volk hat, wiewohl das doch von seinem guten Willen abhängt, sich nach Möglichkeit an der Kriegaanleihe beteiligt. Sogar weniger begüterte Kreise taten das. Ein Beispiel hierfür, das uns neuerdings ein gewisser Geistlicher erzählte. Zu ihm sei eine gewisse polnische Frau gekommen, die zum Bau eines neuen Häuschens 1000 Mark aufbewahrt hatte. Sie habe ihn gebeten, diese 1000 Mark zur Zeichnung auf die Kriegaanleihe zu verwenden. Nicht nur das polnische Volk, sondern auch die Volksbanken haben nach Möglichkeit Kriegaanleihe gezeichnet — obgleich der Verband der Erwerbsgenossenschaften z. B. von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse nicht einmal die Zusage erhalten konnte, daß er nach dem Kriege im Bedarfsfalle die Hilfe dieser Institution erhalten werde.

Die Stimmung des polnischen Volkes ist durchaus nicht rosig. Die Tätigkeit der Kataklysten und Alldeutschen, ihr Kampf gegen die neue Orientierung, gegen das Aufgeben der antipolnischen Politik hat in der Seele des polnischen Volkes Zweifel geweckt, sie in Mißstimmung gebracht. Von seiten der Regierung aber ist nichts getan worden, um diese Zweifel zu beseitigen. Es wäre somit nicht zu verwundern, wenn diese Zweifel und Mißstimmungen die Begeisterung des polnischen Volkes für diese Sache abkühlen würden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht in ihrer Nummer 495 die Befürchtung aus, daß in der deutschen Volksgesamtheit verschiedene Zweifel und Mißstimmungen die Begeisterung für die Kriegaanleihe abkühlen könnten. Und als es sich um die vierte Kriegaanleihe handelte, da stellte dieselbe Zeitung fest, daß man in gewissen deutschen Kreisen tatsächlich eine Zurückhaltung in der Zeichnung der Kriegaanleihe wahrgenommen habe. Wir haben das seinerzeit in der „Gazeta Grudziadzka“ hervorgehoben und gesagt, daß man sich dies merken müsse. Wir wissen und haben dafür untrügliche Beweise, daß die Zweifel und die Stimmung des polnischen Volkes und der ganzen polnischen Volksgesamtheit durchaus keinen Einfluß ausgeübt haben auf die Schwächung seiner Beteiligung an der fünften Kriegaanleihe. Noch viel weniger kann von irgend einer Agitation unter dem polnischen Volke gegen seine Beteiligung an der Kriegaanleihe die Rede sein.

Wir meinen, daß in den polnischen Zeitungen für die fünfte Kriegaanleihe hinlänglich genug agitiert worden ist. Die polnischen Zeitungen haben alle ohne Ausnahme nicht nur bezahlte Artikel veröffentlicht, sondern sie haben zahlreiche Aufsätze und Schriftsätze ohne Bezahlung in ihre Spalten aufgenommen, was insbesondere für die kleineren Zeitungen große Schwierigkeiten bereiten mußte. Und doch haben dies alles die polnischen Zeitungen getan, die vor dem Kriege der Verfolgung ausgesetzt waren. Ihre Taten müssen daher mehr ins Gewicht fallen, als die Taten der deutschen Zeitungen.

Mögen deshalb diejenigen, welche diesen nichts-würdigen Klatsch in die Welt gesetzt haben, vor allen Dingen vor ihrer eigenen Tür kehren. Die Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, auf die wir vorstehend hingewiesen haben, sind ein untrüglicher Beweis dafür, daß dajelbst genug Kehrlicht vorhanden ist.

Sollte man etwa mit dem Ruse Kurzweil treiben: „Greift den Spitzbuben“, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken? — In jedem Falle scheint es sich darum zu handeln, um gegen das polnische Volk und die ganze Volksgeamtheit für die Zeit nach dem Kriege Material zu sammeln. Deshalb müssen wir auch sofort gegen diese Arbeit Protest erheben.

Es steht fest, daß die polnische Volksgeamtheit nicht so viel geben kann als die deutsche, aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie unvergleichlich ärmer ist als das deutsche Volk. Für die polnische Volksgeamtheit sind ja doch zahlreiche Einnahmequellen verschlossen — vielleicht gerade durch die Schuld derer, die heute Klatschereien in die Welt setzen!

Aus Nr. 19 des Kupiec (Posen)
vom 1. Oktober 1916.

Das polnische Handwerk und der gegenwärtige Krieg.

Aus Anlaß der Herausgabe des Sonderheftes des „Kupiec“ im verflossenen Jahre gelegentlich der Versammlung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften veröffentlichte ich einen zeitaemäßen Artikel, der sich mit der Handwerkerfrage beschäftigte.

Im allgemeinen hat sich zugunsten des polnischen Handwerks nicht viel geändert, im Gegenteil, von Tag zu Tag entstehen größere Lücken in den Reihen des Handwerks, und das aus Anlaß der fortwährenden weiteren Einziehung zum Heeresdienste nicht nur der jüngeren Kräfte, der Gehilfen, sondern auch eines bedeutenden Teiles von Lehrlingen, deren Lehrzeit noch nicht beendet ist und die kontraktlich noch weiterhin verpflichtet; doch das Kriegsgesetz hebt den Kontrakt auf. Augenblicklich kann man die Menge dieser Beispiele noch nicht feststellen. Doch es wäre richtig, sich die Zukunft dieser Lehrlinge vor Augen zu halten, damit sie für die Erhaltung der Reihen uneres Handwerkes nicht verloren gingen und den einmal gewählten Weg und ihren Beruf nicht verließen. Deshalb müßten die berufenen Faktoren aufmerksam sein und diesen Jünglingen die Beendigung der Lehrzeit anempfehlen und zwar schon mit Rücksicht auf ihre eigene Zukunft, dann aber auch deswegen, weil es an jungen Kräften im Handwerk fehlt, und ferner deswegen, weil die Jugend sehr begehrt sein wird und insbesondere deshalb, weil gute Verdienste in Aussicht stehen.

Die Zahl des Abganges der Hilfskräfte in unserem Handwerk wächst immer mehr. Ganz bedeutend sind schon die Lücken der Handwerker-Unternehmungen, die völlig stillstehen, oder die nur vegetieren, sie vermehren sich durch das fernere Einziehen der selbständigen Handwerker zum Heeresdienste. Werden diese zurückkehren? In welcher Verfassung? Wann wird das geschehen? Wer wird sie ersetzen? — Das sind Fragen, die man sich veraeenwärtigen muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die materiellen Verhältnisse in den Kreisen solcher Handwerker nicht bessern, sondern verschlechtern werden. Wer wird ihnen dann hilfreich die Hand reichen? In erster Linie ist wohl dazu die Regierung verpflichtet. Doch angesichts der großen Zahl der Kriegsoffer, der Kranken, Invaliden und Waisen wird es wohl kaum möglich sein, die durch den Krieg materiell geschädigten Leute zu unterstützen. Das ist eine Frage, auf die heute nicht so leicht geantwortet werden kann.

Wäre es angesichts dessen nicht sehr an der Zeit, daß unsere Volksgeamtheit sich schon jetzt darüber klar

würde, wie man dem polnischen Handwerk zu Hilfe kommen könnte? Und es bietet sich dazu eine günstige Gelegenheit: nämlich der Zusammenkunft unserer Genossenschaften die Frage vorlegen, ob man dem polnischen Handwerker, der aus dem Kriege zurückkehrt, durch billigen und bequemen Kredit Hilfe bringen, in welcher Ausdehnung und unter welchen Bedingungen diese Hilfe gebracht werden könnte? Ein anderes Mittel ist augenblicklich schwer zu finden. Von Geschenken kann man nicht träumen. Das ist somit das einzige Mittel, um das Handwerk zu erhalten. Wenn jede Volksgeamtheit in normalen Zeiten um die Entwicklung der einzelnen Klassen bemüht ist, so liegt es heute um so mehr im Interesse der polnischen Geamtheit doch wenigstens zum Teil die Verluste wieder wettzumachen, die gerade unser Handwerk durch den gegenwärtigen Krieg erleiden muß. Unser Handwerk wird nach dem Kriege große Aufgaben zu erfüllen haben, denn die gegenwärtige Einschränkung und Sparsamkeit, die Zurückhaltung im Einkauf verschiedener Erzeugnisse und Handwerksartikel wird nach dem Kriege großen Bedarf hervorrufen, ganz abgesehen von all den durch den Krieg vernichteten Dörfern, Städten und Gegenden. Insbesondere werden die Bauhandwerker sehr begehrt und gesucht sein; wenn sie infolge billigen Kredits entsprechende Vorräte besitzen werden, dann werden sie größere und vorteilhaftere Lieferungen bewerkstelligen und weitgehendere Verpflichtungen eingehen können, die bedeutende Vorteile bringen. Das so erworbene Geld wird wieder in unsere Banken fließen. Auf diese Weise werden wir einen normalen Umlauf des Geldes bewerkstelligen und dem schwerbetroffenen Handwerk die Möglichkeit geben, für seine weitere Existenz und für seine weitere Entwicklung zu sorgen.

Hohenjalka, den 30. 8. 1916.

J. K.

Aus Nr. 53 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 10. Oktober 1916.

Rechtsbeistand für Krieger und deren Familien.

Das Bureau für Rechtsbeistand in Posen hat in der Zeit vom 1.—30. September, also im Verlauf eines Monats 415 Personen Rat und Hilfe erteilt, und zwar 356 Interessenten persönlich und 59 brieflich. Die Zahl der erledigten Schriftstücke beträgt 242. Diese Zahlen beweisen, wie notwendig ein solches Bureau war. Die Bemühungen waren in vielen Fällen von Erfolg begleitet, wofür die Dankbezeugungen der Interessenten ein Beweis sind.

Rat und Hilfe verlangten nicht nur Interessenten aus Posen, sondern auch aus anderen Gegenden, ja sogar aus Westpreußen und Schlesien. Ihre Zahl betrug: aus Posen 187, aus der Provinz 200, aus Schlesien 4, aus der Fremde 2, von der Front 8.

Infolge der Initiative des Hauptkomitees beziehungsweise von Personen guten Willens an den einzelnen Orten sind 5 weitere Bureaus für Rechtshilfe entstanden, nämlich in Gnesen, Schildberg, Sulmierschütz, Samter, Wreschen. Ihre Tätigkeit haben sie am 1. Oktober begonnen. Das Komitee bemüht sich, weitere Komitees zu begründen. Es sei darauf hingewiesen, daß die Einrichtung eines solchen Bureaus keine großen Schwierigkeiten bietet, da das Hauptkomitee die Einrichtung erleichtert, indem es die erforderlichen Instruktionen und Druckfachen liefert. Die einzelnen Bureaus für Rechtshilfe sind folgende:

1. Das Hauptbureau in Posen, St. Martin 69 (gegenüber Bäckerstr.). Leiter St. Wentowski; geöffnet an Wochentagen von 10—1, von 4—7.

2. Das Bureau in Gnesen, St. Lorenzstr. 21 a. Leiter Wacław Brzesniewicz; geöffnet täglich von 7—8 abends, an Sonnabenden von 3—5 nachmittags, an Sonn- und Feiertagen von 12—2 mittags.

3. Das Bureau in Schildberg im Lokal der Volkslesehalle. Leiter Geistlicher Spikowski; geöffnet täglich von 11—1.

4. Das Bureau in Sulmierschütz in der Wohnung des D. Gendziorowski, Leiter derselbe; geöffnet jeden Mittwoch und Sonnabend von 9—11.

5. Das Bureau in Samter, Priesterstr. 10. Leiter Geistlicher Pulkowski; geöffnet jeden Dienstag und Freitag von 10—11, am Sonntag nach dem Gottesdienst bis 1/2 2.

6. Das Bureau in Breschen, Kirchstr. 15 (im Vikarhause). Leiter Jankowski; geöffnet an jedem Montag und Donnerstag von 10—1. In den Bereich der Rechtshilfe gehören alle Sachen, die einen Zusammenhang mit dem Kriege haben, insbesondere: Kriegsunterstützungen seitens des Reichs und der Gemeinde, Wöchnerinnenbeihilfe, Ansprüche der Krieger und ihrer Familien an die Versicherungen, Kriegsrenten für Krieger, Renten für die Familien der Gefallenen, Kapitalisierung der Kriegsrenten, Urlaubsgesuche, Nachforschungen nach Vermissten, Gesuche um Lohnzahlung an die Familien der Gefangenen, Mietsangelegenheiten, Entschädigung für den Kriegsdienst der Söhne, Unterstützung der Veteranen etc. etc., wie auch Hilfe bei Absendung von Briefen, Paketen und Geld an die Soldaten im Felde und in der Gefangenschaft.

Für den Rat und Hilfe wird eine kleine Entschädigung nach einem festgesetzten Tarif erhoben, die lediglich für die Erhaltung der Bureaus bestimmt ist; kleinere Hilfen sind kostenlos.

Bei Adresse an die einzelnen Bureaus hat man sich kurz zu fassen: Bureau für Rechtshilfe in ... (Ort und Straße in deutscher Sprache.)

Posen, St. Martin 69, den 6. Oktober 1916.

Das Hauptkomitee für Rechtsbeistand für Krieger und deren Familien.

Aus Nr. 119 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 8. Oktober 1916.

Die zweite Sammlung des „Komitees für Kriegshilfe im Königreich Polen“ für die Hungernden.

Als zu Anfang des Krieges die Bedürfnisse der obdachlosen Landsleute immer bedrohlicher in Erscheinung traten und zahlreiche Einzelpersonen sich beeilten, Hilfe zu bringen, nahm der Vorstand des Nationalrats die brennende Sache in die Hand und begründete das „Komitee für die Obdachlosen“, um die zersplitterten Bemühungen zu vereinigen und die notwendige Hilfe zu organisieren.

Unabhängig von diesem „Komitee für die Obdachlosen“ entstand später infolge Initiative des amerikanischen Rockefeller-Komitees ein besonderes „Komitee für Kriegshilfe für das Königreich Polen“, an dessen Spitze gegenwärtig nach dem Tode des Erzbischofs Sikowski der Erzbischof Dalbor steht.

In ihrer Tätigkeit ergänzen sich die beiden Komitees gegenseitig. Das Komitee für Kriegshilfe, das an Stelle des nicht zustandegekommenen Rockefeller-Komitees die außerordentlich schwierige und große Mittel erfordernde Aufgabe übernommen hat, unterstützt unsere unglücklichen Brüder im Königreich.

Das Komitee für die Obdachlosen hilft allen obdachlosen Landsleuten nicht nur in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten, sondern überall, wo sich Opfer des Krieges befinden und Hilfe nötig ist.

Das ist der Zweck und die Genesis der beiden Komitees. Der unerbittliche Krieg dauert fort, die Rettungsaktion fordert trotz der Anstrengungen unserer Brüder im Königreich immer größere Opfer von uns, die Bedürfnisse sind immer komplizierter geworden, so daß sich die Notwendigkeit herausgestellt hat, die Aktion zu vereinheitlichen.

Die beiden unterzeichneten Komitees arbeiten solidarisch. Das Komitee für die Obdachlosen hat bis jetzt 454 000 Mark aus seinen Fonds dem Komitee für Kriegshilfe überwiesen, und 101 660 Mark direkt nach dem Königreich geschickt, ohne daß die bedeutenden Summen darin enthalten sind, die zum Ankauf und zur Herstellung von Kleidungsstücken, von denen 224 843 kg nach dem Königreich geschickt worden sind, verwendet wurden. Für diese Kleidungsstücke hat das Komitee für die Obdachlosen ungefähr 300 000 Mark ausgegeben.

Die Parole „für die Obdachlosen“, die klar und einfach ist, hat größere Beiträge eingebracht.

Heute, da die Befriedigung der Bedürfnisse des Königreichs eine brennende Frage geworden ist, bitten die unterzeichneten Komitees die geehrten Landsleute, daß sie vor allem ihre Beiträge für

„die zweite Sammlung für die Hungernden“ dem Komitee für Kriegshilfe im Königreich Polen, sei es durch Vermittelung der Banken und Zeitungen, oder direkt an das Bureau überweisen möchten.

Das „Komitee für die Obdachlosen“,
Posen, Wilhelmstraße 1.

Das „Komitee für Kriegshilfe für das Königreich Polen“,
Posen, Theaterstraße 2.

Aus Nr. 119 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 8. Oktober 1916.

In der Angelegenheit der Sammlungen.

Die unterzeichneten Komitees haben die Rettungsaktion für unsere durch den Krieg geschädigten Brüder eingeleitet und organisiert.

Im Laufe der Zeit haben sich die verschiedenartigsten Vereinigungen gebildet und sammeln auf eigene Hand Beiträge, über die sie nach Belieben verfügen. Außerdem veranstalten Vereine und Privatpersonen Konzerte, Vorträge usw. unter der Firma „Für Obdachlose oder Hungernde“ und verfügen selbständig über die erlangten Mittel. Ferner geben verschiedene Firmen Bücher, Postkarten, Telegramme usw. heraus und versprechen, den Reingewinn für die Obdachlosen zu überweisen.

Obwohl wir die guten Absichten und den besten Willen aller dieser Faktoren anerkennen, so müssen wir doch zwecks der notwendigen Kontrolle und der zweckmäßigen Verteilung der Fonds dringend um die Beobachtung folgender Hinweise bitten:

1. Alle Personen und Vereine, die sich bis jetzt mit der Sammlung von Beiträgen für die Opfer des Krieges befaßt haben, bitten wir dringend um Übersendung der Berichte und Abrechnungen im Laufe des Monats Oktober.
2. Wir bitten um Übersendung der gesammelten Beiträge oder um Mitteilung, wann und wem sie übergeben worden sind, an die Adresse eines der unterschriebenen Komitees.
3. Wir bitten ferner, daß in Zukunft sich niemand ohne vorherige Verständigung mit einem der unterzeichneten Komitees mit der Organisation der Geldhilfe zu obigen Zwecken in irgendeiner Weise befaßt.

An unsere opferwillige Allgemeinheit aber wenden wir uns mit der heißen Bitte, daß sie Bemühungen zur Erlangung von Mitteln für Hungernde oder Obdachlose nur dann unterstützen, wenn diese von einem der unterzeichneten Vereine empfohlen werden.

„Das Komitee für die Obdachlosen“,
Posen, Wilhelmstraße 1.

„Das Komitee für Kriegshilfe im Königreich Polen“,
Posen, Theaterstraße 2.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 276 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 6. Oktober 1916.

Könnten die Polen zur Abkürzung des Krieges beitragen?

Wenn man einem Polen die Frage vorlegen würde, ob das polnische Volk zur Abkürzung des Krieges beitragen könnte, würde er vielleicht die Achsel zucken, denn es müßte ihm scheinen, daß die Intervention der Polen in einer so großen Sache keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Und trotzdem könnte sich die Sache ganz anders verhalten, was ich zu beweisen versuchen werde.

Die Stimme Polens in der Wagschale der sich abspielenden Ereignisse würde eine weittragende Bedeutung haben und zu einer verhältnismäßig schnellen Beendigung des Krieges beitragen. Polens Stimme würde nämlich im gegenwärtigen Augenblick eine wichtige militärische und moralische Bedeutung haben.

Die Rechnung des Vierverbandes, der auf allen Fronten empfindlich geschlagen ist, aber die Niederlagen nicht zugeben will, stützt sich gegenwärtig auf die einzige Hoffnung, daß die Zentralstaaten erschöpft werden. Diese illusorische Hoffnung tröstet sich immer mit der Zukunft, rechnet wie ein leidenschaftlicher Spieler mit dem Zufall, der eintreten soll, obwohl nichts dafür spricht, daß eine Erschöpfung der Zentralstaaten eher eintreten könnte, als die Erschöpfung ihrer Gegner. Der Vierverband gibt sich der trügerischen Hoffnung hin, daß die Zentralstaaten sich an Menschenmaterial und Lebensmitteln erschöpfen werden. Das Menschenmaterial steht allerdings an erster Stelle, da die ausgezeichnete Organisation der Zentralstaaten die Handhabe bietet, daß sie bei einem verständigen System der Sparsamkeit auszuhalten vermögen. Wir wissen genau, daß die Zentralstaaten keinen Überfluß an Menschenmaterial haben, aber nach dieser Richtung hin kann die Annahme des Vierverbandes eher auf Völker zutreffen, die ihm selbst angehören.

Gerade in dieser Sache könnte Polen viel zur Vereitelung der Hoffnungen des Vierverbandes beitragen. Auf unserem Gebiete, das von der russischen Übermacht befreit worden ist, befindet sich ein bedeutendes Menschenreservoir, das zur Aufstellung einer mächtigen Armee genügen würde. Das wissen die Staaten des Vierverbandes ganz genau, und deshalb bemühen sie sich so sehr durch ihre „nationaldemokratischen“ Agenten, daß unser Volk neutral bleibe. Diese verstehen es, dahin zu gelangen, wo man dies am wenigsten vermuten würde und untergraben die Existenz dessen, was schon als Keim der zukünftigen polnischen Armee existiert, d. h. sie streben nach der Zerstörung der Legionen.

Wenn jedoch Polen sich unter den Parolen des 15. August 1914 zu konsolidieren vermöchte, dann würde in einem solchen Falle die Möglichkeit der Aufstellung einer mächtigen polnischen Armee den Charakter einer bedeutungsvollen Aktualität annehmen, und der Erschöpfungskampf würde in weit höherem Grade als heute eine leere und schädliche Illusion für den Vierverband werden. Daß dies zu einer schnelleren Beendigung des Krieges beitragen müßte, unterliegt keinem Zweifel. Eine eventuell nächstjährige Kampagne würde für den Vierverband etwas Hoffnungsloses, ja sogar etwas Gefährliches werden, da ihr Resultat das Operationsgebiet für den Vierverband noch ungünstiger gestalten könnte.

Die Erklärung des konsolidierten Polens gegen den Vierverband würde außer der militärischen eine noch größere moralische Bedeutung haben.

Beide kämpfenden Parteien halten an bestimmten Parolen fest, um die Stimmung zu Hause aufrecht-

zuerhalten und die öffentliche Meinung der Neutralen für sich zu gewinnen. Diese Parolen stützen sich auf Hinweise ethischer Natur. Heute herrscht Meinungsverschiedenheit über den Wert jener Parolen. Es zeigt sich dies hauptsächlich in den neutralen Ländern, wo gerade nach dieser Richtung hin die Meinungen sehr geteilt sind. Nach dieser Richtung hin würde eine Erklärung des konsolidierten Polens einen entscheidenden Erfolg haben.

Unser Volk, das eine große geschichtliche Vergangenheit hinter sich hat und dann zu beispiellosem Märtyrertum der Sklaverei verurteilt war, hat in diesem zweiten Abschnitt seines Daseins besonders genau den ethischen Wert der verschiedenen politischen Ereignisse kennen gelernt. Durch seine Leiden hat es jene edle Erkenntnis der wahren Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sich errungen. Das Hineinwerfen der polnischen Stimme in die Wagschale einer der kämpfenden Parteien würde von der ganzen Welt als Stimme der Wahrheit aufgefaßt werden. Von der ganzen Welt! Das würden zunächst die Neutralen verstehen, und den Kämpfenden könnte es nicht verborgen bleiben. Der Erfolg dieser Erkenntnis würde eine entscheidende Bedeutung für den Krieg selbst haben und müßte seine Beendigung beschleunigen.

Wenn das konsolidierte Polen sich für die Zentralmächte erklären würde, (und die Stimme des konsolidierten Polens könnte nicht anders lauten), dann würde die letzte Maske vom Gesichte des Eroberungsflüchtigen Russlands und Englands fallen; Frankreich, Italien und Rumänien würden das Gefühl haben, als wenn sie mit moralischen Ruten für ihren Dienst im Lager des Despotismus und des Krämerums geschlagen würden. Das Ansehen der Regierungen dieser beiden Völker würde den letzten Stützpunkt verlieren, die Völker selbst würden endlich durch den dichten Nebel das Licht der Wahrheit sehen und daraus die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen. Die weitere Fortführung des Krieges würde absurd werden.

Wir haben also in unserer eignen Hand die mächtige Waffe, die uns jedoch niemand in die Hand legen wird, die wir selbst ergreifen müssen, um das Ende des schrecklichen Krieges zu beschleunigen und uns selbst eine glänzende Zukunft zu sichern. Denn es gibt nicht zwei verschiedene Meinungen darüber, daß eine solche Entscheidung Polens für Polen selbst die höchsten moralischen und materiellen Errungenschaften bringen würde.

Deus senabiles fecit nationes. Auch wir können geheilt werden, wenn wir auf die Stimme Gottes hören, die zu unsern Herzen spricht. Wenn wir uns zu diesem Ausdruck des konsolidierten Willens nicht aufzuraffen vermögen, dann werden wir den uns von der Vorsehung gegebenen Augenblick verlieren, der uns zu einem gleichberechtigten Faktor unter den Völkern Europas machen könnte.

Aus Nr. 229 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7. Oktober 1916.

Wie erlangt man Polen?

Die Soldaten der heldenhaften deutschen Nation wollen ihr Blut nicht für Polen, sondern für das Wohl ihres eigenen, ihnen so teuren Vaterlandes vergießen — dies erklären sehr oft die deutschen Publizisten, welche auf die Bitten der deutschfreundlich gesinnten Polen nicht vollständig für Polen, aber in der polnischen Frage die Tinte vergießen. Die Polen sind in ihren Augen ein unsicheres, zu einem staatlichen Leben wenig befähigtes, in ihrer Orientierung zweifelhaftes Element. Man will die Garantie einer antirussischen Front des zukünftigen polnischen Staates und stößt auf unsere sich in der Reserve haltenden

Politiker, welche für unsere Teilnahme am Kriege gegen Rußland die Garantie des Wiederaufbaues des polnischen Staates verlangen. Auf beiden Seiten utopistische Forderungen: Alle Garantien sind zwecklos, sobald hinter ihnen keine Interessen stehen; alle Garantien sind überflüssig, sobald bewußte Interessen für sie sprechen. Es besteht eine einzige Garantie einer antirussischen Front des zukünftigen polnischen Staates, das ist die Befriedigung der Polen, der Bewohner ihres Staates. Wenn der durch die Mittelmächte gebildete polnische Staat die Polen soweit befriedigen wird, daß sie sich nicht in Knechtschaft und Abhängigkeit fühlen werden, daß sie über sich selbst verfügen und die besondere, ihnen so teure Kultur entwickeln können werden — dann wird sich die Front ipso facto gegen denjenigen wenden, der sie in Abhängigkeit und Knechtschaft hielt, der nicht gestattete, daß sie sich als die Wirte in ihrem eigenen Lande fühlten, der mit allen Mitteln ihre besondere Kultur unterdrückte, also gegen Rußland. Ein Monarch, ihre eigene Regierung, eine durch die Nation verfaßte Konstitution, eine Armee, in der Hand des polnischen Staates befindliche Verkehrsverhältnisse, — das sind die besten Garantien des Bündnisses mit denjenigen Mächten, auf deren Veranlassung der polnische Staat entstehen wird.

Wir geben uns Rechenschaft darüber, daß der deutsche Soldat für unsere Sache sein Blut nicht vergossen hat, und wir wollen auch gar nicht, daß er für sie sein Blut vergieße. Möge nur jeder sein Vaterland verteidigen! Die polnischen Soldaten wissen, ohne dem Andenken ihrer ritterlichen Vorfahren zu nahe zu treten, ihr Blut in Verteidigung ihres Vaterlandes, des zukünftigen polnischen Staates, würdig zu vergießen.

Zeugnis für die Wahrheit der ausgesprochenen Worte mögen die Tausende von Legionären sein, die schon jetzt, wo es noch kein Polen gibt für die Sache dieses wiederauferstehenden Vaterlandes gefallen sind. Aufrichtig stehen wir Hand in Hand mit den Mittelmächten gegen Rußland. Wir wissen, daß zwischen den Mittelmächten und der polnischen Nation gemeinschaftliche Interessen bestehen. Wir wollen an der Verteidigung unserer durch Rußland bedrohten Interessen teilnehmen, und darum wünschen wir, daß uns die Mittelmächte die Organisation einer polnischen Armee und eines polnischen Staates erleichtern. Gegenseitige Garantie dieses Bündnisses mit den Mittelmächten müßte nur das sein, daß ihre und unsere Interessen gleichmäßig berücksichtigt werden. Wir riskieren hundertmal mehr als sie; denn im Falle des Verspielens stehen wir gegenüber der furchtbaren Rache Rußlands für Staatsverrat, und wir wissen aus der Märtyrervergangenheit unserer Nation, wie sich dieser Feind zu rächen weiß. Wenn wir also die Waffentat bewußt unternommen haben, so geschah das nur in der Hoffnung der Befriedigung der grundlegendsten Aspirationen der Polen: eines Staates, eines Königs und einer Armee. Eine Enttäuschung wird uns nicht zur Vormauer des Westens machen; als Zufriedene werden wir schätzbare Verbündete der Mittelmächte werden. Damit müssen die realen Politiker rechnen und wählen.

G. D.

Aus Nr. 492 des *Goniec* (Warschau)
vom 30. September 1916.

Primum vivere, deinde philosophari.

In einem Artikel unter diesem Titel schreibt das Blatt u. a. folgendes.

Das Volk muß den Umstand gründlich erkennen und beachten, daß ohne einen zielbewußten Willen seine polnische Politik keinen Nutzen haben wird, daß

ohne diesen zielbewußten Willen für das Volk auch bei der günstigsten Situation sich nichts Gutes ergeben wird.

Und wirklich, gibt sich heute jeder darüber Rechenschaft, daß der Moment ein eigenartiger ist, der wie ein seltenes Meteor auf dem Horizonte der Geschichte einmal in Jahrhunderten erschienen ist, und daß ein solcher versäumter Moment eine Todsünde wäre. Es müßte also scheinen, daß in einem solchen geschichtlichen Moment unsere Allgemeinheit eine vollständige Einheitlichkeit sowohl in der Auffassung der an der Spitze stehenden Fragen der nationalen Politik, wie auch in gewissen Rundgebungen nach außen hin, die die Realisierung solcher Parolen konsequent bezwecken, daß unsere Allgemeinheit wie ein Mann an das monumentale Werk der Wiedergeburt herantreten würde. In Wirklichkeit aber wird ein solcher Optimismus bestraft.

Im Gegenteil zeigt unsere Allgemeinheit bei dem Streben nach Verwirklichung der hauptsächlichsten Aufgaben und Ziele unserer Politik einen gewissen Dualismus.

Ein Teil unserer Allgemeinheit nämlich gravitiert tatsächlich in der Richtung einer aktiven und organisierten schöpferischen Arbeit an dem Wiederaufbau des Staates, während ein anderer Teil, der der nationalen Sache Schaden bringt, eine Richtung zwar leichter und billiger, aber nutzloser Mittel und Arbeitsmethoden einschlägt, namentlich in der Richtung einer leeren und geringwertigen Phraseologie, die er für einen quasi aufbauenden Faktor hält.

Wenn man das Verhältnis der polnischen Allgemeinheit zur polnischen Frage unter dem Gesichtspunkte der Unterschiede in der Organisation der Arbeit betrachtet, kann man zwei diametrale Richtungen unterscheiden, die ihre Pflichten in ganz entgegengesetzter Weise auffassen. Die eine davon bildet den Ausdruck einer bedeutungsvollen, zielbewußten, schöpferischen Arbeit, während die andere das Beispiel einer polnischen Unfruchtbarkeit und der Verschwendung der kostbaren Lebensenergie des Volkes darstellt.

Die erste Kategorie bilden Leute denen das Wohl und das Glück ihres Volkes, seine sonnige Zukunft, am Herzen liegt, die mit Eifer und Zuversicht an das Werk der Wiedergeburt herantreten sind und dem Vaterlande in verschiedener Weise dienen wollen, die einen dadurch, daß sie in die bewaffneten Reihen eintreten und das Teuerste als Opfer darbringen, was sie haben, nämlich ihr Leben, die anderen dadurch, daß sie im Lande bleiben und einen Ziegelstein nach dem anderen zum Bau herbeitragen, indem sie den unter den heutigen Bedingungen schwierigen und verantwortungsvollen öffentlichen Dienst tun.

Diese Kategorie ist der Anerkennung würdig, und ihre Arbeit muß schöne und reiche Frucht bringen.

Aber jedes Ding hat zwei Seiten. Die andere Kategorie faßt ihre Pflichten und ihre Rolle durchaus falsch auf und übt bei dem großen Werke der Wiedergeburt einen direkt destruktiven Einfluß aus.

Wir haben hier die Leute im Sinn, die Polen mit der Phrase wieder aufbauen wollen, also unter Benützung eines sehr morschen und ungeeigneten Baumaterials. Es sind dies Menschen, die ewig von Polen und seiner Unabhängigkeit, von der Gestaltuna seiner zukünftigen Verhältnisse sprechen, die sehr viel und bei jeder Gelegenheit sprechen, manchmal sogar sehr schön und pathetisch deklamieren und flammende Tiraden loslassen. Aber diese Menschen tun gar nichts. Sie tun nichts für Polen, bringen keine Opfer dar. Dafür ist diese Kategorie außerordentlich zu jeder, wenn auch noch so unbegründeten und schädlichen Kritik bereit, zur Kritik der besten Absichten, und zwar nur aus Vergnügen am Kritizieren, gewissermaßen aus Sportlust. Diese Leute sind zur Umwertung aller po-

litischen Werte, zum zwecklosen Wiederkaufen fertiger und in den Einzelheiten vollendeter politischer Muster, zu fortwährendem Debattieren bereit und lassen sich hierbei durch nichts anderes leiten, als einfach durch ganz gewöhnliche Neugierde in der schlimmsten Bedeutung dieses Wortes. An die Adresse jener Leute wollten wir heute wie einen Fehdehandschuh das Titelwort unseres heutigen Artikels richten: „Primum vivere deinde philosophari“. Zuerst müssen wir dieses ersehnte und erräumte Polen haben, müssen es in die konkrete Form einer Existenz kleiden, müssen es frei und selbständig zur Ehre und zum Nutzen der kommenden Generationen leben sehen, und erst dann wird die Zeit da sein, über das Thema zu philosophieren, wie dieses Polen in den Einzelheiten und in den Formen seines Daseins beschaffen sein soll. Erst müssen wir es schaffen und aus dem Nichts hervorbringen, und erst später diese oder jene innere Frage von untergeordneter Bedeutung besprechen, die sich von selbst ergeben und auf natürlichem Wege ihre Lösung finden wird.

Und vorläufig wäre es wohl besser, wenn diese Herren, von denen die Rede ist, aus Werk gehen und mit der Tat beweisen würden, daß ihnen der Schatz des Vaterlandes teuer ist, anstatt die Zeit nutzlos mit leerem Klatsch auszufüllen. Denn daran müssen wir denken, daß, je größer die Armee derjenigen ist, die im Dienste des Vaterlandes in irgendeiner Weise tätig sind, der Sieg um so sicherer ist.

Und wenn wir unsere Energie und unsere Lebenskräfte in einem einzigen Brennpunkte vereinigen werden, dann werden sie die Kraft von Sonnenstrahlen haben, die im Brennpunkte ein großes Feuer hervorzurufen vermögen, eine Feuersbrunst, die die verfaulten und morschen Balken und Bedingungen unseres elenden Daseins, das wir unter dem Moskowiter führten, verzehren und in Asche verwandeln wird.

Aus Nr. 229 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 7. Oktober 1916.

Die Politik des Schweigens.

In der letzten Nummer des „Widnokrag“ (Horizont) veröffentlicht J. Wascezug einen schönen Artikel über das Thema, was und wer als der Wille der Nation zu betrachten ist. Dieser Artikel ist gegen diejenigen gerichtet, welche, obwohl sie selbst seit jeher eine usurpatorische Politik betrieben und betreiben und im Auslande die Nation gern repräsentieren, ohne sich im geringsten um eine Legitimation für dieses Vertretertum zu kümmern, allen anderen Handlungen und Äußerungen in der polnischen Sache das Recht absprechen und sie usurpatorisch nennen. Über diese die Pose der Aktivität annehmenden Neutralisten und Anhänger der Passivität schreibt der Warschauer Schriftsteller:

„Die einstigen Vertreter der einstigen Mehrheit erschrafen heut vor dem unterbrochenen Schweigen, vor den Worten, welche nicht nur der Ausdruck des Sehns und des Wünschens bilden, sondern auch deutlich den Weg der Tat weisen. Im Schweigen konnten sie die Garantie für ihre Einflüsse für die Zukunft haben; die Unterbrechung des Schweigens bringt ihnen das Urteil der Vernichtung. Sie erschrafen somit und nahmen zu den einstigen Mitteln die Zuflucht, ohne zu begreifen, daß das, was ihnen früher die Kraft der Herrschaft und des Terrorismus verlieh, heute nur noch Dreistigkeit ist, welche sie mit der Wucht der Lächerlichkeit totschlägt. Indem sie heut mit Worten über usurpatorische Handlungen um sich warfen, weckten sie nur die Erinnerung an ihre ganze Vergangenheit, die stets usurpatorisch war in dem übelsten Sinne des Wortes. Nicht waren jene

Leute Usurpatoren, welche die Ehre der durch Unglück und Knechtschaft ermatteten Nation retteten. Solche Usurpatoren waren seit 150 Jahren alle Helden, von den Konföderierten von Bar an bis zu den Legionären im gegenwärtigen Kriege.

„Die Lüge segnet Gott nicht“, sagt Mickiewicz. Er segnete auch nicht das Schweigen. In der stummen Sitzung des Grodnoer Landtags wurde zum Zeichen des Protests — geschwiegen. Auf alle Fragen der ausländischen Gesandten — war das Schweigen der polnischen Abgeordneten die einzige Antwort. Da stand der Verräter Antkiewicz auf und erklärte, daß dieses Schweigen das Einverständnis bedeutet, und darauf nur wartete Rautenfeld mit dem Bleistift in der Hand. Und die neue Teilung Polens wurde unterschrieben. Wenn die Nation schweigt, finden sich immer solche Antkiewitze, die dieses Schweigen so deuten, und es finden sich immer Feinde, die auf eine solche Deutung warten!“

Aus Nr. 11 des Widnokrag (Warschau)
vom 25. September 1916.

Die Allerbesten.

(Gromicz.)

„nu par strano che per far rider la gente si adoprina del defarmatori con cavi o convessi, quando basterebbe semplicemente: uno specchio!“

Prezzolini.

„Die Allerbesten“ — das ist die Devise, nach welcher die Mitglieder des Stadtrats der Stadt und dem Lande ihre Dienste angetragen haben. Allerdings waren zunächst nicht alle die allerbesten. Dieser Titel kam anfänglich nur denen zu, deren Kandidatur zum Stadtrat aus dem Schoße des Nationalen Wahlkomitees hervorging. Diese waren allein die Allerbesten! Andere — die durch das demokratische Wahlkomitee vorgeschlagen waren — konnten mehr oder weniger gut sein, aber sie galten weder in den eigenen noch in den Augen der Wähler als der Gipfel der Vollkommenheit. Erst als die beiden Wahlkomitees übereingekommen waren, die Wahlen aufzuheben und sie durch Ernennung zu ergänzen, begann der Glanz der Apotheose, der sich zunächst über dem Nationalkomitee ausbreitete, auch die Häupter des demokratischen Komitees mit einem gleichen Auserkorenensein zu umstrahlen. Außerhalb des Vertrages blieb uns noch die Linke. Diese erwarb sich ihre Mandate im Schweiß des Angesichts, indem sich mehrere Richtungen, die die Warschauer Arbeiterwelt untereinander teilten, um sie kämpfend bemühten. Das demokratische Komitee eroberte sich keine Mandate; man konnte eher sagen, daß es dieselben angenommen hat, und zwar als Zeichen der Vereinigung mit dem Gegner. Dennoch kann man, wie es die Chronik der Borgias lehrt, auch bei dem Einigungsschmaus dem Bittenden Gift reichen. Es sollte sich bald herausstellen, daß die ohne Kampf errungenen Mandate den demokratischen Elementen nicht zum Vorteil gereichten. Zunächst versicherten sie jedoch jenen Elementen diesen äußeren Glanz und diese bürgerliche Tugend, die in Polen immer die Kompromißakte in den Augenblicken der gegenseitigen Verzeihung der gemeinsamen Sünden zu umstrahlen gewohnt ist.

Wählt uns! verkündeten die konservativen Elemente: wir sind die Allerbesten.

Bekämpft uns nicht, antworteten die demokratischen Elemente: wir wollen auch die Allerbesten sein.

Das Ergebnis war etwas, was selbst das christliche Ideal nicht zu fordern wagen würde. Alle Be-

rufenen wurden gewählt. Wer unter den Mitgliedern des einen oder anderen Komitees — denn zum Schluß vergaß man schon, welches das „nationale“ oder „demokratische“ ist — kein Mandat zum Rat erhielt, denn die Zahl der Mandate ist durch die Statuten begrenzt — der erhielt eine Stellung im Magistrat. Dadurch gestaltete sich im Magistrat und in dem Stadtrat die Wahl der bürgerlichen Kraft sehr einfach. Auf die Frage, wer sich im Stadtrat und im Magistrat befinde, muß jeder Familienvater, jeder Führer der Jugend antworten: die allerbesten Menschen. Und auf die Frage: Wo befinden sich die allerbesten Menschen? hat eben jeder nur die eine Antwort: im Stadtrat und im Magistrat.

Der Ausländer, der diese beiden Fragen hört, wird sich sicher denken: Glückliche Stadt, dreimal glückliche Stadt. Ihre Verwaltung liegt in den Händen derer, die über alles Gute der Welt verfügen, in den Händen der Allerbesten.

Der Bürger kann sich jedoch nicht mit dieser prahlerischen Anerkennung einverstanden erklären: da, wo die Bewunderung des Ausländers aufhört, da beginnt das Feld für die sich bildende Ehre des Bürgers. Obwohl alle die Allerbesten sind, so ist doch sicher jeder in seiner Art gut. Einem jeden gebührt die Anerkennung der Mitwelt, ein dankbares Gedenken — der Nachkommen.

Pfarrer Marcin Szkopowski.

Pfarrer Marcin ist, wenn auch nur aus dem Grund der Beste, daß er es am besten verstanden hat, sich den Lebensverhältnissen, in welchen wir vor dem Kriege gelebt haben, anzupassen. Erst der Krieg ist ihm zum Unglück geworden.

„In der Kriegszeit, so klagt er seinem Volke von der *) Tribüne des Stadtrats herunter, **) verwandelt sich die Gerechtigkeit, welche das Fundamentum regnorum bildet, in eine Gerechtigkeit, deren Name: jus belli ist. Dieses Recht ist so dehnbar, wie das Schwert des Krieges“.....

Diese obigen Worte lassen keinen Zweifel aufkommen. Der ehrwürdige Pfarrer stellt das Königreich der Gerechtigkeit, welche vor dem Kriege über uns herrschte, dem Leid gegenüber, welches uns der Krieg bringt. Seinem heiligen Sinn kommt nie der Gedanke, daß die russische Regierung, unter welcher das Land vor dem Kriege stand, die Organisation eines hundertjährigen Raubwesens war, daß nicht die Gerechtigkeit ihnen als Fundament galt, sondern die Gewalttat und die Grausamkeit. Daß der Krieg, welcher die im Königreich Polen herrschende Ordnung der Dinge aufwühlte, nichts anderes aufwühlen konnte, als das Joch, welches über uns lastete.

Der Pfarrer Szkopowski hat für die Leiden des Volkes nichts übrig. Ihn schmerzen nur die Leiden des Einzelnen. Die Leiden Polens, die seit 120 Jahren

auf ihm lasten, haben seiner Brust nicht einen Klage-laut entrißen; das ganze Mitleid seines priesterlichen Herzens nimmt die Forderung der Eier, der Kartoffelmangel, und die Tragödie des leeren Magens in Anspruch.

„Der ganze Krieg (?) konzentriert sich auf unser unglückliches Land, und wir verstehen am besten, was das jus belli bedeutet. Wir können täglich mit den Worten der heiligen Schrift ausrufen, daß die Hand Gottes über uns lastet“.

O nein, hochwürdiger Vater! die Hand Gottes ruht nicht in Gestalt des blutigen Krieges über uns, sondern in Gestalt des blutigen Druckes, der seit dem Fall unserer Unabhängigkeit ihm vorausgegangen ist.

Der Krieg ist kein Fluch für uns, sondern ein Segen, denn der Frieden, welcher ihm vorausgegangen ist, hat aus unserem Volk mehr Blut gesogen, als alle Kriege, welche das Volk geführt hat, wie selbst der Krieg, an welchem unser Volk heute — bisher leider noch passiv — teilnimmt.

Beim Suchen des Kammers im Schoße der Warschauer Bevölkerung geht Pfarrer Szkopowski so weit, daß er auf diesem Gebiete mit der Sozialdemokratie wetteifert.

„Die sozialistischen Räte — ruft unser geistlicher Rat — haben hier mehrmals gesagt, daß sie allein die Not des Arbeiterstandes kennen; jedoch erlaube ich mir zu sagen, daß ich von ihnen alle diese am besten kenne. Ich darf diese Frage nicht eingehend berühren, aber ich kann den Herren versichern, daß unser Beichtstuhl von den blutigen Tränen unseres armen Volkes überströmt“.

Diese in einem blutigen Rosenkranz in das Ohr des Beichtwaters fließenden blutigen Tränen des Volkes sind der heiligste Schatz des Geistlichen und gleichzeitig die höchste Kennzeichnung seiner Würde und Erhabenheit. Sie geben ihm Salbung auf dem ehrenhaften Weg des Kampfes um das Ideal der Menschheit sowie um das Ideal der Nation: auf dem ehrenhaften Weg der Christen und des Polen. Jedoch weder der christliche Glaube noch der Glaube des polnischen Patriotismus schließen den Menschen in die Grenzen der eignen Haut ein.

Ja, der heilige Bartholomäus, einer der ersten Apostel des Christentums, ließ sich die Haut vom Körper reißen, als dies die Sache, der er diente, von ihm verlangte. Und wieviel Menschen haben ihr Leben geopfert, sei es auf dem Felde der Ehre, im offenen Kampf mit dem Feinde, sei es auf dem Felde des einsamen Märtyrertums, dessen letzter qualvoller Laut in der Finsternis irgend eines unterirdischen Loches stirbt.

Also ist das Leiden des Einzelnen noch nicht die Grenze allen Unglücks in diesem Tal der Tränen, wie es die Erde ist, wie es besonders die polnische Erde ist. Und wer aus dem Jammer dieser Erde die Klage der nach Brot und Kartoffeln rufenden Lippen herausgehört hat, und nicht die Stimme des geschichtlichen Elends, des gesamten Elends des ganzen Volkes, der ist — das kann sein — ein Grammophon der augenblicklichen polnischen Not, aber ist nicht das Herz seines Herzens und nicht der Schrei des Schreies seiner nationalen Nacht.

Pfarrer Szkopowski fürchtet sich nicht vor der Knechtschaft, aber er fürchtet sich sehr vor dem Hunger. In der Knechtschaft kann man auf jeden Fall leben. Das Leben in der Knechtschaft fürchtet er nicht. Schrecklich ist ihm nur der Hungertod.

„Wenn uns der Kollege, Rat Sieroszewski, die Unabhängigkeit, welche wir erhalten sollen, schilderte, so werden wir in der Tat erst des Hungers sterben und dann die Unabhängigkeit erhalten. Für eine solche krepierete Unabhängigkeit danken wir bestens“.

*) Zwar, wenn es sich um Letzteren handelt, so sind die beiden Allerbesten schon nicht mehr da; die beiden Allerbesten — beide Leiter von Abteilungen im Magistrat haben die freundliche Weisung erhalten, daß sie sich bis zu der Zeit, in welcher sie sich auf dem Gerichtswege von den ihnen durch die öffentliche Meinung Warschaws gestellten Vorwürfen gereinigt haben werden, ihren ehrenvollen Pflichten in der städtischen Verwaltung nicht nachkommen können. Derjenige würde sich jedoch irren, der angenommen hätte, daß das Auftreten dieser beiden Allerbesten der Schar der Geliebten etwas anderes gebracht hätte, als nur einen noch strahlenden Glanz.

**) Citate nach den amtlichen Stenogrammen des Stadtrats.

Diese in ihrer Furcht so aufrichtigen Worte, würden keinem der goldmündigen Prediger der Kirche zur Ehre gereichen; aber ich nehme an, daß sie vor allem den Namen Polens beschimpfen werden. Ein Bissen Brot, der mit Schande gegessen wird, ist mit obigen Worten zu einem nationalen Sakrament erhoben worden. Entgegen dem Vermächtnis des Kosciuszko und den Traditionen des Kordecki ist mit diesem Worte die Lüge des Lebens über die Wahrheit, welche durch die Not und den Tod erreicht wird, gestellt worden.

Wenn damals auf den Mauern von Jasna Gora in dem Mönchsgewand des Pfarrers Kordecki Pfarrer Marcin Szlopowski gestanden hätte, dann wäre sein Herz durch den Hunger der belagerten Festung gequältes Herz gefallen, und gleich dem Herzen des Führers wäre auch die Festung gefallen.

Die Königin der polnischen Krone hätte vielleicht einen Stern weniger zu ihren Füßen, aber Pfarrer Szlopowski. . . . Verzeihung! —

Pfarrer Kordecki hätte sich und seiner Schar so manchen Tag des Blutes, der Qual und des Hungers erspart, welche der Idee zum Opfer gebracht waren, die niemals mit dem Tode ihrer Verteidiger stirbt, und trotz alles Geschreis des Pfarrers Szlopowski aus Mangel an Lebensmitteln nicht sterben kann, da sie sich nicht an der Fülle des Magens nährt, sondern an der Sehnsucht des gläubigen Herzens.

Aus Nr. 274 des Nowy Kurjer Łódzki (Łódź)
vom 6. Oktober 1916.

Vollsabstimmung.

Schon in alten Zeiten hielten die Volksstämme unter dem Voritze ihres Fürsten oder Heerführers Volksversammlungen ab, auf welchen die wichtigsten Staatsangelegenheiten erörtert wurden. Die Mehrheit der Stimmen war für die Entscheidung maßgebend. Diese Volksversammlungen sind die früheste Form, die Wiege des Parlamentarismus. Im Laufe der Zeit, nachdem die Völker mächtiger geworden waren und die Volkszahl gewachsen war, konnte von solch allgemeinen Versammlungen keine Rede mehr sein, und ihre Funktionen gingen auf Deputierte über, welche an der Seite des Königs als Räte einen gesetzgebenden Körper bildeten. Trotzdem pflegen die Regierungen in Ausnahmefällen auch heute noch das ganze Volk um Rat zu fragen, indem sie die Entscheidung in besonders wichtigen Fällen dem Volke selbst überlassen, das durch allgemeine direkte Abstimmung seinen Willen ausspricht. Einige Beispiele aus der neueren Geschichte, wo die eigenartige Gestaltung der Verhältnisse sowohl aus formell juristischen Gründen, als auch aus Gründen des Volkswohls die Veranstaltung einer Vollsabstimmung angezeigt erscheinen ließ, seien angeführt. Im Jahre 1852 ist das zweite Kaiserreich durch das ganze französische Volk bestätigt worden, das befragt, mit einer ungeheuren Mehrheit von Stimmen erwiderte, daß es mit einer monarchischen Gestaltung der Regierung einverstanden sei und Napoleon III. zum Kaiser wähle. Nach dem Sturze des Kaiserreichs im Jahre 1871 wurde auf dem Wege der Vollsabstimmung die dritte Republik geschaffen. In der Schweiz ist eine Angelegenheit von viel geringerer Bedeutung, nämlich die Verstaatlichung der Eisenbahn, gleichfalls auf dem Wege der Vollsabstimmung erledigt worden. Schließlich ist vor noch ganz kurzer Zeit, im Jahre 1905, durch eine norwegische Vollsabstimmung beschlossen worden, die Union mit Schweden aufzuheben und ein eigenes besonderes und unabhängiges Staatswesen zu schaffen.

Alles das fällt uns mit Rücksicht auf die Krisis ein, die wir selbst erleben. Wenn auch die letzten Ziele der ganzen Nation dieselben sind, so sind doch die Wege,

die zur Erreichung dieser Ziele führen können, verschieden. Jede Gruppe will der ganzen Nation ihren Willen und ihre Grundsätze aufzwingen. Im Namen der Nation werden durch die Parteien Beschlüsse gefaßt, gegen die andere Parteien gleichfalls im Namen der Nation energisch protestieren. Ihr habt Euch selbst ernannt, heißt es auf der einen Seite. Nein, ihr habt Euch selbst ernannt, klingt die Antwort. Keine der Parteien hat ein ausdrückliches Mandat, und welche spricht daher im Namen der Nation? In normalen Zeiten entscheiden derartige Fragen die Parlamente, das sind Versammlungen von auserwählten Vertretern des Volkes, die, sein Vertrauen genießend, das Recht besitzen, in seinem Namen zu entscheiden. Aber wir haben kein Parlament. Wer kann daher von uns entscheiden, welcher von unsern Politikern der wahre Freund des Volkes und der Verkünder seiner Meinung oder wer Demagoge, blinder Schreier und Usurpator ist?

Gewisse quälende soziale und politische Fragen und Aufgaben reifen immer mehr, treten immer mehr an uns heran und verlangen kategorisch eine klare und bestimmte Lösung. Wer kann auf diese Fragen antworten? Dies kann keine der Gruppen, die die gegnerische Gruppe eine eigenmächtig handelnde nennt. Wir haben tatsächlich keine Beauftragten, die von allen Seiten unstreitig als mit unserem Vertrauen beauftragt angesehen werden können. Wessen Stimme ist daher maßgebend, die wirkliche Stimme des Volkes? Auf eine solche Frage ist die Antwort schwer zu finden. Früher, so oft die Geschichte ähnliche Verhältnisse schuf, wenn in einer grundsätzlichen Frage von erster Bedeutung der wirkliche Wille des Volkes schwer festzustellen war, fragte man nach ihm direkt auf dem Wege der Vollsabstimmung. Aber für eine Vollsabstimmung sind gewisse Bedingungen erforderlich; sie muß in entsprechender Weise vorbereitet werden. Man muß den befähigteren und aufgeklärteren Persönlichkeiten die Möglichkeit geben, andere Volksmassen über die Frage aufzuklären, die heute an der Tagesordnung sind und gelöst werden müssen. In vollständig freier Weise müssen die Ansichten und Richtungen sich mit einander ausprechen und der gesunde Instinkt des Volkes wird in gehöriger Weise die Art und Weise des Handelns würdigen und den rechten Weg wählen.

Aus Nr. 270 des Goniec Kujawski (Wlozlawek)
vom 30. September 1916.

Um die nationale Konsolidation.

Die Angelegenheit der nationalen Konsolidation und der Schaffung einer allgemeinen Vertretung des Königsreichs nach dem Muster des Obersten Nationalkomitees in Galizien hat schon seit der Befreiung Warschaus von der Herrschaft der Russen unsere Politiker aus dem demokratischen Lager beschäftigt. Zu diesem Zwecke fanden in Warschau einige Zusammenkünfte statt, die jedoch eine Verständigung nicht herbeigeführt haben, und zwar hauptsächlich wegen der Stellungnahme der nationalen Rechten, die, „nach dem Donner der Kanonen vor Lublin hörend,“ sich fürchtete, eine deutlich antirussische Stellung einzunehmen und lieber abwarten wollte. Als es endlich wurde, daß die Rechte sich nicht aktiv betätigen werde und sich nur durch den Verlauf der Ereignisse gezwungen den vollendeten Tatsachen anschließen könne, trat man an eine Organisation der ganzen unabhängigen Linken, der parteilosen Elemente, der eifrigen Patrioten, der Männer der Tat und des guten Willens, die nach einer gegenseitigen Verständigung strebten, heran.

Die politische Plattform waren die Beschlüsse der Versammlung vom 18. Dezember 1915:

1. Im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblicke streben wir nach der Erringung eines unabhängigen

Staates, für dessen Fundament wir die von der russischen Herrschaft befreiten Gebiete betrachten.

2. Ohne die Formen und Grenzen dieses Staates entscheiden zu wollen, sind wir bereit, eine solche Form zu unterstützen, die sich am nützlichsten für die national-staatlichen Interessen Polens erweist.

3. Der an Zahl und Geist kräftige polnische Staat wird infolge der dauernden Gefahr von Seiten Rußlands ein politischer Bundesgenosse der Zentralstaaten werden.

Diese Konsolidation umfaßte zunächst die organisierten Gruppen der Arbeiterdemokratie, der radikalen und liberalen Intelligenz, die gesamte Volksbewegung und einen Teil der Städter. Außer der passiven Haltung der Rechten stellte sich diesen Versuchen nur die Gruppe der Warschauer und Lodzer Intelligenz entgegen, vereinigt in der Liga des polnischen Staatswesens, die die Tätigkeit des Militärdepartements, des Obersten Nationalen Komitees für das Gebiet des Königreichs akzeptierte und so weit ging, die Versuche der Konsolidation zu zerstören.

Als die Ereignisse mit außerordentlicher Schnelligkeit vorwärts eilten und die Sache der Wahlen zum Gemeinderat kam, schob die nationale Rechte, die sich fürchtete, auch jetzt noch eine deutliche Stellung einzunehmen, das Programm eines nur wirtschaftlichen Charakters des zukünftigen Gemeinderats in den Vordergrund, und im Verlauf der ersten drei Wochen griffen manche Organe der Warschauer Presse, die im Dienste der Rechten standen, mit Wut diejenigen an, die dem Gemeinderat auch, oder vielleicht gar vor allem, einen politischen Charakter geben wollten.

Als jedoch die Rechte bemerkte, daß die Stimmung Warschaus durch und durch politisch sei, daß außer den Angelegenheiten der Teuerung in der Stadt in viel größerem Maße die Zukunft unseres Landes die Geister beschäftige, als die Parole der Unabhängigkeit überall erklang, erschrak die Rechte und... schlug dem Nationalen Zentralkomitee eine Verständigung für die Zeit der Wahlen und die Durchführung einer Kompromißliste der Stadtverordneten vor. Man befürchtete, daß im entgegengesetzten Falle die Türen des Rathauses für die Männer der Nationaldemokratie geschlossen bleiben könnten.

Die Angst vor der völligen Diskreditierung und dem Verluste auch des Scheins von Einfluß und Macht zwang die Rechte, daß sie für den Preis von Mandaten sich nach vielen Vorbehalten nicht nur mit der Konsolidation für die Zeit der Wahlen, sondern auch mit der Schaffung einer politischen Delegation einverstanden erklärte, in die die Vertreter der Rechten in der Zahl von 21, des Zentrums von 15, und der Linken von 18 eintraten. Die Delegation schuf ein ständiges Sekretariat, das sich aus 9 Vertretern der Rechten, 3 des Zentrums und 7 der Linken zusammensetzte.

Auf diese Weise vollzog sich theoretisch eine Sache von erstklassiger Bedeutung, nämlich die Vereinigung aller Parteien des Landes (mit Ausnahme der Gruppen der Sozialdemokratie) auf einer gemeinsamen politischen Plattform. Infolge der Macht der weiteren Ereignisse unterschrieb die Rechte nach langem ängstlichen Zögern die bekannte Erklärung des Gemeinderats von ausgesprochen antirussischem Unabhängigkeitscharakter.

Das war aber auch das einzige bedeutungsvolle Ergebnis der Konsolidation. Dank der Passivität und der Unlust der Rechten, sich deutlich zu erklären, ist die Delegation auf dem ursprünglichen Fleck stecken geblieben.

Sie vorwärts zu bringen und zu weiteren Schritten von allgemein nationalem Charakter zwingen und die Delegation eng umgrenzen, vertiefen und stärken, kann nur der bewußte Druck der Provinz.

Die Geschichte rast mit Geschwindigkeit dahin.

Die sich abspielenden Ereignisse können den Moment nahe bringen, da der Mangel einer Institution

mit dem Charakter einer Repräsentation des polnischen Volkes, die in seinem Namen das Wort ergreifen könnte, ein nationales Verbrechen sein würde.

Ein solcher Nationalrat mit einem Programm und nationalen Forderungen, die sich aus unsern Kämpfen von anderthalb Jahrhunderten ergeben, ist uns heute vor allem notwendig.

Namentlich müßten alle tätigen Elemente mit ausdrücklich antirussischer und unabhängiger Front alle Anstrengungen entfalten und durch gemeinsame Verständigung wie auch durch Ausbreitung ihrer Einflüsse sich bemühen, Warschau in diesen bisher nicht ganz vollendeten Versuchen zu unterstützen.

Anton Dembowski.

Aus Nr. 269 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 29. September 1916.

Bemerkungen.

Ich habe den Bericht über die letzte Versammlung der Frauenliga vor mir. Ein umfassendes, sorgfältig herausgegebenes Buch; daher greife ich danach und lese es in einem Zuge, indem ich glaube, daß die polnische Frau, von ihrem gesunden Instinkt geleitet, imstande ist, die schwankende polnische Standarte zu erfassen und sie hochzuhalten, damit alles, was rein ist, was von glühender Vaterlandsliebe, von festem Glauben an die Auferstehung des Vaterlandes erfüllt ist, sich zum Kampfe darum sammle und den unterdrückten Söhnen ein besseres Morgen baue, daß alles dies sich aus der schrecklichen Ohnmacht erhebe, die in unsern Seelen und Herzen herrscht. Mit diesen Gefühlen ging ich an das Lesen dieses Buches heran.

Mit großem Schmerz, ohne bis zu Ende zu lesen, warf ich es weg. Mit Schmerz — denn soll es einen nicht schmerzen, wenn man sieht, daß das geschieht, was der unsterbliche Krasinski gesagt hat:

Nichts ist Sibirien, nichts die Knote,
Nichts der Höhepunkt körperlicher Dual;
Jedoch ein verdorbener Geist des Volkes,
Das ist der Schmerz der Schmerzen.

Ein verdorbener Geist des Volkes! Das ist eine schreckliche Sache, und trotzdem muß man sie beim Namen nennen.

Wir Polen, die in hundert Jahren soviel Kämpfer hervorgebracht und so viel Opfer erlitten haben, daß aus den Gebeinen der Gemordeten ein Schutzwall gegen den nördlichen Eroberer errichtet werden könnte, wir, die wir unser Blut auf allen Schlachtfeldern der Weltkämpfe vergossen haben, die wir heute auf Befehl Hunderttausende für die Armeen gestellt haben, wir sind heute nach 2 Jahren des Krieges, von dem von der Hand Dmowski ausgesäten moskowitzischen Fieber ergriffen, unfähig, uns klar und bestimmt zu äußern. Die Stimmen, die ich höre, erinnern mich an das Winseln der sich gegenseitig mordenden Slaven, die durch die Wände ihres Gefängnisses den Lärm hörten und als sie die Tür erbrochen sahen, anstatt in den hellen Tag hinauszueilen und an den Bau eines eigenen, freien, in der Sonne gegenseitiger Liebe stehenden Hauses heranzutreten, sich im Kampfe mit einander gegenseitig die Köpfe spalteten!

Zwei Jahre des Krieges — was haben wir getan? — Die aus der Tiefe der polnischen Seele hervorgegangene Tat — und Zersplitterung ist das Ergebnis.

Den Kopf voll glühender Phantasie über das Glück des erlösten Vaterlandes, den Stahl des Bajonetts an der Seite, ging der polnische Soldat in den Kampf mit Moskau — mit dem Zarentum, und es ließen sich Stimmen hören: „Für unsere und für Eure Freiheit!“ Man begann jedoch den Geist des Volkes zu vergiften. Dmowski hat das Seinige getan.

Und der polnische Soldat muß nun nicht nur an allen Fronten kämpfen, sondern auch außerdem den schrecklichsten Kampf, nämlich den mit dem eignen Volke, führen.

Der 16. August 1914 — das erste Kompromiß. Es blieb jedoch der Glaube, daß das Volk, nachdem es den nördlichen Eroberer losgeworden war, sich von dem schmachvollen Gift der Zerspitterung befreien werde. Das Gift wirkte jedoch weiter. Es kam der 5. August 1915. Das Volk zählte „die Rubel“, die von den fliehenden Kosaken hinterlassen wurden, und zählte zugleich die Striemen auf dem Rücken, die von der Knute der Kosaken herrührten, und sagte sich: Die Rubel sind da, der Rücken ist aber nicht aus Glas.

Es ist doch aber auch die polnische Intelligenz tätig, und es kann alles noch gut werden. Die Intelligenz hat es doch auch 1905 verstanden, die Volksbewegung zu mächtigem Umfange zu entfachen, und das Volk ist eine Macht, in ihrer Tiefe klar wie Kristall.

Das Volk — ein großes Wort — eine große Macht; jedoch erfordert das polnische Volk großen Glauben und große Liebe seitens seiner Führer.

Es wartet dieses Volk auch auf seine Führer und verlangt nach ihnen, indessen steht es, bedrohlich in seiner Kraft, schrecklich in seiner Unwissenheit, bei Seite und wartet. Die Intelligenz versteht seine eingeschlafte Kraft und möchte sie gern wecken. Doch müßte man die Ärmel aufkrempeln, auf seine weißen Hände keine Rücksicht nehmen und ohne Rücksicht auf sich selbst mitten unter das Volk steigen, den Hammer ergreifen und in der schweren Lage mit dem Volke und für das Volk das Los schmieden, gemeinsam mit ihm träumen, leiden und die Wünsche gemeinsam befriedigen. — Heute geht das Volk seinen eignen Weg, — die Intelligenz ihren eignen. Gegenseitige Unfreundlichkeit, gegenseitiges Mißtrauen und manchmal sogar blinder Haß.

Die Intelligenz, anstatt aus der Arbeit Programme zu schaffen, will die Arbeit den Programmen gemäß umgestalten und zankt sich um Programme, zankt und kämpft, — und da sie genügend Temperament besitzt, so ist auch der Kampf heiß. Da man keine Kanonen hat, kämpft man mit Verleumdung, anstatt mit einer Armee operiert man mit Erklärungen, anstatt der Soldaten im offenen Kampfe ist der Wallenrodismus in Mode gekommen.

Und dem Volke, das beiseite steht, impfen verschiedene Agenten Gift ein, nämlich das Moskowitertum, ein Gift, das bisher nur den polnischen besitzenden Kreisen eigen war.

Und wenn man heute den „sozialen“ Durchschnittsintellektuellen fragen würde, was er zum Wiederaufbau eines unabhängigen Polens für vorteilhafter halte, die Zerstümmerung Rußlands oder die Zerstümmerung des Militärdepartements, die Begründung eines Nationalrats oder die Zerstümmerung des Nationalen Hauptkomitees, was für ein Kampf nützlicher sei, der gegen das nationale Zentralkomitee, der gegen Rußland oder gegen die Liga für das polnische Staatswesen, dann befürchte ich, daß jener den Kampf gegen das Militärdepartement oder die Nichtzulassung einer Konsolidierung der Unabhängigkeitsparteien im Königreich für wichtiger halten wird als die Zerstümmerung Rußlands.

Als unverbesserlicher Optimist dachte ich bei der Betrachtung dieser Desorganisation der Allgemeinheit, daß vielleicht die Mutter-Polin, deren Söhne das Blut im Schützengraben vergießen, einen Schrei der Entrüstung ausstoßen und den Befehl zum Frieden geben wird. — Die Geschichte einer dreitägigen Zänkereier mit dem M. D. und der Frau J. Mojszezska! Hätte man diese Sache nicht auf einer Seite erlebigen

und die übrigen 15 Seiten einer andern Sache widmen können?

Daß die polnische Frau, die die Standarte des unabhängigen Polens hochhalten sollte, in den Strudel der brüderlichen Streitigkeiten hinabsteigt, schmerzt mich sehr.

An Dich, du polnische Jugend, will ich mich wenden, indem ich mit voller Kraft der Stimme rufe: Geh unter das Volk in Stadt und Land! Halte Dich nicht fern von der Arbeitsbluse und dem Bauernfittel, denn in dieser Arbeitsbluse und dem Bauernfittel liegt unsere Zukunft, und nicht in papiernen Erklärungen.

Betrachten wir nur Wloclawek! In den Berufsorganisationen, den sozialen und kulturellen Arbeiterverbänden gibt es nicht einen einzigen Polen der Intelligenz.

Daselbe könnte man vom Lande in Kujawien sagen, obwohl dort die Verhältnisse infolge der Rolle des Volksschullehrers etwas günstiger sind.

Das unabhängige Polen muß sich auf die arbeitende Bevölkerung stützen. Dieses Volk zum Dasein in dem unabhängigen Vaterlande vorzubereiten, ist die Aufgabe der polnischen Intelligenz. Den Geist des Volkes vor der Vergiftung zu retten, ist das, wonach ich rufe. Wenn ich einen polnischen Intelligenzen bei der Arbeit unter dem Volke sehen werde, dann werde ich wissen, daß Polen sein wird. A. D.

Aus Nr. 272 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 2. Oktober 1916.

Parolen und Programme.

Infolge des Artikels des „Goniec“ unter dem Titel „Bemerkungen“, in dem der Verfasser die traurige Tatsache der im Lager der Unabhängigen herrschenden Zerspitterung unterstreicht und mit Bitterkeit konstatiert, könnte der mit den verschiedenen Richtungen nicht vertraute Leser annehmen, daß der Verfasser grundsätzlich die Tatsache der Differenzierung verurteile, während, wie es mir scheint, es dem Verfasser nur auf den Hinweis ankam, daß die Differenzierung, die zu wenig auf breite Schichten gestützt ist, eine Schwächung der ganzen Unabhängigkeitsaktion bedeuten könne. Deshalb wandte er sich an die jüngere Intelligenz mit der Aufforderung zur Arbeit unter dem Volk zum Zwecke der Verstärkung des Unabhängigkeitslagers durch den Zufluß frischer Energie, die zu einer schnelleren Verständigung und Konsolidation der Unabhängigkeitsgruppen, die unter der Intelligenz tätig sind, beitragen könnte. Um jedoch den Lesern die Ursachen und die Grundlagen jener Differenzierung zu erklären, will ich nach Möglichkeit dieselben mit den wichtigeren Strömungen im Schoße unserer Volksgesamtheit bekannt machen. Als Grundlage dienen mir die aus Warschauer Blättern und andern Erscheinungen geschöpften Informationen.

Die Richtung, die heute, wie man dies unbestritten konstatieren kann, den größten Einfluß und die Sympathien der einzelnen parteilosen Personen und geschlossenen sozialpolitischen Gruppen hat, ist die Richtung des sogenannten Nationalen Zentralkomitees (C. K. N.), an dessen Spitze der Vizemarschall des Warschauer Gemeinderats Artur Eliwinski, das Mitglied des Gemeinderats W. Sieroszewski, der gewesene Abgeordnete Parczewski und eine Reihe von Persönlichkeiten stehen, die an der nationalen Arbeit hervorragenden Anteil haben. Die Anhänger dieser Richtung erstreben, ohne heute schon die Form und die Grenzen des polnischen Staates entscheiden zu wollen, die Realisierung der Parole der Unabhängigkeit noch während des gegenwärtigen Krieges. Indem das Nationale Zentralkomitee in seinen politischen Be-

rechnungen unter anderem die Geschichte Polens mit dem Schicksal der Gebiete verknüpft, die im Osten des früheren polnischen Freistaates lagen, wie Litauen und Weißrußland, und indem es diese Gebiete als das natürliche Terrain der Expansion für die wirtschaftlichen polnischen Kräfte betrachtet, gibt es sich darüber Rechenschaft, daß der künftige polnische Staat seine Kampffront gegen Rußland richten muß. Daher ist es auch verständlich, daß es in seiner Erklärung von dem politischen Bündnis mit den Zentralstaaten spricht. Ebenso ist diese Richtung sich dessen bewußt, daß im gegenwärtigen Kriege nur die Zentralstaaten, für die ein Bündnis mit dem unabhängigen Polen mit eigener Regierung und Armee nützlich sein kann, proklamieren können. Soviel bezüglich der Parole, die sich in die Worte zusammenfassen läßt: Staat — Regierung — Armee. Wenn man von den Plänen der Realisierung reden soll, so ist man an die Bildung einer wenn auch nicht physischen, so doch wenigstens moralischen Regierung herantreten, die im Namen des Volkes auftreten könnte, und für die die Wünsche des Volkes maßgebend wären. Eine solche moralische Regierung für das Königreich sollte der Oberste Nationalrat sein, der jedoch infolge der Hartnäckigkeit und des langsamen Zusammenkittens nicht zustande gekommen ist. Dies ist hauptsächlich auf die zweideutige Stellungnahme der Rechten zurückzuführen, die nach dem Osten schielte, um von dort noch etwas zu hören, was zu ihrer bequemen Haltung der Passivität passen würde. (In letzter Zeit hat sich die Sache etwas gebessert. Ein Beweis dafür ist die Erklärung des Gemeinderats, die Zurücknahme der Erklärung der „fünf Parteien“ vom 5. September, die im „Kurjer Warszawski“ veröffentlicht war.)

Das Ergebnis dieser Versuche war die Begründung des Nationalen Zentralkomitees (C. K. N.). (Siehe meinen Artikel im „Goniec“ unter dem Titel „Nationale Konsolidation“.) Das C. K. N. setzt sich, wie aus verschiedenen Erklärungen der Warschauer Presse hervorgeht, aus sämtlichen Unabhängigkeitsgruppen mit Ausnahme der sogenannten Liga für das polnische Staatswesen zusammen. Die letztere steht auf dem Standpunkte des Trialismus, obwohl auch dort — nach dem Berichte über die letzte Versammlung zu urteilen, diese Stellung eine Änderung zugunsten der Unabhängigkeitsparolen erfahren hat.

In inneren polnischen Angelegenheiten strebt das Nationale Zentralkomitee nach Demokratisierung der politischen und sozialen Formen bei der Gestaltung des zukünftigen Polens.

Gewiß würde auch die Leser das Verhältnis des C. K. N. zu andern politischen Richtungen interessieren.

Im Verhältnis zu dem Nationalen Zentralkomitee in Galizien strebt das C. K. N. nach einer gegenseitigen Verständigung und gemeinsamem Vorgehen in Angelegenheiten von allgemein polnischem Charakter, und es betrachtet hierbei das Nationale Hauptkomitee für die Vertretung von Galizien und Schlesien. Es fordert nur die rücksichtslose Unabhängigmachung der Politik des Königreichs vom N. K. N. (Oberstes Nationalkomitee). Hingegen im Verhältnis zu manchen Abteilungen des N. K. N. ist das Verhältnis des C. K. N. aus verschiedenen Gründen ungünstig.

Im Königreich selbst gruppiert das C. K. N. alle Unabhängigkeitsrichtungen ohne Rücksicht auf die sozialpolitischen Schattierungen um sich. Nur eine Gruppe, die der Liga für das polnische Staatswesen, steht außerhalb der C. K. N. Wir wollen jedoch glauben, daß die Ereignisse auch in diesem Falle die Unterschiede beseitigen und eine Annäherung der genannten Gruppen herbeiführen werden. Ein äußeres Zeichen dafür sind, wie schon gesagt, die Programmbeschlüsse der letzten Versammlung und die Taktik.

In letzter Zeit hat auch die Frauenliga ihren Beitritt zum C. K. N. erklärt. Anton Dembowski.

Aus Nr. 266 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 26. September 1916.

Die Ehre des polnischen Bauern.

In der Nr. 189 des „Nowy Kurjer Lodzki“, im Artikel „Verspätete Entdeckung“, weist Herr St. L., indem er über die russophile Arbeit im Königreich und die Demoralisation, welche die russische Regierung in Polen verbreitete, schreibt, auf die schrecklichen Folgen dieser nichtswürdigen Arbeit unter der Bauernschaft im Königreich hin.

Ohne Frage hat das Gift der russischen Demoralisation sich über alle Kreise unseres Volkes ergossen, und sich in unser nationales Leben hineingefressen, aber ich sehe keinen Grund, gerade die Bauern der Demoralisation und des Mangels an Nationalgefühl anzuklagen.

Herr L. schreibt, daß der Bauer im Königreich ein „kaiserlicher Bauer“ sei, ein beschränkter dummer knechtlicher Kriecher, der sich mit Leib und Seele der russischen Regierung verkauft habe, in den Russen die Wohltäter und Erlöser sehe, die ihn aus der Knechtschaft des Adligen befreit hätten, daß er Rußland für sein Vaterland halte und diejenigen, die nach dem freien Polen strebten, für Freimaurer und Juden erklärte. Aus alledem ersieht man, daß Herr L. die Bauern nicht kennt und noch weniger ihre Ansichten und Bestrebungen, wenn er so unberechtigte Vorwürfe ausspricht.

Vor allem ist der Bauer in Polen am wenigsten Russophile, und ich wage sogar zu behaupten, daß es unter unserer Bauernschaft überhaupt keinen Russophilismus gibt. Der Bauer, in seiner ganzen Masse, ist unberührt geblieben. Der von den Russen künstlich angefachte Haß gegen die besitzenden Herrn, in denen sich nach der irrthümlichen Auffassung der Bauern „Polen“ verkörperte, fand insoweit Gehör, als der Aristokrat tatsächlich den Bauern gegenüber schlecht handelte, und eigentlich noch mehr infolge der verwickelten Angelegenheit des Servitutenrechts. Also auch auf der materiellen Grundlage haben die Russen die Bauern gegen die Herren aufheben können.

Der Bauer bietet vielleicht den Entnationalisierungsgelüsten am meisten Widerstand, da er außergewöhnlich an der Scholle, dem Glauben und den Sitten hängt, und alle Versuche der Russen, die ihm heiligen Dinge anzugreifen, sind auf hartnäckigen und sogar blutigen Widerstand gestoßen.

Wenn es sich um positive Offenbarungen der nationalen Arbeit handelt, so kann man dreist behaupten, daß verhältnismäßig das Dorf darin am meisten aufgewiesen hat. Trotz der überaus schwierigen Verhältnisse und trotz der Unaufgeklärtheit des Bauern förderte in den Jahren 1905 und 1906 doch das polnische Dorf im ganzen Königreich die Polonisation der Gemeinden; ferner wurden die Schulen des poln. Schulvereins, die nur von kurzer Dauer waren, auf dem Dorfe freudig begrüßt. Endlich sind die landwirtschaftlichen Vereine, die Organisationen der Bauern, und die schon heute daraus hervorgegangenen tausende von intelligenten Bauern eine sehr erfreuliche Erscheinung.

Selten haben der Dorfschullehrer, der Zögling der russischen Schule, der meist wenig aufgeklärt war, und sicher niemals der Gemeinbeschreiber, ein Trinker und Trinfgeldempfänger, oder der Gemeindevorsteher, der Vertraute des Vorstehers des Kreises, zu dem Bauern über Polen gesprochen. Dagegen haben die Russen und ihre Mietlinge und auch gewissenlose Agitatoren damals dem Bauern von der den Bauern feindlichen Zeit der Leibeigenschaft erzählt.

Und dennoch ist dieser Bauer ganz unberührt geblieben trotz der vielen sich um ihn drehenden falschen Freunde. Wenn aber die Rede ist von der „Kriecherei“, d. h. von dem Gefühl und dem Kultus der Knechtschaft, so muß ganz unparteiisch gesagt werden, daß in dieser großen Krisis, in welcher wir leben, eine solche knechtische Kriecherei mehrmals ans Tageslicht gelangt ist, aber nicht unter den Bauern.

Denn wie soll man darüber urteilen, daß in den Straßen Warschaws, Radoms in Pabjanice und anderen Städten die russischen Soldaten mit Blumen, in Pabjanice sogar durch die Ansprache eines maßgebenden Intelligenzen begrüßt worden sind? Und was waren die ohne jeden erhaltenen Befehl im Herbst 1914 veranstalteten Dankgottesdienste für die Rückkehr der Russen? Und wie soll man die sorgsame Pflege der russischen Sprache in den Kanzleien, Mittelschulen und Privatinstitutionen nennen? Was soll man endlich sagen von der Massensucht der Intelligenz nach... Rußland?

An alledem haben sich die Bauern nicht beteiligt, sogar Einzelercheinungen solcher Art lassen sich schwer unter den einzelnen Bauern finden. Als die Russen Hab und Gut der Bauern vernichteten und sie mit Gewalt in angeblich sichere Gegenden Rußlands verschleppen wollten, da haben sich die Bauern dagegen aufgelehnt und haben sogar in manchen Gegenden ihren Widerstand mit dem Leben bezahlen müssen. Sie sind, obwohl die Granaten über ihren Häuptern platzten und die Feuersbrunst ihre Habe zerstörte, auf ihrer geliebten elterlichen Scholle geblieben.

Nur mit dem letzten Satz des Herrn L. kann man sich einverstanden erklären: daß das Dorf erwacht und eine Zeit kommen wird, wo der Bauer zum Staatsbürger wird und verstehen wird, daß er vor allem ein Pole ist. Ich möchte meinerseits aber noch hinzufügen, daß er das eher begreifen wird, als die Kreise, die nach Ansicht des Herrn H. angeblich die Entdeckung gemacht haben, daß es auf dem Lande böse zugeht. Es ist besser, sie nehmen den Bauern nicht in Schutz; der wird selbst den ihm durch wirklich aufrichtige Freunde gewiesenen Weg gehen.

Jan Sutarowski.

Aus Nr. 279 a der Godzina Polski (Warschau)
vom 7. Oktober 1916.

Die erste Bauernversammlung.

Auf Betreiben der örtlichen Organisation des nationalen Bauernbundes wurde auf Sonntag, den 1. Oktober in Sanuski im Gostyniner Lande die erste Volksversammlung zusammenberufen. Zu dieser Versammlung war der Redakteur des Lud Polski, Alexander Zawadzki, als Hauptreferent eingeladen. Es hatten sich über 1000 Bauern aus dem Gostyniner und Sochaczewer Kreise eingefunden.

Die Versammelten nahmen nach Anhörung des Referats des Redakteurs Alexander Zawadzki über das Thema: „Der Krieg und die polnische Sache“, sowie nach Beendigung des Diskussions einstimmig folgenden Beschluß an:

Wir am 1. Oktober in Sanuski im Gostyniner Lande versammelten Bauern in Zahl von tausend und Vertreter anderer Stände halten nach politischen Beratungen über den Krieg und die polnische Sache dafür, daß das größte Unglück für Polen die Rückkehr unserer Nation unter das Joch der russischen Knechtschaft wäre. Darum beschließen wir einstimmig, daß man sich an die siegreichen Mittelmächte mit der dringenden Vorstellung wende, daß schleunigst noch während der Dauer des Krieges die Unabhängigkeit des polnischen Staates bekannt gemacht und ein pol-

nischer König proklamiert werde, der sich auf eine eigene polnische Armee und auf einen aus dem Volkswillen hervorgegangenen Landtag stützen soll.

Aus Nr. 276 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 6. Oktober 1916.

Die Arbeiter und die Sache der Unabhängigkeit.

Die Unabhängigkeitsbewegung, die in letzter Zeit sich wie eine große Flutwelle über ganz Polen ausbreitete und auch Galizien umfaßte, hat auch alle Schichten und Klassen des Volkes, wenn auch in verschiedenem Grade, in ihre Reihen gezogen. Dabei haben sowohl in dem Kampfe mit Rußland als auch in der Organisation des nationalen Lebens die demokratischen Schichten d. h. die Arbeiter und die Intelligenz, wie auch die Städter und die ländliche Bevölkerung den tätigsten Anteil genommen. Ein besonders deutliches und sichtbares Zeichen dafür sind die Industriezentren, wie z. B. Warschau, Lodz, Zaglebie usw., in denen die Entwicklung der Arbeiterorganisationen (mit Unabhängigkeitsbestrebungen) und die durch diese Organisationen herausgegebene Presse einen imponierenden Umfang hat. Ebenso verhält sich diese Sache mit der Intelligenz in den Zentren. Auch die ländliche Bevölkerung hat Beweise für das Verständnis ihrer nationalen Interessen geliefert, wie z. B. im Lubliner Bezirk und in Galizien.

Etwas anders stellt sich die Sache in denjenigen Zentren dar, wo infolge geringer Bevölkerungsdichte und der verhältnismäßig geringeren Aufklärung der Massen der Entstehung einer Weltanschauung Hindernisse entgegenstehen. Dadurch erklärt sich die Tatsache, daß auch bei uns in Kujawien das nationale Bewußtsein in den breiten Massen weniger entwickelt ist, und wenn es überhaupt existiert, so ist es nicht ein schöpferisches Bewußtsein, das neue Lebensformen auf Grund eines vorbedachten Planes erobert und schafft, sondern ein passives Bewußtsein, das Erfüllung gewisser Sachen ohne unsere Mitbeteiligung wünscht. Es ist natürlich, daß nur ein schöpferisches Bewußtsein, das auf gut verstandenes eignes Interesse gestützt ist, auf die Gestaltung der Ereignisse in der von uns gewünschten Weise einen Einfluß ausüben kann.

Wie bereits gesagt, gelangt dieses Bewußtsein bei uns allmählich auch in die breiten Massen. Einer schnelleren Vorbereitung der Unabhängigkeitsbewegung stehen jedoch manchmal falsche Gerüchte im Wege, die häufig durch stumpfsinnige Menschen, manchmal aber auch durch russische Agenten ausgestreut werden, die die Russen bei ihrer Flucht aus Polen zurückgelassen haben.

Sie haben sie zurückgelassen, um durch Verwirrung vor den Augen der Leute das blutige Bild zu verbergen, das die Russen nach hundertjähriger Herrschaft hinterlassen haben. An dieser Stelle möchte ich einige von den irreführenden Behauptungen aufklären, damit der polnische Arbeiter auch bei uns in Kujawien sich in die Reihen der am Bau des eignen Staates beschäftigten Arbeiter stelle und damit er im Notfalle nicht zögere, diesen mit der Waffe in der Hand gegen einen erneuten Einbruch der Russen zu verteidigen.

Das häufigste Argument, mit dem die Feinde des polnischen Volkes die Leute von der nationalen Arbeit abschrecken und die Hoffnungen des Volkes nach der russischen Seite hinlenken wollen, ist die Behauptung, daß das unabhängige Polen nur von den Herren und den Geistlichen gewünscht wird, und zwar deshalb, damit diese in eignen Staate, wenn auch nicht die Leibeigenschaft wieder einführen, so doch wenigstens die arbeitende Bevölkerung noch mehr ausnützen können als vor dem Kriege.

Um zu beweisen, wie lügenhaft solche Behauptungen sind, braucht man nur an das Verhalten verschiedener hervorragender Personen unserer Aristokratie, der Städter und der Industriellen zu erinnern, die von den ersten Tagen des Kriegsausbruchs an bis zum Rückzuge der Russen aus Warschau Ergebenheitsadressen an den blutigen Zaren sandten. Und wenn sie auch später schwiegen und sich sogar etwas änderten und von der Unabhängigkeit zu sammeln angingen, so erhoben sie doch in dem Augenblicke, als am 3. September die Warschauer Bevölkerung laut und deutlich die Forderung der Unabhängigkeit und die Bereitwilligkeit aussprach, diese in den Reihen einer eignen Armee vor den Russen zu schützen, in einer im „Kurjer Warszawski“ vom 9. Sept. abgedruckten Erklärung Einspruch gegen „so weit gehende Forderungen“.

Es ist daraus ersichtlich, daß die Herren sich weder nach dem Besitz eines eignen Staates noch nach dessen Verteidigung vor der russischen Eroberungssucht sehnen.

Andererseits gibt es auch unter der Bürgererschaft und der Geistlichkeit manchmal sogar zahlreiche Personen, die das Interesse des Volkes und des Landes über ihre eignen egoistischen Interessen stellen und ihr Gut und ihre opferneudige Tätigkeit auf dem Altare des Kampfes um die Freiheit des Vaterlandes darbringen. Vor ihnen neigen wir mit Ehrfurcht das Haupt. Ich glaube, daß jeder von den Lesern, der mit Überlegung das betrachtet, was unsere Besitzenden Kreise reden und tun, zahlreiche Beweise für das haben wird, was ich oben gesagt habe.

Es könnte also jemand denken, daß, da die Herren nicht so sehr nach der Unabhängigkeit streben, diese für sie nicht so sehr nötig sei. Das kann man aber auch nicht sagen. Der eigene Staat würde sowohl den Arbeitern als auch den Besitzern großen Nutzen bringen. Wer aber etwas haben will, der muß es erringen. Wenn wir einen unabhängigen Staat haben wollen, dann müssen wir Rußland den Kampf ansagen und eine eigene Armee organisieren, die unsern Staat vor dem Einfall der Russen verteidigen würde.

Und gerade diesen Kampf scheut man allgemein und sucht diese Scheu durch allerlei Ausflüchte zu verdecken. Diese Scheu ist nicht verständlich, da es sich um den Schutz des bedrohten Eigentums handelt.

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß die Herren und Geistlichen bis jetzt die wenigsten Anstrengungen gemacht haben, um die Unabhängigkeitsparole zu realisieren, daß es also unwahr ist, daß nur sie nach der Unabhängigkeit streben. Wahr ist es aber, daß die meisten Bemühungen von der Bevölkerung in Stadt und Land und von der Intelligenz ausgehen, da diese ein Verständnis dafür hat, daß das unabhängige Polen ihnen sehr, sehr nötig ist. Und man muß gerade den Umstand unterstreichen, daß es gut ist, daß das Volk anjängt, nationale Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Die Geschichte Polens beweist, wie schlimm es ist, wenn das Volk alles den privilegierten Schichten überläßt und auf seine Teilnahme an der Kontrolle verzichtet.

Das Böse kann nicht durch Umstände gerechtfertigt werden; man kann ihm nur mildernde Umstände zuerkennen. Strafe erleidet nicht nur der, der ein Verbrechen begangen hat, sondern auch der, der es nicht verhindert hat. Wenn unsere Unabhängigkeit nicht zustande kommt, so ist sowohl der polnische Adel als auch das polnische Volk daran schuld. Der Adel ist insofern schuld, als er seine Rechte und Privilegien zu ausschließlich egoistischen Zielen verwandelt und das ganze Volk der russischen Sklaverei überlassen hat. Das Volk wird aber in unsern die Schuld tragen, als es trotz seiner Zahl und Stärke sich von der Minder-

heit zum Schaden des ganzen Volkes irreführen ließ. Obwohl sich die Zeiten heute geändert haben, so sind die Verhältnisse dieselben geblieben. Und eigentlich kann das arbeitende Volk in Stadt und Land das meiste für die Freiheit des Volkes tun; denn seine Befreiung ist die Befreiung Polens.

Die privilegierten Schichten hatten während der Anwesenheit der Russen infolge der Bestechungsgelder so manche Vorteile; das Volk aber schmachtete in doppelter Sklaverei, der eigenen und der russischen.

Deshalb muß vor allem das Volk sein Recht auf ein unabhängiges Dasein sogar mit der eigenen Brust verteidigen, damit diese Zustände sich nicht wiederholen. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter wäre im gegenwärtigen Augenblicke etwas Schlimmeres als die Gleichgültigkeit der Bauern im ehemaligen Polen — sie wäre ein Verbrechen. Glücklicherweise haben bereits, wie oben gesagt, die Industriezentren vielfach Beweise ihres Verständnisses für nationale Interessen erbracht, und die Entwicklung der gegenwärtigen Ereignisse weist darauf hin, daß sie auf diesem Wege nicht halt machen, sondern auch die weniger industrialisierten Bezirke nach sich ziehen werden. Anton Dembowski.

Aus Nr. 459 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 7. Oktober 1916.

Die Friedensgerichte in polnischer Sprache.

Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens wandte sich an die Okkupationsbehörden mit einer Bittschrift betreffend die Friedensgerichte in Lodz, Gzenstochau, Bendzin und Sosnowice. In jener Bittschrift war betont worden, daß die Friedensgerichte in Lodz, Gzenstochau, Bendzin und Sosnowice in deutscher Sprache stattfinden, welche von den Parteien nicht verstanden würde und was zu einer Erschwerung der Justizpflege führe. Das Verfahren in deutscher Sprache rufe unter den Einwohnern unrichtige Ansichten über die germanisatorischen Bestrebungen hervor, und durch alles dieses würde eine Quelle der Erbitterung genährt. Angesichts dessen bittet der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens um unverzügliche Ernennung von Polen zu Friedensrichtern in Lodz, Gzenstochau, Bendzin und Sosnowice und um den Geschäftsverkehr solcher Gerichte in polnischer Sprache. Der Klub betont seine Bereitwilligkeit, passende Kandidaten in Vorschlag zu bringen.

Der Vorsitzende des Obergerichts, Herr Ramdohr, gab nachstehende Antwort auf die obige Bittschrift:

„Die Umgestaltung der Friedensgerichte in Lodz, Gzenstochau, Bendzin und Sosnowice in Schöffengerichte, welche durch Einheimische besetzt sein müßten, ist unser Bestreben schon seit längerer Zeit. Wenn die bisher gemachten Versuche bisher den erwünschten Erfolg nicht gezeitigt haben, so kommt das daher, daß die maßgebenden Kreise dieser Bezirke nicht die unerläßliche Mitwirkung gezeigt haben.“

Der in der Bittschrift des Klubs enthaltene Vorschlag, die Kandidaten anzugeben, wird mit Dank angenommen, und wir bitten dringend um Nennung der Vorsitzenden und Schöffen für jedes Gericht. Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens möge eine geeignete Kandidatenliste dem Vorsitzenden des Obergerichts vorlegen. Möglichste Eile ist erwünscht.“

Aus Nr. 19 des Kupiec (Posen)
vom 1. Oktober 1916.

Die wirtschaftliche Zukunft des Königreichs Polen.

Angesichts der heute schon klaren Tatsache, daß ein polnischer Staat geschaffen werden, somit eine selbständige wirtschaftliche Gemeinschaft entstehen wird,

muß man sich darüber klar werden, welches Schicksal diesem Lande bevorsteht.

Es ist richtig, daß ein Land, welches unmittelbar durch den Krieg berührt, verwüstet und ausgezogen worden und das die Last der Blockade ebenso trägt, wie diejenigen, die es befreit haben, sich in ungünstigen Verhältnissen befindet.

Hunger, fast völliger Stillstand im wirtschaftlichen Leben: ein wahres Bild des Elends und der Verzweiflung.

Der Stand der Sache ist fürwahr traurig, aber doch vorübergehend, sowohl wirtschaftlich wie politisch trüben uns Tränen die bessere Zukunft.

Trotz des Elends, trotz der Verwüstungen ist Polen ein reiches Land, und der Krieg macht es reich.

Das ist nicht Wortspiel, das ist Tatsache, die sich leicht beweisen läßt.

Es leuchtet ein, daß die Millionen, die ein jeder Kriegstag kostet, die kriegführenden Staaten finanziell schwächen; Polen ist aber kein kriegführendes Land, es ist ein Opfer des Krieges, nicht dessen Faktor. Es erleidet kolossale Verluste, aber zur Bezahlung der Kriegskosten kann es nicht herangezogen werden.

Mit einem Wort: inmitten der immer mehr vermischten Karten bleibt die hypothekarische Karte Polens doch weiß. Sie ist eine Quelle ungeheuren Kredits für die Zukunft.

Polen befindet sich in der Lage eines Eigentümers, dem die elementaren Kräfte einen großen Schaden an dem schuldenfreien Besitztum zugefügt haben, inmitten der Nachbarn, welche den Schäden entgangen, die aber mit Hypothekenlasten behürdet sind.

Man muß hervorheben, daß das Geld wohl billiger wird, aber nicht verloren geht, und daß es nach dem Kriege mehr Geld geben wird, wie vor dem Kriege. Es muß deshalb dahin strömen, wo es eine sichere und nützbringende Lokalisierung findet — somit nach Polen. Wir stoßen häufig, ja allgemein auf die Meinung, daß für die polnische Industrie der östliche Markt unumgänglich notwendig sei und daß ohne den russischen Markt die polnische Industrie keine Aussicht auf Entwicklung habe. Die gewissenhaft zusammengestellten Daten, die man in der durch den Verein der Industriellen des Königreichs Polen herausgegebenen „Handelsbilanz“ finden kann, zeigen ganz klar, daß diese Meinung jeder Grundlage entbehrt.

Das russische Zollgesetz hat durch hohe Zölle die Rohmaterialien und Halbfabrikate ebenso belastet, wie die Fabrikate, es bot somit den heimischen Fabrikaten nicht hinlänglichen Schutz. Es schnitt die polnische Industrie von den natürlichen Einkaufsmärkten ab, rief eine künstliche Erhöhung der Preise für Rohmaterialien hervor, machte die Gewinnung neuer Märkte unmöglich und fettete an das Bartum. Unter diesen Verhältnissen war bei dem schnellen Tempo der Entwicklung der rein russischen Industrie der Zeitpunkt nicht fern, in dem dieser einzige östliche Markt geschlossen worden wäre.

Die Analyse „der Handelsbilanz des Königreichs Polens“ zeigt, daß der größte Mißstand der polnischen Industrie die Abhängigkeit von den russischen Märkten war, welche durch das Zollgesetz und die Eisenbahntarife ausschließlich in Frage kommen.

Der Rahmen des vorliegenden Artikels gestattet nicht, die Angelegenheit eingehender zu traktieren und statistisch nachzuweisen. Ich beschränke mich daher, darauf hinzuweisen, daß die polnische Industrie einen umfangreicheren inneren Markt erlangen wird, auf dem die russische Industrie vor dem Kriege einen immer festeren Standpunkt gewann. Alle auf breiter Grundlage gezeichneten Arbeiten, die mit der Existenz des polnischen Staates verbunden sind, die Hebung des allgemeinen Wohlstandes, die Schaffung einer rechtmäßigen Kommunikation werden zur Hebung der gegen-

wärtigen Industrie beitragen und den Weg für die Schaffung neuer Unternehmungen ebnen. An der Entwicklung der Industrie darf man durchaus nicht Zweifel hegen.

Vor allen Dingen wird das Königreich über weit mehr Arbeitskräfte verfügen als die Staaten, die aktiv am Kriege beteiligt sind. Menschenmaterial, das zur Arbeit geeignet ist, gibt es in Polen bei weitem mehr als in den Ländern, deren Volksvorräte durch den Krieg gelichtet worden sind.

Über die zweite Bedingung, d. h. über das Geld, haben wir gesagt, daß man nicht zu befürchten brauche, daß es fehlen könnte, weil sich die Ertragsfähigkeit des Landes infolge besserer Bewirtschaftung, erleichterten Verkehrs, Hebung des intellektuellen Gesichtskreises, des freien Zutritts zu den Häfen, des Schutzes, mit dem der Staat die Produktion umgibt, in dem Maße vergrößern wird, in dem der Bedarf der verschiedenen Erzeugnisse, die den neuen Erfordernissen der wohlhabenden Volksgemeinschaft entsprechen, wächst.

Für die polnische Industrie wird der eigene Markt in vorteilhafter Weise den russischen Markt ersetzen. Von einer Seite wartet unser der Ruin. Geheißführen würde ihn die Rückkehr unter die russische Regierung. Nur Rußland könnte Polen die Beteiligung an der Deckung der Kriegskosten aufbürden, und es würde das tun, nicht im Verhältnis zur Größe des Landes, auch nicht im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung, sondern in dem zu den Steuern, die es stets in doppeltem Maße einzog.

Daraus ergibt sich, daß unser größter wirtschaftlicher Feind Rußland ist, ein Feind, der mit jedem Tage gefährlicher wird, sowohl hinsichtlich unserer wirtschaftlichen wie auch hinsichtlich unserer politischen Existenz.

Kaver Drucki-Lubecki.

Aus Nr. 228 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. Oktober 1916.

Vom Komitee zur Hilfeleistung im Königreich Polen.

Bei der letzten Anwesenheit in der Sitzung des Hauptfürsorgetrats in Warschau Ende August haben wir Gelegenheit gehabt, uns die Arbeit des Hauptfürsorgetrats in der Provinz näher anzusehen. Die Wahl fiel auf den Kreis Warschau als den nächsten. In einigen Worten werden wir die Arbeit beschreiben, da dies nicht ohne Interesse für diejenigen sein wird, welche zur Rettung der Bevölkerung im Königreich gern ihre Hand bieten.

Im Kreise Warschau arbeiten gegenwärtig 35 Ortsfürsorgeträte, in denen 426 Personen ständig beschäftigt sind. Außerdem beschäftigen sich noch 139 Personen mit bürgerlicher Fürsorge, Registrierung der Kriegsschäden und einigem anderen.

Es wurden in diesem Kreise 6 Hauptsektionen in Betrieb gesetzt: 1. die Obhut über die Kinder und die Jugend, 2. die Sektion für die Ernährungsbeihilfe, 3. die Bausektion, 4. die Sektion für die Registrierung der Kriegsschäden, 5. die Revisionssektion, 6. das Lagerhaus.

Mit Hilfe dieser Sektionen wurden geschaffen: 164 Kinderheime, Instanzen mit dem Namen „ein Tropfen Milch“, 9 Asyle, 3 Lesehallen, 8 ärztlich-hygienische Asyle, 3 Krippen, 2 Badeanstalten, zahlreiche Speisehallen, in denen Suppe ausgegeben wird, weiter Tee- oder Barschthallen, Suppenhallen für Kinder. Es werden, soweit es notwendig ist, ärztliche Ratsschläge usw. erteilt.

Bei der Aufnahme der Arbeit nach dieser Richtung hin stieß und stößt der Hauptfürsorgetrat auf große Schwierigkeiten. Einerseits sind die Mittel

gering, dagegen ist die Zahl der Bedürftigen groß, und sie wächst noch mit jedem Tage, andererseits hindert der fühlbare Mangel und die unerhörte Teuerung der Lebensmittel den Rat an der Arbeit. — Die anfangs vielen Bedürftigen erwiesene Hilfe reduziert sich langsam hauptsächlich auf Beihilfe für Kinder und stillende Mütter.

Um uns das Funktionieren der Arbeit an Ort und Stelle anzusehen, begaben wir uns zu dem nächsten Ortsrat nach Pruszkow, der ersten größeren Bahnstation auf der Strecke Warschau — Alexandrowo.

Pruszkow war früher ein Dorf, aber als in der Nähe einer Großstadt gelegene Ortschaft fing es in den letzten 50 Jahren an, die Formen einer Fabrikansiedlung anzunehmen. Im Laufe der Zeit entstanden hier 20 große Fabriken der verschiedensten Art, überwiegend Maschinenfabriken. Hier bestand auch die in Polen bekannte größte Bleistiftfabrik von Majewski, die heute in Trümmern liegt. Pruszkow ist jetzt ein Städtchen, das überwiegend Fabrikbevölkerung hat. Und da alle Fabriken in Pruszkow stillstehen, so möge man sich die Arbeitslosigkeit vorstellen, welche in dieser Ortschaft herrscht und infolgedessen auch die Not, die sich hier einnistet.

Die Verwüstung Pruszkows datiert schon seit dem Oktober 1914 seit den ersten Stürmen auf Warschau. Acht Tage dauerte damals der Kampf. Selten ist eine Fabrik in Pruszkow erhalten geblieben, und auch der Kirche in Pruszkow droht der Einsturz, da zwei Pfeiler von Granaten beschädigt wurden und das Dach von Schrapnells durchlöchert ist. Wenn dem Probst nicht jemand mit 5000 Rubeln zu Hilfe kommt, kann es im Frühjahr schon zu spät sein. Dann wird der auf 3000 Menschen berechnete Bau zusammenstürzen. Heute wird die Andacht in einem Holzschuppen abgehalten.

Die Organisation des Ortsfürsorgetrats in Pruszkow zerfällt in drei Hauptabteilungen.

I. die allgemeine Abteilung für Handel, Finanzen, Wirtschaft und Beihilfe, II. die Erziehungsabteilung, III. die hygienisch-ärztliche Abteilung.

Die erste Abteilung umfaßt 28 Instanzen. Zu den hauptsächlichsten gehören: das Auskunftsbureau. Mit Hilfe von 12 ehrenamtlichen Fürsorgeträtern und zwei bezahlten Kontrolleuren führte das Bureau in den letzten 5 Monaten 2449 Auskünfte für 1982 Familien mit der Zahl von 1135 Männern, 3369 Frauen und 4689 Kindern für insgesamt 9193 Personen durch. Die Aufgabe der Kontrolleure ist die systematische Kontrolle aller Personen, welche die verschiedenartigen Beihilfen ausnutzen. Im gegenwärtigen Augenblicke wachen die Kontrolleure über 1305 Familien, die 5391 Personen umfassen. Auf diese Weise wurde den Mißbräuchen bedeutend Zügel angelegt, welche bei den Auskünften von den ihre Pflichten ehrenamtlich erfüllenden Fürsorgeträtern der einzelnen Stadtteile sich nicht vermeiden ließen.

Das Beistands-Bureau und das Bureau für Arbeitsvermittlung: Das erstere unterhält eine ständige Kontrolle über die erteilten Beihilfen und erteilt Beihilfen-Ausweise für den Suppenempfang und für die Nahrungsmittelverteilung. Das Arbeitsvermittlungsbureau hat 210 Personen auf Arbeit geschickt, die 11409 Tage gearbeitet und von den Unternehmern für die Arbeit 22439,41 Rubel ausgezahlt erhalten haben. Diese Arbeiter verproviantierte aus einer Feldküche ein von dem Fürsorgetrat in Pruszkow auf ein Jahr bezahlter Unternehmer. Die Speiseausgabe I: In der Zeit vom 1. Februar 1916 bis zum 31. Juli 1916 wurden 197,944 Portionen Suppe ausgegeben, die 25154,52 Rubel kosteten. Es wurden eine Wirtschaftlerin, eine Gehilfin und 4 Bedienstete beschäftigt. Die Speiseausgabe II: In der Zeit vom 1. Februar 1916 bis zum 31. Juli

1916 wurden 108162 Suppen ausgegeben, welche 16470,06 Rubel kosteten.

Im obigen Zeitabschnitt haben beide Speisehallen 306106 Portionen ausgegeben. In den Monaten Juni und Juli mußten die Speisehallen aus Mangel an Kartoffeln die Suppen aus Erbsen und Grütze herstellen, was den Preis der Suppe um ungefähr 800% erhöhte; infolgedessen war der Durchschnittspreis der Suppen in diesem Zeitabschnitt ziemlich hoch, während sie 10 Kopfen für die Portion nicht hätte übersteigen dürfen.

Die Nahrungsmittelverteilung: Für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Juli 1916 wurden für 1237 Familien, die 4948 Personen umfaßten, 29445 Monatsportionen ausgegeben, was 88335 Tagesportionen bedeutet, die 3181,66 Rubel kosteten. Der Durchschnittspreis der Monatsportion beträgt 1,18 Rubel. Das Mhl hatte in der Zeit vom 1. Februar 1916 bis 31. Juli 1916 17432 Pflagetage, die 997877 Rubeln kosteten — der Durchschnittstagespreis betrug 57 Kopfen. Bei unserer Anwesenheit im Mhl am 28. August hielten sich dort 43 Knaben, 68 Mädchen, 5 alte Männer, 11 alte Frauen, — zusammen 127 Personen auf. Die Kleidung und Schuhwerkverteilungsstelle erhielt in derselben Zeit 3800 Stück Kleidung und ein Stück Wäsche.

Es wurden für die Kinder in Pruszkow in den verschiedenen Stadtteilen sogenannte Mehlsuppenhallen errichtet — zusammen 8. In diesen Suppenhallen erhielten die Kinder 11104, 18228, 5775, 3493, 1094, 2914 — zusammen 42508 Portionen Suppe, die je 2 Kopfen (4 Pi.) kosteten. In der Badeanstalt erhalten zweimal monatlich unentgeltlich ein Freibad die Kinder von 21 Schulen, 12 Kinderheimen, 2 Heimen, das Mhl und die niedere Dienerschaft des Fürsorgetrats. In der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1916 wurden 17359 Bäder in der Badeanstalt und 1145 Wannenbäder ausgegeben, oder zusammen 18504, welche insgesamt 2058,88 Rubel kosteten, somit 11 Kopfen für das Bad. Die Kommission der Registrierungsstelle der Kriegsschäden im Handel, Handwerk und an den Grundstücken ist seit dem 15. d. J. tätig und hat eine sehr bedeutende Aufgabe vor sich, nämlich die Registrierung von ungefähr 1000000 Rubel Schäden. Die städtische Kommission für die Registrierung von Schäden im Gewerbe hatte die Schäden im örtlichen Gewerbe gleichfalls auf 1000000 Rubel ermittelt.

Abgesehen von zahlreichen weniger Beachtung verdienenden Abteilungen erwähnen wir nur noch als eine wichtige Abteilung die Bäckereien. Der Fürsorgetrat in Pruszkow hat mit dem 1. Mai d. J. eine eigene Bäckerei in Betrieb gesetzt, und zwar um die örtlichen Bäckereien in Zügel zu halten, welche ungenießbare Backwaren buken und die Bevölkerung ausbeuteten. Gegenwärtig ist diese Erscheinung verschwunden. Die Bäckerei des Rats hat ihre Produktion auf 43 Zentner täglich gebracht. Diese Bäckerei mußte nach der Normierung des Mehllungers dem Rat ungefähr 1000 Rubel monatlich Reinertrag bringen. In der Bäckerei sind 4 bezahlte Leute beschäftigt.

Wir kommen zu der Erziehungsabteilung. Sie umfaßt an 4 Stellen der Stadt 21 Volksschulen, die von 1200 Kindern besucht werden. Die Unterhaltung dieser Schulen kostet jährlich 300000 Rubel. Zur Deckung dieser Summe werden die Gewinne aus den geführten Unternehmungen verwendet. Weiter gibt es zwei Kurse für ältere Personen, die nicht lesen können. Im Laufe der zwei Ferienmonate wurden solche Kurse organisiert, die von 149 Personen besucht wurden. Ferner gibt es: 12 Kinderheime, in denen 880 Kinder eingetragen sind; 2 Heime, 1 für Mädchen, das von Mädchen besucht wird, die dort Hauswirtschaft lernen

und 1 für Knaben, in dem 50 Knaben eingetragen sind, die dort Schneiderei und Mützenmacherei lernen.

In Pruszkow gibt es auch eine Lesehalle, die von 6400 Lesern benutzt wurde; diese haben in der Zeit vom 1. Februar bis 31. Juli 1916 7409 Bände gelesen.

Die dritte, die hygienisch-ärztliche Abteilung hat ein Ambulatorium, in welchem in der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1916 1533 älteren Personen ärztlicher Rat erteilt wurde, im Hause 243 mal. Schließlich ist noch ein Spital mit 50 Betten vorhanden. Außerdem gibt es noch ein Ambulatorium für kranke Kinder. In der Zeit vom 1. April bis zum 31. Juli 1916 wurden hier 1833 Ratsschläge erteilt, dabei nutzten 5 Kinder durch 50 Tage die Hilfe des Spitals aus. Es gibt noch eine Station für Kinder; sie erteilte 1207, die zahnärztliche Station 211, die Schwindjuchtsstation 140 Ratsschläge, in der Entbindungsstation und dem Asyl für Mütter waren 9 Mütter und 12 Kinder durch 417 Tage. In der Krippe waren 71 Kinder 1206 Tage, die Anstalt „ein Tropfen Milch“ gab 25838 Portionen Milch aus. Hier muß den Lesern eine nähere Erklärung geboten werden. Was bedeutet das „ein Tropfen Milch“, wovon man so oft in den Berichten über die Not im Königreiche liest? Der Ausdruck „ein Tropfen Milch“ bezeichnet ein Heim, aus dem die Mütter für ihre noch nicht zwei Jahre alten Kinder ärztlich untersuchte Milch bekommen. Alle 2 Wochen unterliegen die Kinder der ärztlichen Untersuchung; sie werden gewogen und nach dem Gewicht wird ihnen die Milch überwiesen, ungefähr 250 Gramm auf ein Kind. Für Säuglinge wird nach ärztlichem Rat entsprechend dem Alter und der Gesundheit des Kindes die Milch mit Grünschlamm vermischt. „Gesundheitsmilch“ erhalten auch solche Kinder, welche schwindjuchtsverdächtig sind, und zwar bis zum 14 Lebensjahre. Gegenwärtig wird in Pruszkow das Institut „ein Tropfen Milch“ von 270 Kindern benutzt. Diese Einrichtung betrachten wir als eine sehr große Wohltat für die Bevölkerung. Nötig wäre sie in jeder Großstadt.

In Pruszkow haben wir auch eine freiwillige Feuerwehr, einen Verein christlicher Frauen unter dem Namen St. Vinzenzverein, einen Verein christlicher Arbeiter, einen Schulverein, einen Schulrat und einen Wohltätigkeitsverein angetroffen. Zusammen sind es ungefähr 80 Institute, in deren Vorständen ungefähr 179 Personen unentgeltlich arbeiten; in bezahlten Stellungen einschließlich Bedienung sind 130 Personen beschäftigt, deren Entschädigung jedoch sehr gering ist.

Indem wir das alles zusammenfassen, was wir über den Ortsrat in Pruszkow gesagt haben, können wir uns dem Eindruck nicht verschließen, daß die von ihm übernommene Arbeit riesig ist und nicht geringe Opfer an persönlicher Arbeit und Geld erfordert. Sollte man mit Rücksicht auf die geringen Mittel das Arbeitsgebiet nicht verringern? Wir zweifeln, daß jemand den Mut besitzen wird, auf diese Frage hin die Verkümmern des Arbeitsgebietes zu empfehlen. Namentlich in einer solchen Fabrikortschaft wäre dies mit Rücksicht auf den Mangel an Beschäftigung und auf die Schwierigkeit, für Fabrikarbeiter entsprechende Arbeit ausfindig zu machen, nicht günstig. Der Ortsrat tut schon so wie so durch sein „Arbeitsvermittlungsbureau“ was er kann. Es handelt sich hier nicht nur um Pruszkow, sondern um alle Ortsräte des Kreises Warschau. In Pruszkow hat der Fabrikbesitzer Josef Troeger, welcher nicht nur Vorsitzender des Pruszkower Fürsorgetrats, sondern auch des Warschauer Kreisrats ist, dessen Bureau sich in Warschau, Jasnastr. 1, befindet, die Anstalten seiner heute untätigen Eisenfabrik uneigennützig dem Ortsrat zur Verfügung gestellt.

Da wir von den geringen Mitteln sprechen, müßte man einer solchen prächtigen Organisation, wie

sie z. B. der Kreis Warschau darstellt, eine aus außerhalb des Rats stehenden Personen bestehende Kommission zugesellen, welche über die Sammlung von Mitteln im Kreise selbst ratschlagen müßte, um den Hauptfürsorgetrat zu entlasten. Es würde sich überhaupt bestimmt empfehlen, daß in jedem Kreise eine solche Kommission geschaffen würde.

Noch einige interessante Aufzeichnungen, die darauf hindeuten, daß die Not in den Arbeiterkreisen nicht zurückgeht, sondern sich mit jedem Monat steigert.

Hier ein Bild der sich mehrenden Bedürfnisse: Im Februar d. J. wurden 29433 Portionen Suppe ausgegeben, im März 44936, im April 49877, im Mai schon 119052 und im Juni, in der Zeit vor der Ernte sogar 151267. Nahrungsmittel: im Februar d. J. für 591 Rubel, im März 1750 Rubel, im April 1481 Rubel, im Mai 2482 Rubel, im Juni 3712 Rubel. In den Kinderheimen waren im Februar 26 Knaben, 43 Mädchen, im März 26 Knaben, 44 Mädchen, im April 30 Knaben, 45 Mädchen, im Mai 34 Knaben, 49 Mädchen, im Juni 34 Knaben und 49 Mädchen. In dem Institut „ein Tropfen Milch“ wurden im März 242 und im Juni 11950 Portionen Milch ausgegeben. In den Heimen war folgender Betrieb: im Februar 57, im März 157, im April 175, im Mai 176, im Juni 161 Kinder. In den Kinderbewahranstalten waren im Februar 1518 Kinder, im März 2626, im April 3586, im Mai 4588 und im Juni 5404 Kinder.

Aus obigem Bilde kann man klar sehen, daß sowohl die zu ernährende Armut als auch die Zahl der in Obhut zu nehmenden Kinder unablässig wächst, und daß sich dadurch die Kosten vermehren. Wenn man dann die Kleinen in den Heimen sauber und nicht schlecht gekleidet sieht, so freut sich das menschliche Herz darüber und es drückt den Gedanken nieder, daß man diese unsere Zukunft der Not zur Beute fallen lassen sollte. Daher klingt immer die Losung in den Ohren: „Rettet die Kinder“. Man kann nach der Einschränkung der Beihilfen für ältere Personen streben, aber man darf vor keinem Opfer für die Kinder zurückschrecken.

Wenn man den Kassenbericht des Warschauer Kreisfürsorgetrats für die letzten fünf Monate durchsieht, so findet man nur Beihilfen vom Hauptfürsorgetrat und von der Abteilung zur Fürsorge für die Kinder und die Jugend. Sogenannte Privatspenden gab es sehr wenig. Und trotzdem waren im Laufe dieser fünf Monate 153108 Rubel Ausgaben. Daraus ersehen wir, daß, wenn der Hauptfürsorgetrat keinen bedeutenden ständigen Zufluß haben wird, die ganze Arbeit vor der Zeit wird eingestellt werden müssen. — Uns über dieses Thema noch weiter auszulassen, erachten wir für unnötig. Und dies ist nur ein Bericht über die Tätigkeit des Kreises Warschau.

Wie stellt sich die Sache der Kinder in dem ganzen Arbeitsgebiet, in dem von den deutschen Heeren besetzten Königreich dar? Dies wird, wenn auch nur die Zusammenstellung der am 3. Juli 1916 bestehenden Kinderheime zeigen. Der Kreis Blonie besitzt 80 Kinderheime, der Kreis Czenstochau 10, Gawolin 5, Gostynin 36, Kolo 1, Kutno 7, Lipno 15, Lomza 9, Lomocz 35, Lukow 32, Makowsk 6, Mlawka 27, Minsk-Masowien 49, Ostrolenka 48, Ostrow 17, Plock 12, Plonsk 25, Praszyn 52, Pultusk 21, Rypin 1, Rawa 13, Siedlec 4, Sieradz 3, Skierniewice 28, Sochaczew 13, Sokolow 12, Szczuczyn 10, Warszawa 164, Wegrow 20, Ober-Masowien 4, Ober-Kalwarja 17, Grojec 70, Kobryn 24, Lodz 204, Suwalki 4, Stadt Bialystok 7, Stadt Czenstochau 12. Kinder waren in diesen Heimen 60483. Die Zahlen sprechen für sich selbst.

Zum Schluß noch ein Wörtchen über die Entwicklung der Großhandlungen, zu deren Eröffnung

das Posener Komitee dem Hauptfürsorgerat eine Summe von 600 000 Mark geliehen hat. Natürlich sprechen wir hier nur von dem Handel im Kreise Warschau, dessen Arbeit wir feststellten.

Nach der Auflösung des Bürgerkomitees, welches eine eigene Großhandlung besaß und die Bewohner des Kreises mit Nahrungsmitteln versah, hat der Handel in der Provinz sehr gelitten, die Spekulation hat einen künstlichen Mangel an Artikeln für den täglichen Gebrauch hervorgerufen, und die Preise sind um das Mehrfache gestiegen.

Die gewonnene Erfahrung des Bürgerkomitees hat gezeigt, daß die bürgerlichen Organisationen den Handel nicht auf eigene Rechnung treiben, hingegen zur Entstehung und Entwicklung von Handelsplätzen unter ihrer Kontrolle Beistand leisten sollten.

In diesem Sinne wurde im Kreise Warschau eine Kommanditgesellschaft unter dem Namen „Polnisches Lagerhaus des Kreises Warschau“ Stefan Nowicki u. Comp. organisiert. Firmenteilhaber sind: der Rechtskandidat Czeslaus Gorzelski, Fabrikdirektor Wenzel Grotowski, Ingenieur Stefan Nowicki.

Zu dem Kreise der Begründer gehören: Adam Graf Ronikier, Anton Marylski-Luczewski, Josef Troeger, Bernhard Bobinski, Notar Eduard Rybicki, die Firmenteilhaber Gorzelski, Grotowski, Nowicki und viele andere Leute, welche die Garantie bieten, daß sich aus dem Lagerhaus kein Spekulationsgeschäft bilden wird, womit sich auch die niedrige Höhe des Genossenschaftskapitals erklärt, das 2500 Rubel beträgt.

Das Lagerhaus begann seine Tätigkeit nur mit den Eingängen aus den Hundert-Rubel-Anleihen, wobei es von den Landwirten ein Darlehn von 60 000 Rubel zu 7% erhielt; später erhielt es von dem Hauptfürsorgerat ein unverzinsliches Darlehn in Höhe von 40 000 M. aus den Summen des Posener Komitees. Das Vermögen des Geschäfts beträgt ungefähr 100 000 Rubel, hauptsächlich in Artikeln des täglichen Gebrauchs wie: Salz, Grütze, Zucker, Seife, Lichter, Kaffee, Tee, Bichorien usw.

In den letzten Zeiten hat das Lagerhaus infolge der hohen Kartoffelpreise einige Tausend Scheffel Kartoffeln bezogen und außer dem Verkauf in Warschau eine größere Menge in diejenigen Gemeinden abgeführt, wo die Kartoffelpreise sehr hohe waren. Dort wurden sie durch Vermittlung der Ortsräte von Kooperativgesellschaften und Geschäften zu bedeutend billigeren Preisen als die Ortspreise verkauft. Die Bemühungen des Lagerhauses, mit den Produzenten des Warschauer Kreises in unmittelbare Fühlung zu kommen, begannen sehr erfreuliche Früchte zu zeitigen, und manche Landbesitzer liefern dem Lagerhaus zum Verkauf Milch, Kartoffeln, Kraut, Zwiebeln usw. Der Verdienst des Lagerhauses wird auf folgende Weise verteilt: 8% erhalten die Gesellschafter von ihren Guthaben, der Rest wird dem Fürsorgerat des Kreises Warschau überwiesen.

Die Genossenschaftsgeschäfte, die Kooperativgesellschaften und sogar die Privatgeschäfte versehen sich mit Artikeln aus dem Lagerhaus und verkaufen sie zu den durch den Ortsfürsorgerat festgesetzten Preisen.

Der Ortsfürsorgerat in Pruszkow organisierte ein spezielles Lagerhaus für Pruszkow, dessen Gewinn für die Unterhaltung der örtlichen Schulen bestimmt wurde, die 1200 Kinder in ihrer Obhut haben, dem Beispiel Pruszkow folgen schon andere Ortsfürsorgeräte.

Die Kontrolle über die Tätigkeit des Lagerhauses, über die Preise usw. ruht vollständig in den Händen des Warschauer Kreisfürsorgerats, der eine spezielle Revisionskommission delegierte.

Von Zeit zu Zeit erhält das Lagerhaus von den Besatzungsbehörden auch Monopolarartikel wie: Grütze,

Zucker, Mehl, jedoch in beschränkten Mengen, und die Bedürfnisse sind riesig, wenn auch nur für die Speisehallen, Asyle und Heime der Fürsorgeräte im Kreise.

Das sind also ziemlich genaue Nachrichten über die unseren Brüdern im Königreiche gewährte Fürsorge. Wir meinen, daß die Beitragspender, deren bereitwilligen Herzen diese unsere ganze Arbeit zum größten Teile ihr Bestehen verdankt, ihre Ausdauer nicht verlieren werden, und daß jeder, der irgend wie kann, nach Kräften von Zeit zu Zeit sein Scherflein opfern wird, umso mehr, als wir das Schreckgespenst des Winters vor uns sehen, welches nicht gestattet, daß diejenigen die Arbeit einstellen, die ihr nahe stehen, das sind die Ortsräte und namentlich ihr Beschützer, der Hauptfürsorgerat in Warschau, dessen Repräsentant in Posen das Erzbischöfliche Komitee zur Beistandsleistung (Posen, Theaterstr. 2) ist.

Kasimir Brownsford.

Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 482 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 2. Oktober 1916.

Die Beratungen des polnischen Klubs.

Heut beginnen in Kraukau die Beratungen der Kommission des polnischen Klubs, der morgen seine erste Vollversammlung abhalten wird. Unsere Volksgesamtheit wird mit Interesse die Berichte über ihren Verlauf erwarten, denn auf dem näheren und weiteren Horizont tauchen wichtige Angelegenheiten auf.

Zu den ersten muß man die wirtschaftlichen Fragen rechnen, die mit dem Verlauf des Krieges und mit der Vernichtung unseres Landes verknüpft sind, welches als Brückenkopfstellung der Monarchie so viel gelitten hat. Den daraus entspringenden klaren Forderungen gibt unsere öffentliche Meinung täglich Ausdruck, indem sie hervorhebt, wie berechtigt die ersten seien und wie die zweiten absolut erfüllt werden müßten. Wir hegen die Hoffnung, daß die Beratungen des polnischen Klubs auch in dieser Richtung ein starker entschiedener Ausdruck der allgemeinen Meinung sein werden —, daß die Vertreterschaft mit größerem Nachdruck wie bisher das zu betonen beschließen wird, was dem Lande gebührt, und daß sie ihre Beschlüsse wird durchzuführen verstehen.

Ein Merkmal der politischen Lage, in welcher sich der polnische Klub versammelt, ist nicht nur das Bedürfnis, sondern geradezu die Notwendigkeit einer Aufklärung. Die letzten in Form von Beschlüssen veröffentlichten Enthüllungen aus der politischen Kommission des polnischen Klubs erweckten in der Volksgesamtheit Erstaunen, das sogar mit Unruhe vermischt war. Konnte doch nicht beruhigend die Nachricht einwirken, daß der polnische Klub authentischer Informationen über den Stand der polnischen Frage beraubt sei und daß erst zum Königreich Polen in Beziehungen zu treten beabsichtige. Das eine und das andere war eine Überraschung, welche starken Eindruck machen mußte. Und zwar nicht nur in Galizien. Hinter den russischen Grenzpfählen mußte man über dieses Thema ebenfalls Kommentare spinnen, aber ihr Inhalt war wohl für den geistigen Zusammenschluß zwischen dem Königreich Polen und Galizien wenig nützlich. Wie immer wir die positiven Daten beurteilen würden, die man augenblicklich bei der Beurteilung der polnischen Lage — wenigstens hinsichtlich der nächsten Zukunft — anwenden kann, so ist die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem Königreich Polen zu augenscheinlich, um sie beweisen zu müssen. Es handelt sich nicht um einen Druck oder ein Stoßen nach dieser oder jener Seite, es handelt sich nicht um die Aufnötigung

einer politischen Taktik, sondern um einen Austausch der gegenseitigen Informationen und auch um ein warmes, herzliches Geßüßverhältnis, welches man — das muß mit Bedauern bekannt werden — in den letzten Zeiten nicht immer finden konnte.

Manche politische Auftritte von Gruppen und Grüppchen des Königreichs Polen atmeten sozusagen eine Teilgebietsausschließlichkeit — den Ausdruck Egoismus wollen wir nicht gebrauchen — so, als ob sich der Gedanke hinsichtlich Galiziens nicht über jedes Beginnen auf jener Seite der früheren Grenzpfähle erhöhe. Darin mag der Niederschlag der Abneigung enthalten sein, welche im Königreich Polen die mahnenden Versehen mancher unserer politischen Kreise und Strömungen hervorriefen, Versehen, welche — wir geben es zu — ein gewisses Mißtrauen hinterlassen konnten. Um so stärker liegt uns die Pflicht ob, daß diese Ungeschicklichkeiten wieder gutgemacht würden und daß schon die allernächste Zukunft mit dem Königreich Polen ein dauerndes Verhältnis geistiger Einheit anknüpfen ließe, ein Verhältnis, das fähig wäre, die Belastungsproben auszuhalten, denen es verschiedene Gerüchte, ihnen entspringende pessimistische Vermutungen und sogar vorzeitige Resignationen aussetzen.

Dazu bedarf es in der Tat jener „authentischen Informationen“, deren Mangel im polnischen Klub unsere Volksgesamtheit in solche Verwunderung gesetzt hat. Denn es ist klar, daß man, wenn man mit dem Königreich Polen politische Beziehungen anknüpfen will, vor dasselbe mit konkreten realen Nachrichten über die Lage treten muß. Wenn aber jemand gezweifelt hat, ob solche Informationen erlangt und dem Königreich Polen vorgelegt werden können, so läßt sich auch dann antworten, daß eine negative Feststellung dieser Sachlage ebenfalls eine Information ist: sogar eine sehr wertvolle. Eine umso wertvollere, als in der Atmosphäre fortwährend Hypothesen und Gerüchte schweben, welche die Allgemeinheit in eine verständliche Nervosität versetzen. Daß wir aber heute gesunder und starker Nerven mehr bedürfen als jemals, darüber können die Ansichten nicht geteilt sein. Wer also den Klatschgeschichten den Boden wegnimmt, der wirkt nützlich, denn er macht die Allgemeinheit zur Ruhe geneigt und bestärkt sie in der nüchternen Beurteilung der Sachlage.

Alles scheint darauf hinzudeuten, daß dieses Mal der polnische Klub vor keinem Fragezeichen stehen wird. Die gestrige Sitzung wurde durch eine Konferenz des Dr. Bilinski mit dem Minister der äußeren Angelegenheiten, sowie durch einen Empfang bei dem Kaiser eingeleitet. Man darf daher im polnischen Klub Erörterungen erwarten, die sich auf irgend eine realere Grundlage, als auf Vermutungen und Mutmaßungen stützen werden. Wir meinen, daß diese Verhandlungen zur breitesten öffentlichen Kenntnis gelangen sollten — soweit es die heutigen Verhältnisse gestatten werden —, denn auch die inneren Verhältnisse unserer politischen Vertreterschaft sollten der Volksgesamtheit erklärt werden.

In letzter Zeit ist von ihnen nach außen der Eindruck gleichsam eines Zwiespalts, eines Unterschieds sogar in grundlegenden Anschauungen geblieben. Es genügt z. B. an den Angriff des „Gaz“ auf die „Konspiration“ und ihr System des politischen Denkens zu erinnern, einen Angriff, der ganz unerwartet die Leser dieses Blattes direkt in die Mitte der üblichen konservativen Formel versetzt und eine heftige Erwiderung des „Naprzód“ hervorgerufen hat, so als ob die zweijährige Waffenbrüderschaft mit einem Zusammentreffen auf ebenem Boden enden sollte. Der Anblick war unerwartet und mußte die Vermutung hervorrufen, daß sich irgend etwas grundsätzlich trübt und ins Wanken gerät. Solcher Spuren gab es mehr,

und es wäre erwünscht, daß sie aufgeklärt würden. Wir werden nicht hervorheben, daß die Einheitlichkeit unserer Vertretung hinsichtlich der grundsätzlichen Anschauungen und hinsichtlich der taktischen Methoden die erste Bedingung jeglichen Beginns ist. Wir glauben nämlich nicht, daß man unter so unerhört verwickelten Situationen irgend jemanden an das ABC des politischen Denkens erinnern sollte. Dies wäre wirklich zu traurig. Die öffentliche Meinung muß dagegen das Vertrauen haben, daß die Vertreter Galiziens untereinander zu einer Verständigung gelangen und eine gemeinsame Linie finden werden, die sich — nach vielen Anzeichen zu urteilen — vorübergehend verwischt hat. Heben wir die Hoffnung, daß dies nur vorübergehend geschehen ist, denn man muß bedenken, daß sich jede Wankelmütigkeit in der Volksgesamtheit unseres Landes in der moralischen Atmosphäre sowohl bei uns, als auch jenseits der früheren Grenzpfähle widerspiegelt, daß sie diesem Band zwischen Galizien und dem Königreich Polen schaden, dem Band, welches jetzt alle nationalen Instinkte möglichst festknüpfen heißen.

Aus Nr. 501 der Nowa Reforma (Krafa)
vom 5. Oktober 1916.

Die Beratungen des polnischen Klubs.

Krafa, den 5. Oktober.

Die gestrigen Beratungen des polnischen Klubs nahmen mit einer kurzen Mittagspause den ganzen Tag ein. Bei den programmatischen Erklärungen ergriffen das Wort: im Namen der Volksparteiler der Abgeordnete Witos, im Namen der konservativen Gruppe Prof. Dr. W. L. Jaworski. Beide Redner meldeten einschlägige Entschlüsse an. Die Nachmittagsberatungen wurden ausgefüllt durch Ansprachen einer Reihe von Rednern, die verschiedene Zusatzanträge anmeldeten, so daß sich am Ende der Sitzung auf dem Tisch des Vorsitzenden zusammen 7 Anträge befanden, welche den politischen Standpunkt des polnischen Klubs im gegenwärtigen Stadium der polnischen Frage betrafen.

Schon aus der Zahl dieser Anträge kann man eine bedeutende Verschiedenheit der von den einzelnen politischen Gruppen des polnischen Klubs ausgesprochenen Meinungen erkennen. Es ist jedoch festzustellen, daß diese Verschiedenheit nur die Taktik des Klubs sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber dem Obmann des Klubs betraf, sie betraf jedoch nicht die meritorische Seite der besprochenen politischen Fragen. Was die Grundsätze und das Wesen der augenblicklich wichtigsten nationalen Forderungen anbelangt, herrschte im Klub von Anfang an die vollkommene Harmonie. Sie fand auch in der Tatsache Ausdruck, daß es nach mehrstündigen Beratungen der Vorsitzenden der Gruppen — diese Beratungen fanden parallel der Vollversammlung statt — gelang, die Mehrheit der angemeldeten Anträge in eine Kompromißentschließung zusammenzufassen, die der polnische Klub einstimmig annahm.

Trotz der so sorgfältigen Vorbereitung der Abstimmungen ist doch eine parlamentarische Überraschung eingetreten, die am besten von der Stimmung des polnischen Klubs und von dem in ihm herrschenden Willen zur Verteidigung unserer wichtigsten nationalen Angelegenheiten unter allen Verhältnissen zeugt. Der polnische Klub nahm mit 28 Stimmen der Demokraten, Volksparteiler und Sozialdemokraten gegen 16 Stimmen der anderen Gruppen einen Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten aus Przemyśl, des gegenwärtigen Legionenoffiziers Dr. Liebermann, an, der das in der polnischen Frage vom Minister des Äußeren, Baron Burian, angewandte System betraf.

Eine zweite sehr wichtige Angelegenheit, in welcher sich der Klub diesmal sogar schon ohne eine Erörterung aussprach, war die einstimmige Annahme eines erneuten Beschlusses, der die sofortige Einberufung des Parlaments und der Delegationen verlangt. Diese Beschlüsse wird der Obmann einer Versammlung der Mitglieder des Herrenhauses vorlegen, die heute in Wien in derselben Angelegenheit tagen wird.

Die zweitägige Erörterung hatte also ein Ergebnis, das als positiv bezeichnet zu werden verdient. Der polnische Klub sprach sich durch den Mund sehr zahlreicher Redner, schließlich durch die angenommenen Entschlüsse in den wichtigsten nationalen Fragen klar und unzweideutig aus, indem er noch einmal feststellte, daß er von den Hauptgrundsätzen, auf die sich die polnische Politik in diesem Staate seit Kriegsbeginn stützt, unter keiner Bedingung abweichen wird.

Als positive Tatsache kann man auch das ansehen, daß die Gefahr einer Präsidialkrisis, die im ersten Augenblick nach Anhören des vorgestrigen Exposés des Obmanns sehr ernst schien, beseitigt wurde. Auf diese Weise blieb unserer Vertreterschaft die Unannehmlichkeit erspart, eine neue Leitung zu suchen, andererseits erhielt die bisherige Leitung hinsichtlich ihres zukünftigen Verhaltens so klare und bestimmte Direktiven, daß bei dem zweifellos besten Glauben und Willen des Obmanns Dr. Bilinski Mißverständnisse zwischen dem Klub und seinem Präsidium in den wichtigsten politischen Fragen in Zukunft ausgeschlossen sein werden.

Aus Nr. 466 des Czas (Kraſau)
vom 15. September 1916.

Konspiratorische Überbleibsel.

Die Konspiration ist eine Erscheinung, die sich auf durch Knechtschaft und Bedrückung vorbereitetem Boden entwickelt. Und wie sie selbst das Ergebnis pathologischer Lebensverhältnisse ist, so ruft sie umgekehrt auch verderbliche Erscheinungen hervor. Weniger wichtig ist, daß die Konspiration eine geheime und unverantwortliche Arbeit ist, und bekanntlich führt eine ohne Verantwortungsgefühl geführte Arbeit leicht auf Abwege. Wichtiger ist, daß ein Umsichgreifen der konspiratorischen Praktiken in der Volksgesamtheit einen Schwund des politischen Sinns bewirkt.

Wie ist nämlich das Verhältnis der Konspiration zur politischen Arbeit? Die Konspiration taucht überall auf, wo das Streben nach gewissen Zielen von der herrschenden Staatsgewalt als etwas Verbotenes und Strafbares angesehen wird. Sie trachtet danach, auf Bedrückung — mit Gewalt, auf Übermacht — mit List, auf Grausamkeit — mit Anfachung des Fanatismus zu antworten. Sie kämpft mit dem herrschenden System, ruft gegen dieses bisweilen wirksamen Widerstand wach, und obgleich sie selbst nicht bauen kann, stört sie wenigstens das System in seiner Entwicklung. Aber der bloße Zweck des Widerstandes und der Störung drückt jeder Konspiration politischen Charakters den Stempel der Negation auf.

Zwischen der Konspiration und dem positiven Handeln besteht schon aus diesem Grunde ein grundsätzlicher Unterschied. Politisches Handeln beruht auf der allmählichen Erreichung endgültiger Ziele durch Erlangung mittelbarer Punkte, welche den jetzigen Zeitpunkt von dem Ziel des Weges trennen. Die Konspiration kennt nur ein Hauptziel, dem zu nähern sie jedoch keine Möglichkeit hat. Indem sie für dieses Ziel Verehrung bewahrt, muß sie alles herabsetzen, was an dieses Ziel nicht heranreicht, muß sie die mittelbaren Stufen verächtlich behandeln. Zur Konspiration sind auch in erster Linie unerfahrene und unbesonnene Elemente geneigt, die bereit sind zu glauben, daß man mit einer einzigen Kraftanstrengung

ans Ziel gelangen könne, — alles andere aber Verrat und ein Aufgeben des Ideals sei.

Dieser Eigenart des konspiratorischen Lebens entspricht es, daß sie manche Wirkung der Bedrückung verhindern kann, — jedoch zu schöpferischen Ergebnissen nicht führt. Aufbauen kann man nur durch offene, verantwortliche, Schritt für Schritt vorwärtsschreitende Arbeit. Mit einem Sprung erreicht nicht einmal ein Rennpferd das Ziel. Und obgleich der Krieg mit seinen gewaltsamen Ereignissen in mancher Beziehung die Entwicklung der Ereignisse zweifellos beschleunigen kann, so muß doch auch während des Krieges die positive politische Arbeit durch allmähliche Eroberung des Geländes gekennzeichnet sein. Sogar während des Krieges wäre die Geringschätzung der mittelbaren Stufen eine negative Arbeit. Völker aber, die sich tatsächlich entwickeln wollen, müssen die negativen Methoden aufgeben, sobald sich ihnen nur dazu Gelegenheit bietet.

Ein großer Teil unseres Volkes bildete dadurch, daß er Jahrzehnte lang dem grausamen und barbarischen russischen System unterworfen war, ein ideales Gelände zur Entwicklung der konspiratorischen Arbeit. Während wir in unserem Teilgebiet seit einem halben Jahrhundert die letzten Überbleibsel der Konspiration, und zwar sogar innerhalb unserer extremsten Parteien überwunden haben, entwickelte sich das konspiratorische Leben im russischen Teilgebiet üppig. Wenn aber dort die Konspiration bisweilen einer der Faktoren der nationalen Sache war, so war sie es nur in dem ihr eigenen, im Vorstehenden charakterisierten engen Rahmen. Erst gegenwärtig können wir auch dort die konspiratorischen Methoden überwinden und uns unter der Losung der Offenheit und Verantwortlichkeit für unsere Handlungen politisch organisieren. Dies zwingt zu einer Änderung vieler bisherigen Gewohnheiten und Methoden des Handelns.

Es ist natürlich, daß sich eine solche Umwälzung im politischen Denken und Handeln, wie sie die gegenwärtige Zeit verlangt, weder rasch noch leicht vollziehen kann, zumal bei den extremen Parteien im Königreich Polen, die bisher gewöhnt waren, nur zu konspirieren. Diesen Schwierigkeiten ist sicherlich auch die ganze Reihe verderblicher Erscheinungen zuzuschreiben, welche das gegenwärtige Erwachen des politischen Lebens im Königreich Polen begleiten.

Wenn man den Kampf der Meinungen und Bestrebungen verfolgt, wie er dort in immer zahlreicheren Zeitschriften, Flugblättern, Entschlüssen in die Erscheinung tritt, so fällt vor allem die Geringschätzung der realen Verhältnisse auf, in denen sich das Königreich Polen befindet. Die Programme und Forderungen werden nicht nach dem aufgestellt, was man vorläufig erlangen kann, sondern nach maximalen Idealen, wobei man predigt, daß jede andere Stellung der Frage Verrat sei. Zu häufig hört man die Ansicht, daß die bloße Aufstellung solcher Forderungen die Gegenseite zwingen wird, sie zu verwirklichen; mit einem Wort, man baut die Programme auf Illusionen und begründet sie mit Fiktionen. Die realen Verhältnisse, die tatsächlichen Kräfte der Nation kann die konspiratorische Arbeit geringschätzen, denn sie strebt nicht nach einem positiven Bau und ist nur bemüht, in den Gemütern des Volks die Reinheit des Endziels zu erhalten. Aber im politischen Handeln darf man sich nicht auf die Illusion stützen, daß das Wort die Tat bedeute und daß die Aufstellung einer endgültigen Losung die beste Vorbereitung auf ihre Verwirklichung sei. Es ist sehr wohl, daß in nicht ferner Zeit der geeignete Augenblick kommen wird, manche Errungenschaft zu erlangen, die für das Leben der Nation von entscheidender und grundsätzlicher Bedeutung sein kann, jedenfalls aber muß man sich darauf vorbereiten, daß dies nicht eine Erfüllung aller dem

nationalen Herzen teuersten Wünsche sein wird. Um alles zu erlangen, haben wir nicht die realen Kräfte, und der Volksgesamtheit die Überzeugung einzulösen, daß die entscheidenden Faktoren vor der unzweideutig gemachten Drohung verzweifelter Aufruhre erschrecken werden, halten wir für schädlich. Darauf seine politische Berechnung zu stützen, ist ein Bauen auf Illusionen, ist ein Drängen — wenigstens mancher Kreise — dazu, in einer Fiktion zu leben und vor der Wirklichkeit die Augen zu verschließen. Die Politik verträgt aber kein Operieren mit Fiktionen.

Zu dem Nachlaß der konspiratorischen Methode gehört auch das erprobte Mittel, das endgültige und und blendende Ziel den von den positiv arbeitenden Elementen errungenen Rechten und Zugeständnissen gegenüberzustellen. Jedes von ihnen stellt sich als geringfügige und unzureichende Sache dar im Verhältnisse zu dem, was erreicht werden muß — was aber im gegebenen Augenblick nicht erreicht werden kann. „Es kann sein, daß größere Zugeständnisse gefordert wurden — (lesen wir in einem politischen Blatte als gegen eine der am intensivsten arbeitenden polnischen Organisationen gerichteten Vorwürfe) — es kann also sein, daß größere Zugeständnisse gefordert wurden, aber man begnügte sich mit kleinen Zugeständnissen.“ „Der einen geringen Lohn Empfangende verzichtet gewissermaßen auf einen größeren.“ Diese Sätze zeugen zu trafe von elementarer Unkenntnis des politischen Handelns, als daß man sie hier nicht anführen sollte. Sie enthalten nämlich nicht nur das Dilemma „alles oder nichts“, das verderblichste Dilemma in der Politik, wie wir es wohl schon wiederholt erfahren haben, sondern sie bringen zugleich auch eine Verurteilung für die positiv arbeitenden Leute, indem sie diese verfrühter Verzichtleistung beschuldigen.

Die gewöhnliche Konsequenz einer solchen Auffassung ist nämlich das, daß man Leuten und Organisationen, welche Schritt für Schritt, aber dafür beharrlich dem gesteckten Ziele entgegengehen, nicht nur politisches Handeln, sondern auch guten Willen und Glauben abspricht. Es ist uns ein gedruckter Aufruf in die Hände gefallen, der in der österreichischen Okkupation rechts der Weichser herausgegeben worden ist und dort massenweise verbreitet, in die Briefkästen geworfen, an Säulen und Mauern angebracht wird. Dieser Aufruf wendet sich, nachdem er zunächst ein möglichst „maximales“ Programm aufgestellt und denjenigen Mächten scharf gedroht hat, die es auszuführen sich nicht beeilen würden, — indes vor allem gegen diejenigen Institute und Leute aus dem polnischen Lager, die „der eigenen Karriere und den eigenen Würden zu Liebe durch schändliches Sakrileg die Sache begraben“ und „während des Krieges durch die Hydra der Versöhnung ihr den Untergang bereiten.“ Dies sind „nichtswürdige Leute“, „knechtische Seelen“ und „Verräter“, „Nietlinge“ einer der Großmächte. Als Beweis aber muß genügen, daß sie einen eigenen Staat, eine eigene Regierung und ein eigenes Heer nicht zu erlangen vermochten, — sondern sich mit Zugeständnissen begnügen.

Die Verbreitung so leidenschaftlicher Vorwürfe in einer aufgeregten und wenig kritischen Atmosphäre muß als sehr nachteilige und von einem sehr tiefen Stand des wirklich politischen Lebens zeugende Erscheinung angesehen werden. Dies ist eine Kampfmethode, die zu absolut keiner Errungenschaft führen, aber alles das untergraben und desorganisieren kann, was uns zur Verteidigung unserer Rechte und Bestrebungen in den Jahren der Kriege zu schaffen gelungen ist. Ein Wort ernster Warnung ist auch an die Adresse derjenigen zu richten, die unter derartige Aufrufe ihre Firmen setzen, soweit natürlich diese Firmen in diesem Falle nicht mißbraucht werden. Man kann nicht annehmen, daß diese Parteien be-

wußt danach trachten, die Grundlagen für die polnische Zukunft zu zerstören, zu deren Aufbau sie selbst beigetragen haben, aber dadurch, daß sie die Gegensätze in tatsächlichen und persönlichen Fragen in so heftiger und brutaler Weise schüren, einen Weg betreten, der dazu führen könnte. Wenn unsere vorstehenden Bemerkungen richtig sind, so ist dies das Ergebnis der Anwendung konspiratorischer Methoden zur Lösung von Aufgaben eines Zeitpunktes, der solche Methoden nicht verträgt. Der gegenwärtige Zeitpunkt verlangt eine Konsolidierung und Vereinigung der polnischen Kräfte und Organisationen, selbst wenn sie vorläufig bescheiden und für weitere Zeiten nicht ausreichend wären; sie im Namen maximaler Programme zu zertrümmern, ist der größte Leichtsinns.

Wir sind in einen Zeitabschnitt eingetreten, der zweifellos geeignet ist, das nationale Kapital zu vergrößern, aber bedenken wir, daß dieses Kapital nicht durch Vernichtung seiner Anfänge wachsen wird. Die Leiter der radikalen öffentlichen Meinung würden, sofern es ihnen gelänge, in die Institute, die wir schon geschaffen haben, eine Desorganisation hineinzutragen und ihre Anhänger zu unfruchtbarer, von Protest und Negation lebender konspiratorischer Arbeit zu bewegen, der gemeinsamen nationalen Sache wirklichen Schaden zufügen. Sollte es denn den in diesen Teilen der Volksgesamtheit wirkenden reiferen und erfahreneren Elementen nicht gelingen, ihre notwendige Evolution zu beschleunigen und der gefährlichen Arbeit ein Ende zu machen? Wir räumen offen und gern ein, daß sie in den ersten beiden Kriegsjahren in dieser Beziehung viel vollbracht haben; darauf stützen wir auch die Hoffnung, daß sie auch gegen Ende des Krieges, in dem Augenblick, wo die wichtigsten Entscheidungen über unser Schicksal gerade fallen werden, die schädlichen Überbleibsel zu stören, welche die so vieljährige Knechtschaft hinterlassen hat.

Aus Nr. 261 des Naprzod (Krafaus)
vom 20. September 1916.

Sittenprediger und Sittenlehren.

Als das polnische Volk in Galizien infolge gewisser immer mehr erschreckender Erscheinungen der Vogel-Straußpolitik und infolge des sonderbar hartnäckigen Schweigens derjenigen, die im Namen der Volksgesamtheit sprechen mußten, sich ernstlich beunruhigte, — begannen plötzlich die so lange Schweigenden zu reden, aber durchaus nicht unter der erwarteten Adresse und in einem merkwürdigen Tone. Sie wandten sich nämlich an — die polnische Volksgesamtheit und zwar mit... Predigten. Das Organ der Krafauer Konservativen, „Glas“, trat mit einer Predigt gegen die ... Konspirationen hervor, und der Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees, Herr Wladislaus Leopold Jaworski, veröffentlichte in den Petrikauer „Wiadomości Polskie“ einen mit „B e m e r k u n g e n“ überschriebenen Artikel, der den Lesern sehr unflare Sitten predigt.

Diese Sittenprediger gehen sehr vorsichtig um das herum, worum es sich eigentlich handelt, und wickeln so sorgfältig das in Baumwolle, was sie zu sagen haben, als ob sie sich fürchteten, daß man sie zufällig... verstehen werde.

Der „Glas“ warnt das Königreich Polen vor „Konspirationen“. Herr Jaworski empfiehlt als höchste politische Tugend Schweigen, indem er seine nebelhaften Auslassungen mit ein paar Komplimenten für die Regionen würzt...

Was soll dies alles bedeuten?

Es sind dies schöne in gefälschtem Predigertone ausgesprochene Sittenlehren. Gehen wir lieber sofort

auf den Kern der Sache ein und führen wir die Herren Sittenprediger aus den Wolken auf die Erde.

Fragen wir sie vor allem, wem und mit welchem Recht sie Konspiration vorwerfen? Die vom „Czas“ angezapften politischen Organisationen des Königreichs Polen sind öffentlich bestehende extrem demokratische Parteien, die — wie das in allen wirklich demokratischen Parteien überall in der Welt ist und sein muß — Versammlungen, Konferenzen und Zusammenkünfte abhalten, dabei ihre Grundsätze so predigend, daß es die breitesten Schichten vernehmen könnten. Es liegt in der Natur der sich auf die Massen stützenden Demokratie, daß sie weder geheim, noch sogar geheimnisvoll wirkt. Sie appelliert nämlich an die Massen, will von den Massen verstanden werden und läßt sich in ihrer Tätigkeit nicht von den Befehlen der Führer, sondern von den Beschlüssen der Allgemeinheit ihrer Anhänger, oder der von dieser gewählten Vertreterschaft leiten. Unter solchen Verhältnissen ist jede Geheimnistuerei und desto mehr jede Geheimhaltung ausgeschlossen. Dies stellt auch Herr Jaworski in dem erwähnten Artikel in den „Wiadomości Polskie“ fest, indem er wörtlich schreibt: „In den Zeiten der Demokratie will jeder sehen, was in den öffentlichen Angelegenheiten geschieht, er will bestimmen und leiten.“ Ist das nicht ein der Konspiration direkt entgegengesetztes Bild? Offenbar hat sich der Verfasser des Artikels im „Czas“ mit Herrn Jaworski hinsichtlich der Wahl der Worte und Argumente nicht verständigt, denn jeder von ihnen schreibt etwas anderes.

Wenn jemand heute konspirieren kann, dann kann es wohl nur eine solche Gruppe, die sich nicht auf die Massen stützt und es grundsätzlich verwirft, sich auf die Massen zu stützen, indem sie in ihrer Tätigkeit auf die Einflüsse der kleinen Zahl ihrer Anhänger rechnet, auf Einflüsse, die ihrem Vermögen, ihrer Geburt oder ihrer amtlichen Stellung entspringen. Eine solche Partei, die insgesamt bei einem Magnatenessen an einem Tisch Platz finden kann, eine solche Partei allein kann geheime und geheimnisvolle Politik treiben. Das sind heute die einzigen Konspiratoren.

In Warschau hielten die Parteien, denen der „Czas“ Konspiration vorwirft, unlängst zwei öffentliche Versammlungen unter Beteiligung einer vieltausendköpfigen Menge ab. Möchte es dem Konspirator vom „Czas“ gelingen, hier solche Versammlungen abzuhalten!

Aber es war eine alte Methode der Stanczyken (Kraakauer Konservativen), jede öffentliche Bewegung, die ihnen nicht bequem war, als geheime Verschwörung oder „Konspiration“ hinzustellen, jede ihnen unangenehme Willenskundgebung selbst der breitesten und bekanntesten öffentlichen Organisationen „anonym“ zu nennen. So nennt auch im vorliegenden Falle der anonyme Verfasser des Artikels im „Czas“ den von einer Lubliner politischen Partei erlassenen Aufruf. Diese Methode hat keinen Sinn. Was würde z. B. der „Czas“ sagen, wenn gegen ihn der Vorwurf der Anonymität deshalb erhoben würde, weil sich unter dem Artikel im „Czas“ der Verfasser nicht unterschrieben hat?

Wenn wir also fragen, wozu die anonyme Konspiratoren vom „Czas“ dieses ganze geschmacklose Spiel treiben, zu welchem Zweck, zu weissen Nutzen sie mit solchen unberechtigten Angriffen das Königreich Polen zu reizen suchen, so müssen wir, um auf diese Frage die richtige Antwort zu geben, feststellen, daß auf dem Boden dieser heuchlerischen Sittenlehren und dieses ganzen Predigens der Kraakauer Konservativen die grundsätzliche Frage des Verhältnisses des Obersten Nationalkomitees zum Königreich Polen steht. Ihre heutige Stellung verdanken die Kraakauer Herren Sittenprediger keineswegs ausschließlich ihren eigenen Kräften. Das ist allgemein bekannt. Wenn also die

Volks-gesamtheit im Königreich Polen mit eigenen Kräften stehen wollen, so eilen die Sittenlehrer vom „Czas“ flugs herbei, um den Wert dessen herabzusetzen, was im Königreich Polen ist und was dort geschieht, um den Glauben zu erwecken, daß die Volks-gesamtheit des Königreichs Polen ohne gewisse galizische Institutionen eine unorganisierte, zum politischen Leben unfähige Horde sei, — um auf diese Weise auf Kosten des Königreichs Polen ihren eigenen Wert und ihre eigene unumgängliche Notwendigkeit im Preise zu steigern.

Die Kraakauer Stanczyken haben sich an die Politik, sich ohne Feilschen, möglichst billig und sogar umsonst hinzugeben, so gewöhnt, daß sie einfach nicht verstehen können, wie andere ihr Blut nicht ohne Preisangabe hingeben wollen.

Daraus ergibt sich die ganze Taktik der galizischen Konservativen gegenüber dem Königreich.

Und alle Sittenlehren werden nichts nützen, keine Predigten werden helfen, sich einer klaren Antwort auf die einfache Frage zu entziehen.

Erweist eine solche Herabsetzung des Werts des Königreichs Polen, so unablässiges Reizen desselben der nationalen Sache einen Dienst? Trägt dies dazu bei, die Einheitlichkeit und Kraft der Nation zu stärken?

Wenn Herr Jaworski in den „Wiadomości Polskie“, eine Politik des Schweigens und der Stille des Herzens gutheißen, dabei pathetisch der Legionen Erwähnung tut, so müssen wir erstaunt fragen: Was hat das eine mit dem anderen gemein? Was befindet sich in den Legionen? Befinden sich darin viele Mitglieder der Partei des Herrn Jaworski? Und wieviel Zuwachs haben jene gepriesenen galizischen Institute im Königreich Polen den Legionen im Laufe von anderthalb Jahren gegeben? Insgesamt 4800 Leute, während in derselben Zeit der bloße Name Piłsudski's und seine Idee unter den schwierigsten Verhältnissen, ohne jeglichen Apparat 6000 neue Freiwillige angebracht haben. Jenes vom „Czas“ und von Herrn Jaworski so moralisierte Lublin allein hat 2500 Leute gestellt. Es wäre also vielleicht geboten, im Moralisieren etwas bescheidener zu sein.

Wenn Herr Jaworski über die Kritik und die Kritiker klagt, und über das bittere Los der Kritisierten bitter mehltagt, so sollte er im Interesse der Wahrheit hinzufügen, daß diese Kritisierten nichts, garnichts tun. Wir verstehen, daß die heutigen Zeiten viel Geduld erfordern. Auch Hindenburg muß Geduld haben, ebenso muß Grey geduldig sein. Das ist richtig, — aber daraus folgt nicht, daß sie nichts tun, sondern nur ungeduldig sind! Im Gegenteil, sie arbeiten unablässig, bieten alle ihre Kräfte auf, um ihrer Fahne den Erfolg zu sichern. Wenn aber jemand nichts tut, so ist er auch nicht der Führer, der das Recht auf absolutes Vertrauen und auf blinden Gehorsam hat.

Seit dem denkwürdigen nach der Befreiung Warschaws von den Moskowitern im August 1915 erlassenen Aufruf des Obersten Nationalkomitees herrschte völlige Untätigkeit oder vielmehr eine besonders geartete fleißige Trägheit, was im Grunde auf eins hinauskommt. Unter solchen Verhältnissen beschäftigt sich der mit leerer Sophisterei, wer die Kritik der Untätigkeit Negation nennt und Schweigen als positive Tätigkeit lobpreist. Mit einer solchen Sophistik wird Herr Jaworski niemanden überzeugen, selbst wenn er noch mehr Sittenlehren predigen würde.

Ist es doch allgemein bekannt, daß alle positiven politischen Anträge, welche im Laufe dieses Jahres das Oberste Nationalkomitee und der polnische Klub beschlossen haben, von der extremen Linken ansgegangen sind. In derselben Zeit haben die konservativen Parteien im polnischen Klub und im D. N. K. keinen einzigen Antrag gestellt. Diejenigen, welche Anträge stellen, die von dem ganzen passiven Rest angenommen

werden, diejenigen, welche jegliche Anregung zum Handeln geben, der Negation zu beschuldigen, die Untätigen und Schweigenden aber als vorüberliche positive Politiker hinzustellen, ist wirklich eine Kunst!

Aber mit einer solchen Kunst kommt man nicht weit. Die Volksgesamtheit wird sich auf Grund der Tatsachen von den Sittenpredigern und von dem Wert ihrer Sittenlehre eine Meinung bilden.

Aus Nr. 223 des Diennik Narodowy (Petrikau)
vom 30. September 1916.

Galizische Dinge.

Die Bürgerversammlung der Liga des polnischen Staatswesens in Petrikau, ihre ernste Zusammensetzung und ihre ernsten Beschlüsse reizten ein gewisses Krakauer Blatt, welches anlässlich der schändlichen Erinnerung an die Zersplitterung der sogenannten östlichen Legion offene Beweise seiner Bestrebungen nach der Unabhängigkeit und nach einem polnischen Staate geliefert hat. Diese Erinnerung erklärt zur Genüge, woher der Groll dieses Blattes entspringt. Daher wollen wir auch mehr wegen der höchst charakteristischen und zum Teil auch humoristischen Seite dieses Grolls unsere Leser mit ihm bekannt machen. Das östliche Krakauer Organ drückt, da es zu seinem großen Schmerz der Liga des Staatswesens das Stimmrecht im Königreich Polen und in allgemeinen nationalen Angelegenheiten nicht absprechen kann, die Verwunderung aus, wozu eigentlich verhandelt wird und in den gegenwärtigen politischen Problemen Beschlüsse gefasst werden, nachdem . . . der Gemeinderat Warschaus in der Frage eines unabhängigen polnischen Staates schon einmal gesprochen hat. Die anderen Beschlüsse in dieser Angelegenheit nennt das Blatt „kleine Stützen“, welche die Sache selbst verhüllen können. Das sind also jedenfalls mächtige „kleine Stützen“. Verwunderlicher ist jedoch die weitgehende Sorge um den Ernst des Beschlusses des Warschauer Gemeinderats in einem Organ, welches gleichsam plötzlich vergessen hat, daß es gegen die politischen Entschlüsse des Gemeinderats Warschaus so tatkräftig, so grundsätzlich und so vor nicht langer Zeit aufgetreten ist und ihm empfohlen hatte, sich nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten zu befassen.

Damals — und das war vor zwei Monaten — suchte es nachzuweisen, daß der Warschauer Gemeinderat eine nicht genug ernste und vor allem nicht genug berechnete Körperschaft sei, daß er solche Beschlüsse, und wären es auch nur Entschlüsse, fassen könnte. Das war vor dem Beschluß und nach dem Beschluß des Gemeinderats. Da hören wir plötzlich andere Töne. Das Evangelium sagt zwar, daß sich der Himmel mehr über einen bekehrten Sünder freut, als über 99 Gerechte, aber natürlich, wenn die Bekehrung dieses Sünders nicht verdächtig ist. Von dem Krakauer Organ aber hält es schwer, anders zu denken. Die Ruhe, welche es von der Volksgesamtheit in Sachen des polnischen Staats, unter dem Scheineiner „feierlichen“ Resonanz für die Beschlüsse des Warschauer Gemeinderats fordert, erinnert nur zu sehr an jenes Verlangen nach Ruhe, Passivität und Neutralität, nach welchem dem Krakauer Schweiger verwandte Blätter in Galizien und vor allem im Königreich Polen unaufhörlich und geräuschvoll schrieben. Übrigens ist es stets am besten, Ratschläge auf sich anzuwenden. Möge also der Krakauer Schweiger aufhören, sich mit politischen Angelegenheiten zu befassen, und möge er ausschließlich zu den so heilsamen Themen über Aufklärung und Wirtschaft übergehen. Bisher hat er nämlich durch seine ganze Tätigkeit den Eindruck hervorgerufen, daß er die Gefandtschaft der im Königreich Polen bankrott werdenden rot-weiß-blauen

Orientationen sei. Diese machen aber so unwiderruflich bankrott, daß sie auch die Krakauer „kleine Stütze“ in ihrem Niedergang nicht aufhalten wird, selbst wenn diese Stütze aus einem Bischofstabe gemacht wäre.

Aus Nr. 487 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 3. Oktober 1916.

Rücktritt des Dr. Sokolnicki vom Obersten Nationalkomitee.

Vom Generalsekretariat des Obersten Nationalkomitees erhalten wir folgende Mitteilung: Der bisherige Generalsekretär des Obersten Nationalkomitees, Dr. Michael Sokolnicki, hat die Würde eines Mitglieds des Obersten Nationalkomitees niedergelegt und gleichzeitig folgende Erklärung abgegeben:

„Ich trat dem Obersten Nationalkomitee am 21. November 1914 als Vertreter des damals von russischen Truppen okkupierten Königreichs Polen, als Vertreter einer seiner damaligen politischen Organisationen bei. Ich arbeitete im Obersten Nationalkomitee während der ganzen Zeit der langsamen Konsolidierung der öffentlichen Meinung des Königreichs Polen. Gegenwärtig bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ich als Vertreter des Königreichs Polen im Obersten Nationalkomitee Galiziens weiter zu verbleiben nicht das Recht habe. Das Königreich Polen muß in der nationalen Frage seine eigene volle Stimme haben. Das Königreich Polen selbst zielt danach, um sich dieses Wort zu nehmen. Mein Weiterverbleiben als Angehöriger des Königreichs Polen im Obersten Nationalkomitee ohne eine Ermächtigung seitens des Königreichs Polen ist also unmöglich geworden. Mein Weiterverbleiben würde den falschen Schein erwecken, daß ich damit einverstanden sei, daß die Autorität des Obersten Nationalkomitees in Galizien auf das Königreich Polen ausgedehnt werde, wo meines Erachtens eine eigene nationale Autorität bestehen sollte.“

Aus Nr. 229 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 4. Oktober 1916.

Die russische Presse über die Polen.

Der Korrespondent des „Niez“, H. Wiktorow, schreibt vom Ufer des Genfer Sees über die Stimmung der Polen, indem er behauptet, daß es, um diese Stimmungen kennen zu lernen, genüge, sich mit einem Durchschnittspolen zu unterhalten.

„Ihr werdet dann mit Staunen Euch überzeugen, welche wichtigen Unterschiede in den Anschauungen der Polen bestehen, die zu den am meisten entgegengesetzten Gruppen, Parteien und Organisationen gehören.“

Man muß auch vergessen, daß in Polen verschiedene Parteien und Organisationen existieren, und aus ihnen solche Polen auswählen, die „möglichst kräftig unterstreichen, daß sie nur ihre persönlichen Anschauungen zum Ausdruck bringen, kein Mandat haben usw. Die Worte solcher Leute haben die größte Bedeutung.“

Die Polen am Genfer See teilt H. Wiktorow in drei Gruppen ein:

„Die erste bilden diejenigen, die offen ihre Sympathien für den Biververband ausdrücken und kategorisch erklären, daß die Geschichte des polnischen Volkes mit dem Triumphe der Idee verbunden sind, in deren Namen die Koalition kämpft. Die zweite Gruppe drückt nicht deutlich aus, mit wessen Sieg sich nach ihrer Meinung der Triumph ihrer nationalen Idee verknüpft. Sie proklamiert nur den Grundsatz des unabhängigen und freien Polens in der Zukunft und die absolute Neutralität in der Gegenwart. Die dritte

Gruppe, die an Zahl sehr gering ist, hat die Hoffnung, daß die Ideale des polnischen Volkes nur im Falle eines Mißgeschicks der Koalition realisiert werden können.“

H. Wiktorow unterschreibt, daß zwischen den beiden ersten Gruppen in bezug auf ihre politischen Anschauungen nur ein psychologischer Unterschied bestehe. Die Anschauungen der „Neutralisten“ sind nach H. W. folgende:

Die Hauptaufgabe des polnischen Volkes ist die Vereinigung Polens zu einem selbständigen und unabhängigen Staate. Für das polnische Volk ist es gleichgültig, in Folge welcher politischen Konjunktur dieser Organismus entstehen wird. Wichtig ist für sie das Ziel und die Realisierung des Ideals, während die Mittel und die Bedingungen für sie keine Bedeutung haben. Diese Meinung vertritt das Lausanner Komitee „Pologne et la guerre“, an dessen Spitze H. Rucharszewski steht.

Nach Ansicht des H. Wiktorow stammen die polnischen „Neutralisten“ aus denselben Schichten der Intelligenz, aus denen die „Aktivisten“ Pilsudski und andere hervorgegangen sind, die da erwarten, daß Polen auf der Waghale des Krieges durch seine militärische Kraft ins Gewicht fallen wird, aber „das was Pilsudski und seine Anhänger erst heute erkannt haben, was so viel tragische Enttäuschungen vieler Führer der polnischen Intelligenz gekostet hat und noch kosten wird, das haben die heutigen Neutralisten schon zu Anfang des Weltkrieges erkannt.

Über die polnischen „Aktivisten“ will sich H. Wiktorow das nächste Mal äußern.

Aus Nr. 118 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 6. Oktober 1916.

Die neuesten russischen Projekte über Polen.

Die Zeitung „Utro Rossji“ teilt mit, daß man im russischen Hauptquartier die Vorlegung des Memorials des Dumaabgeordneten Tschichatschew, eines Mannes, der den Polen nicht wohl will, sowie des Artikels des Abgeordneten W. Schulgin, welchen i. Zt. das Blatt „Kijewlanin“ unter dem Titel „Polnische Angelegenheiten“ brachte, verlangt haben soll.

Wahrscheinlich handelt es sich darum, nach den Gedanken dieser beiden Abgeordneten das Projekt der Autonomie für Polen zu gestalten, das in allernächster Zeit, noch im russischen September (also vor dem 13. Oktober), veröffentlicht werden soll.

Tschichatschew behauptet in seiner Arbeit, daß das, was der Großfürst Nikolaus den Polen versprochen habe, die russischen Staatsbehörden pflichtgemäß ausführen müßten.

Tschichatschew sagt auch, Rußland könne den Polen nicht weniger geben, als ihnen die Deutschen und Österreicher versprochen hätten.

Wiemohl Rußland 120 Jahre lang Zeit hatte, etwas für Polen zu tun, so soll es erst jetzt den Polen nicht weniger geben, als ihnen Deutschland und Österreich-Ungarn versprochen haben. In jedem Falle sind somit die Versprechungen Deutschlands und Österreich-Ungarns doch zu etwas nütze gewesen, denn anderenfalls hätte Rußland noch viel weniger versprochen.

Der Abgeordnete Tschichatschew verlangt, daß Polen genau abgegrenzt werden solle von den rein russischen Gebietsteilen, von den Ruthenen und Weißrussen, damit sich diese nicht polonisieren. Die Weißrussen fühlen sich aber zum überwiegenden Teile als Polen, ihre Sprache ist nur eine Mundart der polnischen Sprache. Noch vor mehreren Jahren sind in allen Kirchen polnische Predigten gehalten worden; erst die russische Regierung verbot solches, um die Weißrussen zu russifizieren.

Tschichatschew will auch jegliche Einflüsse der Polen auf das politische und kulturelle Leben Rußlands beseitigt haben. In dieser Forderung ist viel Heuchelei, denn es war immer umgekehrt. Rußland hemmte stets jedwede kulturelle Entwicklung Polens; es mischte sich nicht nur in die polnischen Angelegenheiten, sondern hielt Polen in furchtbarer Knechtschaft.

Tschichatschew will auch keine polnische Industrie in Rußland haben. Jeder Russe soll auch alle Rechte in Polen besitzen usw.

Eine fast ebensolche Ansicht über Polen hat auch der Abgeordnete Schulgin. Nach ihm soll Polen aus den Landgebieten bestehen, in denen nur polnische Bevölkerung wohnt. In diesem Falle wird Polen erleben, daß ihm Rußland noch andere Gebietsteile entreißt, ebenso wie das Cholmer Land, woselbst man die Polen und Katholiken zu orthodoxen Russen umgestempelt hat usw. usw.

So haben wir denn vor uns ein neues russisches Projekt für die Selbstregierung Polens. Es gab ihrer schon wer weiß wie viele — aber noch keines hat greifbare Gestalt angenommen. Bis zur Mitte des Monats Oktober ist es nicht mehr fern; wir werden sehen, wieviel Wahrheit in den Gerüchten ist, daß die russische Regierung Polen die Autonomie geben werde, dem Polen, daß sich gegenwärtig gar nicht mehr in Rußlands Händen befindet.

Die Projekte der Herren Tschichatschew und Schulgin, welche Polen völlig knebeln sollen, haben sehr viel Ähnlichkeit mit den alldeutschen und hafatistischen Projekten.

Es ist ja bekannt, daß die Hafatisten und Alldeutschen Polen ebenfalls in unerhörter Weise knebeln wollen. Der Unterschied liegt nur darin, daß Tschichatschew und Schulgin haben wollen, daß das Polen der Sklave Rußlands wäre. Die Hafatisten und Alldeutschen aber wollen aus Polen einen Sklaven Deutschlands machen. Weder das eine noch das andere wird den Polen gefallen, weil sie einen selbständigen, unabhängigen Staat wünschen, nicht nur mit eigener Regierung, sondern auch mit ihrem eigenen König und mit einer nationalen Armee.

Aus Nr. 278 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 6. Oktober 1916.

Jenseits der Heeresfront.

I.

Von einer soeben aus Petersburg angekommenen Persönlichkeit erhalten wir folgende Informationen über die Lage der Polen und den Stand der polnischen Sache in Rußland:

Von ihrem Lande mit Gewalt losgerissen, in fremden und feindlichen Verhältnissen lebend, horchen die Polen in Rußland mit Zittern und mit Aufmerksamkeit auf jeden Ton aus dem entlegenen polnischen Lande, der ihnen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bringen könnte.

Direkte Nachrichten aus dem Lande gibt es fast gar nicht, und die Korrespondenzen der auswärtigen Pressebureaus kommen mit großer Verspätung. Die Presse unterliegt namentlich in polnischen politischen Angelegenheiten einer sehr strengen Zensur, so daß darüber, was am meisten interessiert und beunruhigt, über die inneren Wandlungen und die spontanen Äußerungen im Volke die Flüchtlinge ringsherum nicht viel wissen.

Vor einem Monat wurden die polnischen Kolonien in Rußland durch die Nachricht elektrisiert, daß die Deutschen in nächster Zeit die Unabhängigkeit des polnischen Staates proklamieren werden. Zunächst war man sich der Tragweite eines solchen Schrittes nicht bewußt und überlegte nicht einmal die Einzelheiten

des kommenden Altes; nach einem Zeitraum des Enthusiasmus fing die Nachricht wegen ihrer allgemeinen Form an, nicht zu befriedigen, und bei dem Mangel an glaubwürdigen und sicheren Tatsachen erschöpfte man sich in Vermutungen, in welcher politisch staatlichen Form und in welchen Grenzen der zukünftige Staat entstehen würde. Man fing an, sich dafür zu interessieren, in welchem Grade die Entscheidung der Zentralmächte dem Willen des Volkes entsprechen wird.

Die Verschiedenheit der Anschauungen unter den Polen in Rußland bewegt sich in folgender Richtung: Bei Beginn des Zustroms der Massen der Flüchtlinge im Herbst zeigten sich von vornherein deutliche Reibungen zwischen den sogenannten „alten Emigranten“ und den Neuanfömmigen. Hervorgerufen wurden sie durch die zahlreiche Schar der freiwillig aus dem Königreich angekommenen Nationaldemokratie, verstärkt durch die Befürworter der „öflichen Orientierung“ aus Lemberg.

Das Bürgerliche Zentralkomitee, das in seiner Mehrheit nach Rußland ausgewandert ist, erblickte als Stützpunkt für sich die Rettungsaktion, die es sofort in seine Hand nahm; auf diesem Gebiete stellte es sich sofort den örtlichen Organisationen, die von Anfang des Krieges an tätig waren, und zwar dem Moskauer Hilfskomitee für die Opfer des Krieges und der Petersburger Gesellschaft für Kriegshilfe, entgegen. In Moskau, Petersburg und Kiew, wo die Stellung der lokalen Komitees fest begründet war, erwies sich die Bemühung, diese Institutionen zu untergraben, als schwer; in der Provinz begann jedoch die Rivalität. Die Bevollmächtigten des Bürgerlichen Zentralkomitees, die über das ganze Gebiet Großrußlands verteilt waren und sich durch Organisation der Flüchtlinge, die zu Hunger und Absonderung von dem Polentum verurteilt waren, große Verdienste erwarben, verdrängten andere Hilfsorganisationen, indem sie sich streng an die erhaltenen Instruktionen hielten. Als vornehmer denkende Persönlichkeiten zu der Erkenntnis kamen, daß die Vereinheitlichung der Hilfsaktion im Interesse der Sache durchaus notwendig ist, entstand infolge der Bemühungen des H. A. Lednicki der „Aus-schuß der Organisationen“ als ausführende Instanz, die die Tätigkeit aller drei Komitees koordinierte. Jedoch infolge der Stellung des Bürgerlichen Zentralkomitees, das seine Delegierten in den Ausschuß entsandte, sich jedoch selbst der Kontrolle dieser Körperschaft entzog, gingen auch die beiden übrigen, nämlich das Moskauer Komitee und die Petersburger Gesellschaft, an, nach immer größerer Selbständigkeit zu streben. Gegenwärtig sind die Kompetenzen des Ausschusses auf dem Gebiete der Leitung und der Kontrolle minimal. Seine Existenz wird nur aus Rücksicht auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Repräsentation nach außen hin gegenüber den Regierungsbehörden aufrecht erhalten.

Von den Elementen der „früheren Emigranten“ stellte sich die bessere Jugend schon im ersten Kriegsjahr infolge des Aufrufs zur Rückkehr dem Dienste im Lande zur Verfügung. Ein Teil der älteren Generationen, die die Nationaldemokratie auf dem Gebiete der Rettungsaktion bekämpfte, berührt sich mit ihr bei der Arbeit auf politischem Gebiete, indem er gemeinsam mit ihr unter der gemeinsamen Standarte der Versöhnung mit Rußland tätig ist. Die Mehrheit jedoch schloß sich ihnen nicht an, sondern fand einen kräftigen Stützpunkt in den neuen Kräften, den Elementen der Unabhängigkeit, von denen sich ein Teil zufällig in Rußland befand, ein Teil jedoch gewaltsam evakuiert worden ist. Diese umriß bald ihre politische Stellung und organisierte sich, um an jedem Orte der Tätigkeit der Nationaldemokratie entgegenzuwirken. Trotz der kräftigen Agitation der Nationaldemokratie, die zu diesem Zwecke vor allem die Stützpunkte des Bürgerlichen Zentralkomitees ausnützt, ist die Mehrzahl

der Flüchtlinge und der früheren Emigranten den Unabhängigkeitsbestrebungen zugetan. Die Meinung dieser Mehrheit ist ein vorbehaltloses Sichverlassen auf die im Lande befindlichen Vertreter. Dieser Glaube an den politischen Verstand und die nationale Ehrlichkeit der Polen, die im Lande zurückgeblieben sind, wurde in den Polen „jenseits der Front“ bestärkt durch die Stellungnahme der polnischen Allgemeinheit bei den Wahlen zum Warschauer Gemeinderat. Von der Spaltung, den Streitigkeiten und der Agitation vor den Wahlen wußte man wenig; klar war nur die Tatsache der Konsolidation der Parteien zu einem gemeinsamen Ziele, nämlich zur Arbeit zu Gunsten des unabhängigen Polens.

Nur die Nationaldemokratie erhob in ihrem Organ *Gazeta Polska* Alarm, daß die Deutschen, indem sie die Bildung des Warschauer Gemeinderats zulassen, darin ein williges Werkzeug für ihre politischen Ziele sehen und dieses für sich ausnützen werden. Indem die *Gazeta Polska* den Mangel an politischen Sinn bei der Handvoll der Intelligenzen im Königreich beklagt, schreibt sie unter anderem das „falsche“ Verhalten der Warschauer Advokatur der Nichtanwesenheit ihres Führers H. Fr. Nowodworski zu.

Die Parole der Schaffung einer polnischen Armee ist dort nicht weniger populär als in Polen selbst.

Die polnische Presse in Rußland, die bis vor kurzem die „Preußen- oder Österreichfreundlichkeit“ einer der Tageszeitungen bekämpfte, ist in letzter Zeit so weit gereist, daß sie sich (zunächst nur allgemein) für die Unabhängigkeitsrichtung ausspricht und immer dreister alle Stimmen der polnischen Versöhnung und der russischen Eroberungssucht bekämpft. Zwar schreibt die „Sprawa Polska“ und die „Gazeta Polska“ ebenso wie früher, und die offiziellen wenn auch unberufenen Vertreter des „polnischen Volkes“ erklären in ihren Denkschriften (Denkschrift des Polnischen Klubs und des Gr. Wielopolski), daß eine günstige Entscheidung der polnischen Sache von dem Siege der russischen Waffen abhängig ist. In den breiten Kreisen der Intelligenz jedoch und in den Massen der Flüchtlinge aus den Volkskreisen verliert die russophile Politik immer mehr Boden.

Aus Nr. 46 der *Gazeta Narodowa* (Pojen)
vom 6. Oktober 1914.

Ein polnisches Volksmuseum.

In Bern in der Schweiz ist ein Museum des polnischen Volkes im Entstehen begriffen. Es hat den Zweck, die öffentliche Meinung Europas über polnische Angelegenheiten zu informieren und die Forderung der Unabhängigkeit Polens zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das völkische Museum sich mit dem Sammeln des Materials und der Einrichtung und Fortführung eines Bureaus der sozialen Arbeit befassen, um Angehörigen anderer Nationen Informationen über polnische Verhältnisse in weitestem Umfange geben zu können; außerdem wird es entsprechende Artikel für die Presse bearbeiten und periodische Schriften, Broschüren und Werke herausgeben, die polnische Angelegenheiten behandeln.

Das polnische Museum soll nicht die Veranstaltung irgend einer Partei oder Gruppe, sondern eine allgemein-nationale Institution sein, die den Zweck hat, alle Anstrengungen Polens in der Richtung der Verbreitung der Parolen der polnischen Unabhängigkeit zu vereinigen und für die Popularisierung dieser Idee unter den anderen Völkern zu sorgen.

Das Museum wird ein besonderes Gebäude in Anspruch nehmen und eine Buchhandlung mit polnischen Erscheinungen, polnischen Erinnerungszeichen, Postkarten usw. besitzen. Es werden ihm ferner angeschlossen sein: eine Lesehalle, ein Kaffeehaus, ein

Klublokal, ein Vortragsaal, ein Bureau und einige Säle, die zur Aufnahme einer beweglichen Ausstellung des Museums bestimmt sind.

Das polnische Volksmuseum wird 5 Abteilungen besitzen:

a) eine statistisch-wirtschaftliche, b) eine geschichtliche, c) eine juristisch-politische, d) eine kulturelle und e) eine Presseabteilung. Das polnische Museum wird — unabhängig von seinen 5 Abteilungen — besondere Werke und ein Bulletin in polnischer Sprache herausgeben, das die wichtigsten Nachrichten aus der Posener, Krakauer und Warschauer, wie auch der in Rußland und im sonstigen Auslande erscheinenden polnischen Presse enthalten wird, ferner ein Blatt in fremder Sprache, das den Zweck hat, die Angehörigen fremder Nationen über Polen zu informieren; es wird Versammlungen, Kongresse, Vorträge und populäre Besprechungen organisieren und Ausstellungen polnischer Erzeugnisse den einzelnen Abteilungen gemäß veranstalten.

Die Museumsausstellung wird den Zweck haben, die anderen Nationen über Polen und seine Kultur zu informieren. Die Ausstellung wird folgende Abteilungen enthalten: eine geographisch-statistische, eine geschichtliche, eine juristisch-politische usw.

Aus Nr. 40 des Tygodnik Ilustrowany (Warschau)
vom 30. September 1916.

Die polnische Presse in fremder Sprache in gegenwärtiger Zeit.

An die Spitze derselben ist die der Zeit nach älteste Monatschrift zu setzen „Bulletin Polonais litteraire, scientifique et artistique“, die in Paris im Jahre 1875 von den ehemaligen Zöglingen der Schule in Batignolle begründet wurde und alte Emigrantentraditionen repräsentiert.

Neben diese Zeitschrift ist in chronologischer Reihenfolge das Berichts- und Informationsorgan der Akademie der Wissenschaften in Krakau zu setzen, das seit 1887 in zwei Ausgaben erscheint, einer deutschen und einer französischen, nämlich als „Anzeiger der Akademie der Wissenschaften in Krakau“ und als „Bulletin de l'Academie des Sciences a Cracovic“.

Alsdann sind zu erwähnen:

1. die von Prof. Walzer im Auftrage des Vereins zur Förderung der polnischen Wissenschaften seit 1901 (allerdings unregelmäßig) herausgegebene Zeitschrift „Bulletin de la Societe d'avancement des Sciences en Pologne“ und

2. die periodische wissenschaftliche Publikation des Professors Los in Krakau: „Revue Slavistique“.

Unter den Erscheinungen nicht wissenschaftlichen, sondern nur informatischen Inhalts über verschiedene Gebiete des polnischen Lebens ist vor allem die Zeitschrift zu erwähnen, die im Jahre 1905 in Wien von zwei polnischen Publizisten, dem Herrn Adam Nowicki und Oswald Obogi, begründet worden ist unter dem Titel: „Polnische Korrespondenz“. Dieses Organ erscheint wöchentlich und nach Bedarf häufiger als gedrucktes Manuskript. Die deutsche Presse in Wien, die tschechische, ungarische und die Presse anderer Nationen der Habsburger Monarchie, wie auch die parlamentarische Welt haben sich daran gewöhnt, ihre Informationen über polnische Angelegenheiten aus dieser Zeitschrift und aus einer anderen zu schöpfen, die seit 1907 in demselben Verlage und unter derselben Redaktion unter dem Titel „Polnische Post“ erscheint und für weitere Kreise bestimmt ist.

Außerdem findet man in der Presse häufig seit 1911 Nachrichten, die aus dem durch sie zitierten Informationsorgan „Polnische Nachrichten“ stammen.

Daneben ist die Wochenschrift „Polonia“ zu erwähnen, die seit dem 21. Februar 1914 in Paris im Verlage und unter der Leitung von Wacław Gajdrowski in zwei Sprachen, der polnischen und französischen, erscheint.

Fast zugleich mit der Wiener „Polnischen Korrespondenz“ fing in Paris an zu erscheinen: „Agence Polonaise et Presse“, ein Organ der polnischen Presseagentur, das von dem galizischen Nationalrat unter der Redaktion von Woźnicki unterhalten (patroné) wird. Später erschienen ebenfalls auf Veranlassung des galizischen Nationalrats ähnliche Organe in anderen Städten (in Rom seit 1911 in englischer Sprache, in London seit 1913 und in Chicago seit 1914 in polnischer Sprache). Diese bringen Artikel, Nachrichten und Übersetzungen der bedeutenderen Stimmen der Presse über laufende polnische Angelegenheiten als fertiges Material für die italienische bzw. englische und amerikanische Presse. Diese Organe stellen auf jeden Fall für die fremde Presse ein wertvolleres, weit glaubwürdigeres Material dar, als tendenziöse Nachrichten, die ihnen vorher von verschiedenen fremden Pressebureaus, die häufig den Polen feindlich gesinnt waren, geliefert worden sind. Dasselbe kann man von dem 1914 in Rapperswil begründeten Pressebureau und dem Organ „Mitteilungen des Polnischen Pressebureaus in Rapperswil“ sagen.

Im Moment des Kriegsausbruchs hat die Tätigkeit mancher von diesen Presseagenturen zeitweise aufgehört (z. B. in Paris), hauptsächlich aus Mangel an Mitteln und wegen der erschwerten Verbindung mit der Heimat. Hingegen übernahmen die Aufgabe der Information über die polnische Frage, die in der ganzen Welt aktuell geworden war, in diesen und anderen Ländern im Westen Europas und in Amerika andere neue polnische Bureaus und Presseorgane.

So entstanden z. B. von 1914 bis 1915 Pressebureaus in Lausanne zum Zwecke der Information französischer, englischer und italienischer Zeitungen in Bern, Petersburg und anderen Städten, namentlich in neutralen Ländern über unsere Angelegenheiten.

Schon Mitte August 1914 entstanden in Amerika: „Freedom“ in San-Franzisko und „Free Poland“ in Chicago als Organ des dortigen Nationalrats der Vertreter aller (oder doch wenigstens der meisten) polnischen politischen Parteien Amerikas.

In Europa entstand als erstes der während des Krieges begründeten polnischen Presseorgane in fremder Sprache Anfang Januar 1915 das Wochenblatt „Polen“ in Wien unter der Leitung des Prof. Leopold Jaworski.

Alsdann erschienen „La Revue de Pologne“ und „Eco della Stampa Polacca“. Ihre ersten Nummern erschienen im März 1915.

„La Revue de Pologne“ erscheint in Paris als Halbmonatschrift in Doppelheften einmal im Monat unter der Redaktion von Anton Potocki und bringt von Nr. 5 und 6 an zugleich in englischer Sprache summarisch den Inhalt der eigenen Artikel (English Summaries) und Nachrichten über die polnische Presse und über Presseerzeugnisse, die polnische Angelegenheiten behandeln.

„Eco della Stampa Polacca“ erscheint als Publikation des polnischen Pressebureaus in Mailand unter Leitung des Prof. Baranowski. Das Blatt wird kostenlos an die italienischen Zeitungen verschickt und dient ihnen als Redaktions- und Informationsmaterial in polnischen Angelegenheiten.

Zugleich mit der Entstehung dieser beiden Organe entstand in Warschau das Projekt der Gründung einer Zeitung in russischer Sprache mit der Aufgabe, ein Bild des polnischen Lebens in allen seinen Äußerungen in einer Reihe von Artikeln aus der Feder bekannter Publizisten und den wichtigsten Stimmen der polnischen

Presse zu geben, um auf diese Weise einen engeren Ideontontakt zwischen der polnischen und der russischen Allgemeinheit zu schaffen. Die Schrift soll unter dem Titel „Polskoje obozrienje“ erscheinen und die erste Nummer im Mai 1915 herausgegeben werden. Aber die Redaktion hat ihre Absicht aufgegeben, und die bereits in einigen Exemplaren hergestellte Nummer ist gar nicht erschienen. Als Redakteur und Herausgeber zeichnete Herr W. Baranowski.

Gingegen kam die seit längerer Zeit für Berlin projektierte Herausgabe eines polnischen Presseinformationsorgans im Oktober 1915 zustande. Unter dem Datum des 1. Oktober 1915 erschien dort die erste Nummer einer Zeitschrift „Polnische Blätter“, die — wie aus dem Titel hervorgeht, der Politik, Kultur und dem sozialen Leben gewidmet ist und dreimal im Monat unter der Leitung des Krakauer Publizisten Wilhelm Feldman erscheint. Das Blatt enthält außer größeren Artikeln der polnischen und der fremden Presse über polnische Angelegenheiten eine kritisch-bibliographische Abteilung und eine solche für laufende Angelegenheiten. Als Herausgeber zeichnet W. Feldman und als verantwortlicher Redakteur L. Maliszewski.

Außerdem erscheint in Lausanne „La Tribune Polonaise“ und in London eine Wochenschrift „Polish News“. Auch hat man dort bereits das Material zur Herausgabe einer Monatschrift vorbereitet, die unter Mitwirkung hervorragender englischer Publizisten den polnischen Angelegenheiten gewidmet sein soll. Das Erscheinen der polnischen Presseorgane in fremden Sprachen in so bedeutender Zahl beweist, daß ihre Existenz durch die Bedürfnisse der gegenwärtigen Zeit und die Aktualität der polnischen Frage hervorgerufen worden ist.

Es werden solche Organe auch später als Informationsorgane für andere über die Fortschritte des polnischen kulturellen, künstlerischen, literarischen, politischen und sozial-wirtschaftlichen Lebens notwendig sein. Dieses muß sich später ohne Rücksicht auf die Verhältnisse Polens nach dem Kriege, den Bedingungen der Gesamtgestalt des Lebens anderer Völker eng anpassen, damit zwischen uns und jenen Völkern ein gewisses Band existiere, das zugleich der Ausdruck der öffentlichen Meinung, namentlich der unsrigen, über unser Verhältnis zu den anderen Völkern sein soll.

Stanislaus Jarkowski.

Aus Nr. 233 des Goniec Wielkopolski (Pojen)
vom 11. Oktober 1916.

Vorträge über Polen in England.

An der Universität in Cambridge fand im August d. J. ein Ferienkursus von Vorträgen statt, in dessen Programm sich auch polnische Sachen befanden. Die Hauptgruppe der Vorträge war Rußland und Polen gewidmet, eine zweite Gruppe den agrarwirtschaftlichen Fragen Großbritanniens, die dritte dem Problem des Leidens und der Konflikte im menschlichen Leben.

Die bemerkenswerteste Gruppe für uns, schreibt der Londoner Korrespondent des „Echo Polskie“ — war die erste, und darunter natürlich die polnische Sektion, die aus 6 Vorlesungen bestand. 2 davon hielt Roman Dmowski, 2 der Professor A. Bruce-Doxwell, und je einen Lorenz Alma-Tadema u. H. Rothay-Reynolds. Es war ein wirklich polnischer Tag. Noch nie ertönte in den Mauern der alten und berühmten Universität so frei und laut das Wort: Polen! Dies ist ein Beweis dafür, daß die Organisatoren der Kurse die Aktualität der polnischen Frage betonen und zugleich ihre Sympathien für unser Volk ausdrücken wollten. Jedenfalls waren die Vortragenden nach keiner Richtung

hin gebunden, sodaß sie nach dem Grundsatz handeln konnten: „Suum cuique“.

Dmowski, der am 11. August den Dokortitel beider Rechte honoris causa erhalten hat, hielt zwei Vorträge am 8 und 9. August, die ein Ganzes bildeten: „Das alte und das neue Polen“. Im ersten analysierte der Vortragende die Geschichte unseres Volkes bis zum Jahre 1791; im zweiten stellte er die nationalen Entwicklungsphasen von der Zeit der Konstitution des 3. Mai an bis zur Gegenwart.

Zwei Vorträge hielt der Professor für russische Geschichte und Literatur an der Universität in Liverpool, Rothwell, der schon mehrfach längere Zeit in Polen gewohnt hat, um unsere Sprache und unser Schrifttum kennen zu lernen und unter der Leitung des Thaddäus Korzon unsere Geschichte studierte. Der warme Freund Polens, Professor Rothwell, gab in seinen Vorträgen eine Charakteristik der großen Romantiker und illustrierte sie durch schöne Übertragungen aus „Konrad Wallenrod“ und „Pan Tadeusz“. Eine Huldigung brachte er dem Dichter Krasiński und unterstrich vor allem die Bedeutung seiner „Nichtgöttlichen Komödie“ als einer Schöpfung, in der der Dichter-Philosoph in sehr origineller Weise das internationale Problem: die Frage der ewigen Klassenkämpfe im Schoße der Menschheit zu lösen sich bemüht. — Alle Vorträge sind im Auftrage der Universität im Druck erschienen.

Aus Nr. 117 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 6. Oktober 1916

Die Unaufrichtigkeit der Engländer und Franzosen der polnischen Frage gegenüber.

So rasch und unerwartet, ja geradezu verdächtig rasch entfaltete sich in Frankreich die „Tätigkeit zu Gunsten Polens“, daß sie in besonderer Weise die Aufmerksamkeit auf sich lenken mußte. Und in England wird die polnische Frage so verschiedenartig von der öffentlichen Meinung behandelt, daß wir mit diesen Divergenzen in den Anschauungen ebenfalls rechnen müssen. Im ersten, sowie im zweiten Falle müssen wir also eine ganz exakte Gewissenserforschung mit uns selbst anstellen. — Die Tätigkeit zugunsten Polens in den Ländern Westeuropas enthielt naturgemäß in erster Linie auf jene polnischen Elemente, welche sich beim Ausbruch des Krieges oder in den ersten Kriegsmonaten zufälligerweise in der Fremde, außerhalb ihrer Heimat aufhielten. Diese Elemente konnten sich mit ihr auch zu allererst systematisch befassen. Das war ja, abgesehen von der Unterstützungstätigkeit, ihre Hauptaufgabe im Kriege. Über zwei Jahre sind nun verflossen, seitdem wir durch das Schicksal gezwungen waren, die Sache Polens vor dem weiteren Forum des Auslandes auf diesem Wege zu fördern. Und was ist denn bis dahin auf diesem Gebiete geschehen? Was soll anderseits, solange es überhaupt noch Zeit ist, weiter geschehen?

Die Bilanz dieser ganzen Aktion ist heute, — sagen wir es nur gerade heraus — nicht zufriedenstellend. Wir besitzen nämlich erschreckend wenig Männer, die eine solche Aktion richtig in Fluß zu bringen verständen, eine Aktion, welche die öffentliche Meinung im Westen ganz einfach immer wieder an die polnische Frage „mahnen“ und ihr vor die Augen stellen sollte, von welcher Bedeutung dieselbe überhaupt sei, und in welcher Weise sie deshalb behandelt werden müsse — eine Aktion in Schrift sowohl auf der Rednerbühne und dem Katheder (durch Broschüren und die Presse), als auch in Wort. Solche Männer sind bei uns überhaupt an der Fingerspitzen abzuzählen, und selbst ihnen wird von den einheimischen Franzosen oder Engländern die an sich schon so schwere Arbeit keineswegs erleichtert. Sie stoßen hier im Gegenteil überall auf nicht geringe

Hindernisse. Es genügt wohl, nur an die Angriffe zu erinnern, welchen der Professor Askenazi ausgesetzt war, ein Mann, der, man müßte es doch meinen, schon auf Grund seiner tiefen Kenntnisse in der Geschichte der Diplomatie der letzten zwei Jahrhunderte speziell dazu befähigt war, eine Aufklärungstätigkeit über Polen in der öffentlichen Meinung Europas zu entfalten. Ähnliche Angriffe richteten sich auch mehr oder weniger gegen Stanislaus Rosner, der, wenn man von J. L. Zaleski abieht, von welchem nur das weniger aktuelle Gebiet der Geschichte der polnischen Literatur behandelt wurde, seiner Zeit der einzige Pole in Paris war, welcher dort Vorträge über Polen hielt und außerdem Verfasser von Aufsätzen ist, welche in nächster Zeit in englischer Sprache erscheinen sollen. So erregt es sogar den Anschein, als wenn man hier in besonders böswilliger Weise alle bedeutenden polnischen Persönlichkeiten zu disqualifizieren, abzustößen und zu entmutigen suchte, wenn sie, ohne den heiklen Weg diplomatisch-politischer Kombinationen zu betreten, schon auf Grund ihrer Kenntnisse und Autorität, die Leute im Westen, wo man über Polen fast nichts Bestimmtes weiß und sich mit ihm nicht einmal näher befaßte, wenigstens einigermaßen über die polnische Frage aufklären, bei ihnen ein gewisses Verständnis für die Sache Polens erwecken und auf diese Weise, wenn möglich, zugleich den Boden für diejenigen vorbereiten möchten, welche etwa nachher schon mit einer diplomatischen Mission dahin kommen sollten. So existiert in Frankreich, auf welches sonst doch polnische Kreise in Paris und in der Schweiz auch einzuwirken versucht haben, wo einige Zeit „La tribune polonaise“ erschien, und wo seit langer Zeit polnischerseits Versuche einer Verständigung mit den Vertretern der öffentlichen Meinung in Frankreich unternommen wurden, trotzdem keine evidente Strömung, welche der polnischen Sache günstig wäre.

Bei dieser Gelegenheit darf wohl zugleich erwähnt werden, daß es auch in Schweden und Norwegen eine, aber wohl auch nur eine einzige Persönlichkeit gibt, welche dort teils aufklärend über die Frage Polens tätig ist, teils die für die Sache Polens erwachenden Sympathien zu fördern sucht. Es ist dies die Gräfin Ledochowska. Ihre Hauptaufgabe beschränkt sich jedoch nur auf die Unterstützungstätigkeit; — mehr Arbeit konnte man ihr übrigens nicht aufbürden, zumal da sie selbst wahrscheinlich nicht gewillt wäre, irgend eine wirklich politisch-informativische Aktion zu übernehmen — diese kurze Skizzierung unserer politischen Aktion im Auslande zeigt schon zur Genüge, wie erschreckend wenig aktionsfähige Politiker wir dort überhaupt besitzen. Das erklärt sich aber auch damit, daß heute kein Pole mehr Rußland nach Belieben verlassen darf, daß weiter von polnischer Seite für eine rechtzeitige Besetzung der politischen Wirkungsgebiete im Auslande nicht gesorgt wurde, und daß schließlich die polnischen Emigranten und Kolonien selbst bis dahin selbst die Bedeutung einer politischen Arbeit daselbst noch nicht recht zu würdigen verstanden.

Wer vertritt nun die Stelle unserer Politiker, welche sich dort jetzt nicht mehr zeigen dürfen oder, wenn sie zufälligerweise da sind, auf das Widerwärtigste geschmäht, abgestoßen und von den Posten, die sie gerechter Weise bekleiden sollten, verdrängt werden? So ist es z. B. bekannt, daß in den neutralen Zentren eine spezielle, nord-südliche Nachrichtenagentur besteht. Die telegraphischen Drähte, welche die einzelnen Stationen dieser Agentur mit ihrem Mittelpunkt vereinigen, treffen ja in unserer unmittelbaren Nähe zusammen. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß diese Agentur eine sehr einflußreiche ist, aber es unterliegt ebenso wenig einem Zweifel, daß die Polen, welche von ihr in den Dienst aufgenommen werden, in ihrem Wirkungs-

kreis schon sonst sehr beschränkt, nur in einem äußerst geringen Maße selbständig auftreten dürfen, und deswegen auch in diesen ihren Stellungen nur einer fremden Sache dienen können. Zum mindesten sind sie hier also politisch machtlos. Überdies berufen diejenigen Kreise, welche so eifrig die verschiedenen älteren polnischen Politiker aus dem Wege zu räumen suchen, gerade für solche Posten nur ihre Vertrauensmänner; diesen übertragen sie dann — eben auf dem Wege der Nachrichtenagentur — die Aufklärungsmission über Polen. Und nun treten — nach einer solchen Vorbereitung — die „Männer der Vorsehung“ zusammen. Sie geloben dann der polnischen Sache nach allen Seiten ihre alte Treue. Ab und zu versuchen sie sogar unter dem Gesichtspunkte rein polnischer Interessen zu sprechen. Selbstverständlich kann eine so „naive Diplomatie“ niemanden mehr täuschen, und so werden sie denn auch eines Doppelspiels verdächtigt. Da erheben sie aber ein großes Geschrei. Jemand von den Landsleuten hätte ihnen die Sache in den höheren Sphären, zu denen sie übrigens absolut keinen Zutritt haben, verdorben.

Wir dürfen uns deshalb auch der Täuschung nicht hingeben, als ob bei einer solchen Arbeit etwas für uns Ersprießliches herauskommen könnte.

Da muß man stets von neuem und systematisch auf die Naivität der Argumente und Postulate einiger Broschüren hinweisen, die mit großer Reklame auf dem westeuropäischen Büchermarkt erscheinen. Aus verschiedenen Artikeln, die man in der ausländischen Presse ab und zu liest, kann man erfahren, daß es in dieser Hinsicht noch schlechter steht als man hätte annehmen können, und daß die Franzosen und Engländer selbst jene oben skizzierte Arbeit als der Sache Polens direkt schädlich betrachten, und daß somit die Aktion zugunsten Polens bei ihnen sich nicht nur wegen des schwachen Interesses, welches die polnische Frage in ihren Kreisen überhaupt erweckt, sondern auch gerade infolge der schädlichen Einwirkung jener Arbeit nicht entfalten kann. „Die gegenwärtige Taktik der Polen, — sagte unlängst ein angesehenen französischer Publizist — ist nicht immer klar, gewandt und selbst nicht aufrichtig genug. Die unruhigsten Elemente unter den Polen stürzen sich bald nach rechts, bald nach links und diskreditieren so in den diplomatischen Bureaus Westeuropas ihr eigenes Volk durch Verträge und Handel, die ja wie Bluff und Chantage aussehen. Und ein solches Auftreten und Argumentieren, welches manchmal auch geradezu lächerliche „Konzessionen“ für die Polen verlangt und die Sache Polens nicht einmal mit zureichenden „Gründen“ zu verteidigen versteht, kann nirgends eine Anerkennung bei den Franzosen finden, die ja selbst noch nicht wissen, was ihnen die Friedensverträge bringen werden.“ Auf die Naivität einiger Gruppen unserer polnischen Politiker, welche das Verlangen eines Maximalterritoriums immer wieder vorbrachten, hat denn auch schon einige Male die ausländische Presse dem ganzen einigen Chor gegenüber, der die Wichtigkeit eines solchen Verlangens betonte, in entprechender Weise hingewiesen. Unser „Bartek zwysięzca“ (Bartek der Sieger — ein polnischer Bauer als Sieger im Jahre 1870 — von Sienkiewicz), der mit diesem Verlangen und seinen Motiven von jenem Chor in Verbindung gebracht wird, bildet wohl eine zweite Naivität, welche auch sofort selbst in Wienzykow bemerkte: „Andere Leute (als der Bauer Bartek) tun hier not, nämlich polnische Gentlemen, die in aller Ruhe, ohne Geräusch und Aufschneiderei, nicht der Reklame und der Intrigue wegen, sondern ganz einfach im Dienste ihres Vaterlandes hierher kommen“, so charakterisiert kurz — unter dem Pseudonym „Askenazi“ der Verfasser der bekannten „Genfer Betrachtungen“ die Situation für die polnischen Politiker auf dem englischen Boden. Und es täte auch wirklich not, daß an Stelle der „Treppensteiger“, welche gegenwärtig die diplomatischen Bureaus

in Petersburg — natürlich mit negativem Erfolg — auffuchen, in den diplomatischen Kreisen Europas ein „polnischer Gentleman seine Stimme erhebe, der, ohne sich einer Täuschung hinzugeben, daß er etwa mit seinem diplomatischem Esprit und Scharfsinn die Burcauchefs in den Ministerien des Äußeren ins Staunen versetzen könnte, gerade und aufrichtig mit der öffentlichen Meinung Europas reden möchte. Erst dann würde auch diese öffentliche Meinung, wenn sie ebenso gerade und aufrichtig wäre, unsere Sache zu fördern imstande sein.

Daß alles bedeutet aber noch keineswegs, daß in der öffentlichen Meinung der westeuropäischen Länder in der letzten Zeit überhaupt ein prinzipieller Umschwung in der polnischen Frage eingetreten wäre. Wie wir wissen, hat ja nur das italienische Parlament den übrigens nur oberflächlich bekannten und übrigens auch nur theoretischen Beschluß über die Lösung der polnischen Frage im weitesten Sinne des Wortes gefaßt. In keinem anderen Staate Westeuropas finden wir eine ähnliche Kundgebung zugunsten Polens, und auch alle nichtoffiziellen Kundgebungen erfolgen dort weiter nur in einer nebelhaften, unfäßbaren Form. Wenn es sich aber um die Festlegung polnischer Postulate in einschränkender Form handelt, dann fehlt es gar oft nicht an einer ganz genauen Präzisierung derselben und an entsprechenden Motiven hierzu. So äußert sich z. B. der sonst bekannte englische Publizist Heinrich Wicham Steed, der Verfasser des seinerzeit sehr verbreiteten Werkes über die Donaumonarchie und gegenwärtig Redakteur der Abteilung für ausländische Politik im „Times“, welches Blatt in nahen Beziehungen zu der Gesandtschaft des Grafen Benedendorfs steht und somit die von dieser Gesandtschaft approbierten Anschauungen wiedergibt, in seiner im „Edinburgh Review“ erschienenen Übersicht über die künftigen Friedensbedingungen zur polnischen Frage folgendermaßen: „Es gibt schon heute sichtbare Differenzen unter den österreichischen, russischen und deutschen Polen, auch wenn dieselben gegenwärtig angesichts des gehobenen polnischen Patriotismus, der alle Polen belebt, als geringer erscheinen mögen. In einem geeinigten Polen müßte nun eigentlich die Tendenz aufkommen, diese Differenzen auszugleichen. Da aber Mäßigung bis dahin nicht als ein besonderes Merkmal des polnischen Charakters angesehen werden kann, so wäre es sowohl im Interesse der Polen selbst, als auch im Interesse Europas unvermeidlich, daß die Politik und die Verteidigung des wiederhergestellten Polens allein verbliebe.

Wenn nun die weiteren Motive des Herrn Steedt hierfür, von denen der erste nur auf — die künftigen Handelsmarktplätze im Osten — hinweist und nach den Anschein der Uneigennützigkeit erweckt, der zweite aber schon eine ständige Intervention der Nachbarstaaten im Falle der Gründung eines polnischen Pufferstaates (Pufferstaates) befürchten läßt, nicht zur Genüge zeigen würden, worauf es denn eigentlich dem Verfasser ankommt, so würde man die ganze Argumentierung des englischen Publizisten überhaupt nicht verstehen. Erst, wenn man eingesehen hat, daß es sich hier ganz einfach überhaupt nur um Heranziehung irgendwelcher Beweismittel zu der These handelt, die man um jeden Preis vertreten möchte, wird man den eigentlichen Wert des von dem Redakteur des „Times“ aufgestellten Satzes richtig einzuschätzen verstehen. Herr Steed will also ja hier das einzige Mittel zur Hebung der Differenzen, welche unter den Polen der drei getrennten Gebiete bestehen, und die sich doch nur, wenn sie nicht gerade über gewisse provinzielle Sondereigenheiten hinausgehen, ausschließlich durch die Unselbstständigkeit der Polen in den drei verschiedenen politischen Organismen erklären lassen,

wiederum, und zwar in einer neuen — Unselbstständigkeit sehen.

Es gab ja und gibt auch jetzt verschiedene Anschauungen im Westen über das künftige „Zusammenleben“ Polens und Rußlands. Die einen erblicken dieses Zusammenleben in einer gewissen Konsistenz zweier von einander ganz unabhängiger politischer Organismen, die nur durch die gemeinsamen Ziele in der auswärtigen Politik verbunden wären, die anderen sind mit einem engeren Bunde einverstanden, für dessen „engere“ Grenzen sie als Grund die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehr der westeuropäischen Einflüsse angaben, die auf jeden Fall gerade für Polen eine der Hauptaufgaben bleiben muß. Nun gibt es aber in Polen selbst und sicherlich auch in Rußland niemanden, der glauben sollte, daß ein „engerer“ Bund mit Rußland notwendig wäre, d. h. nicht ausschließlich zur Befolgung der gemeinsamen Ziele nach auswärts, zu denen doch selbstverständlich auch die Abwehr fremder, westlicher Einflüsse gehört, sondern außerdem noch zu einer Bevormundung des „unreifen“ polnischen Volkes. Wenn wir uns hierbei vergegenwärtigen, daß analogische Argumente gegen die Polen und ihre politische Gesinnung, welche angeblich auch ihre „politische Unreife“ zur Folge haben soll, sogar aus dem Munde eines Schriftstellers, wie Heinrich Wells, der doch einer Parteilichkeit nicht verdächtigt werden kann, sich haben bereits vernehmen lassen, so gelangen wir schließlich zu der Überzeugung, daß eine derartige Gestaltung der Anschauungen im Westen irgend eine unfähige politische Aktion beeinflussen haben muß, die selbst den Eindruck machen würde, als ob sich die politische Orientierung der Polen daselbst nicht von einem rein polnischen Interesse, sondern nur von einer eventuellen, theoretischen Stellung des künftigen Polens zu England und Frankreich leiten ließe. Diese Stellung kann für uns Polen in der Wirklichkeit vollständig gleichgültig bleiben, denn es kommt uns auf dieselbe auch nicht im geringsten an. Das dürfen wir aber niemals unbeachtet lassen, sondern im Gegenteil, wir müssen es stets sehr genau notieren, ob und wann noch in Frankreich und England sich ein „Interesse“ für speziell polnische Angelegenheiten zeigen wird. Wir glauben nämlich ganz einfach an die Aufrichtigkeit eines solchen „Interesses“ nicht, wo bis dahin stets nur andere Rücksichten, sowie geheime, tendenziöse, unaufrichtige und schließlich — anti-polnische Motive eine Rolle spielten.

Aus Nr. 231 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. Oktober 1916.

Zusammenstellung der von dem Schweizer polnischen Hilfskomitee im ersten Halbjahr 1916 gewährten Beihilfen.

I. Für den von den Deutschen besetzten Teil des Königreichs Polen	Franks 3 164 335,11
II. Für den von den Österreichern besetzten Teil des Königreichs Polen	657 390,50
III. Für Galizien	1 439 228,60
IV. Für den von den Deutschen besetzten Teil Litauens	336 000,—
V. Für die evakuierten Polen in Österreich	17 867,75
VI. Für die evakuierten Polen in Rußland	347 698,—
VII. Für die polnischen Kriegsoffer in der Schweiz	22 224,55
VIII. Beihilfen für polnische Kriegsgefangene und andere Unterstützungen	77 658,90
	6 062 403,41

Die Gesamtsumme, welche durch das Komitee von Anfang seines Bestehens an, das ist vom 9 Januar 1915, bis zum 30. Juni 1916 gesammelt wurde, beträgt laut folgender Zusammenstellung:

vom 9. 1. 1915	bis zum	Franks
9. 1. 1916		6 675 124,04
vom 10. 1. 1916	bis zum	
30. 6. 1916		5 896 152,45
		<u>12 571 276,49</u>

Es wurden an Unterstützungen ausgegeben:

vom 9. 1. 1915	bis zum	
9. 1. 1916		6 075 643,59
vom 10. 1. 1916	bis zum	
30. 6. 1916		6 062 403,41
		<u>12 138 047,—</u>

Die Lage der Bevölkerung in Polen wird angesichts des Mangels der notwendigsten Lebensmittel mit jedem Tage bedrohlicher. Trotz unserer Bemühungen und der wohlwollenden Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten Nordamerikas haben die Verhandlungen betreffend die Verproviantierung des Königsreichs bis jetzt noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt.

Die Not nimmt im Lande einen besorgniserregenden Umfang an — der Hunger fordert täglich eine große Menge Opfer, besonders unter den Kindern.

Unser Komitee hat in dem laufenden halben Jahre dem seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und den Ortskomitees als speziellen Hilfsfonds für obdachlose und verlassene Kinder die Summe von 904 640,65 M., sowie 19 Waggon konservierte Milch übersandt.

Bei der Verteilung der Fonds berücksichtigte das Komitee ebenso wie früher die Bedürftigsten unter der städtischen und ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied des Bekenntnisses auf Grund genauer Berichte. Die Unterstützungen wurden durch lokale Komitees verteilt, die sich aus Vertretern der örtlichen Bevölkerung zusammensetzten.

Die in natura nach Polen geschickten Beiträge wurden nicht requiriert und gelangten zollfrei an Ort und Stelle.

Ob wir eine genaue Zusammenstellung aller Beitragspender mit der Verteilung auf die einzelnen Länder veröffentlichen, fühlen wir uns verpflichtet, allen Personen und Instituten heiß zu danken, welche so wohlwollend in der von uns unternommenen Rettungsaktion mitgewirkt haben.

Angesichts der Riesengröße der beispiellosen Not und des Mangels an Aussichten für die Besserung der Verhältnisse in der nächsten Zeit — hegt das Komitee die zuversichtliche Hoffnung, daß die öffentliche Opferwilligkeit sich auch weiterhin steigern wird und, daß ihm dadurch die Möglichkeit gegeben werden wird, seine bedeutungsvollen Aufgaben, wenn auch nur zum Teil erfüllen zu können.

Bevey, den 11. August 1916.

Der Vorsitzende der Ausführungs-Kommission und
Schatzmeister.

Anton Djuchowski.

Der Vorsitzende des Komitees.
Heinrich Sientkiewicz.

Die in der Natur und Leben beobachteten Erscheinungen sind nicht zufällig, sondern folgen bestimmten Gesetzen. Diese Gesetze sind es, die wir in der Wissenschaft zu verstehen suchen. Die Natur ist ein großes, zusammenhängendes Ganzes, in dem alles miteinander verbunden ist. Die Wissenschaft versucht, diese Zusammenhänge zu entschlüsseln und sie in einer systematischen Weise darzustellen. Die Naturwissenschaften sind dabei besonders wichtig, da sie die Gesetze der Natur in einer präzisen und quantitativen Weise beschreiben. Die Biologie, die Chemie und die Physik sind Beispiele für diese Wissenschaften. Sie alle versuchen, die Geheimnisse der Natur zu lüften und uns ein besseres Verständnis der Welt um uns herum zu verschaffen. Die Natur ist unser Zuhause, und es ist unsere Pflicht, sie zu verstehen und zu schützen. Die Wissenschaft ist unser Werkzeug, um dies zu erreichen. Sie ist die Grundlage für alle Fortschritte, die wir in der Menschheit gemacht haben. Ohne die Wissenschaft hätten wir nicht die Erfindungen und Entdeckungen, die unser Leben heute so reich und vielfältig machen. Die Naturwissenschaften sind also nicht nur ein Teil der Kultur, sondern auch ein integraler Bestandteil unserer Existenz. Sie helfen uns, die Welt um uns herum zu verstehen und sie besser zu nutzen. Die Natur ist ein wunderbares Werk der Schöpfung, und es ist unsere Aufgabe, es zu bewundern und zu verstehen. Die Wissenschaft ist unser Weg, dies zu erreichen. Sie ist die Grundlage für alle Fortschritte, die wir in der Menschheit gemacht haben. Ohne die Wissenschaft hätten wir nicht die Erfindungen und Entdeckungen, die unser Leben heute so reich und vielfältig machen. Die Naturwissenschaften sind also nicht nur ein Teil der Kultur, sondern auch ein integraler Bestandteil unserer Existenz. Sie helfen uns, die Welt um uns herum zu verstehen und sie besser zu nutzen. Die Natur ist ein wunderbares Werk der Schöpfung, und es ist unsere Aufgabe, es zu bewundern und zu verstehen. Die Wissenschaft ist unser Weg, dies zu erreichen. Sie ist die Grundlage für alle Fortschritte, die wir in der Menschheit gemacht haben. Ohne die Wissenschaft hätten wir nicht die Erfindungen und Entdeckungen, die unser Leben heute so reich und vielfältig machen.

Die in der Natur und Leben beobachteten Erscheinungen sind nicht zufällig, sondern folgen bestimmten Gesetzen. Diese Gesetze sind es, die wir in der Wissenschaft zu verstehen suchen. Die Natur ist ein großes, zusammenhängendes Ganzes, in dem alles miteinander verbunden ist. Die Wissenschaft versucht, diese Zusammenhänge zu entschlüsseln und sie in einer systematischen Weise darzustellen. Die Naturwissenschaften sind dabei besonders wichtig, da sie die Gesetze der Natur in einer präzisen und quantitativen Weise beschreiben. Die Biologie, die Chemie und die Physik sind Beispiele für diese Wissenschaften. Sie alle versuchen, die Geheimnisse der Natur zu lüften und uns ein besseres Verständnis der Welt um uns herum zu verschaffen. Die Natur ist unser Zuhause, und es ist unsere Pflicht, sie zu verstehen und zu schützen. Die Wissenschaft ist unser Werkzeug, um dies zu erreichen. Sie ist die Grundlage für alle Fortschritte, die wir in der Menschheit gemacht haben. Ohne die Wissenschaft hätten wir nicht die Erfindungen und Entdeckungen, die unser Leben heute so reich und vielfältig machen. Die Naturwissenschaften sind also nicht nur ein Teil der Kultur, sondern auch ein integraler Bestandteil unserer Existenz. Sie helfen uns, die Welt um uns herum zu verstehen und sie besser zu nutzen. Die Natur ist ein wunderbares Werk der Schöpfung, und es ist unsere Aufgabe, es zu bewundern und zu verstehen. Die Wissenschaft ist unser Weg, dies zu erreichen. Sie ist die Grundlage für alle Fortschritte, die wir in der Menschheit gemacht haben. Ohne die Wissenschaft hätten wir nicht die Erfindungen und Entdeckungen, die unser Leben heute so reich und vielfältig machen.